

Forum.Heimatspflege.Kommunal in München:

Förderpreise für vorbildliche Projekte

Auf dem „Forum.Heimatspflege.Kommunal“ in der Residenz München wurden acht mit je 1.000 Euro dotierte Förderpreise an Heimatspflege-Projekte mit engagierten jungen Menschen verliehen. Laut Finanz- und Heimatminister Albert Füracker „sind die Ausgezeichneten großartige Vorbilder und zeigen, wie Heimatspflege zukunftsfähig gelebt wird“.

Den Preis „Heimatspflege-Ausgezeichnet!“ erhielt zunächst die Landjugend Schreez und Umgebung (Landkreis Bayreuth). Dort sind fünf Kindertanzgruppen aktiv, die überwiegend traditionelle Tänze („Volkstanz“) pflegen und dadurch viel zum Gemeinschaftsgefühl und zur Volksmusikpflege in den Orten in der kleinen Gemeinde Haag beitragen. Die Kindertanzgruppen werden zudem von Jugendlichen geleitet. Mit gemeinschaftsbildenden Aktionen gehen ihre Aktivitäten über reine Tanzproben und -veranstaltungen hinaus.

Siebenbürgisch-sächsische Kultur

Die Siebenbürgische Jugendtanzgruppe Nürnberg setzt sich seit 2008 für die siebenbürgisch-sächsische Kultur ein. Das tänzerische Repertoire umfasst ein breites Spektrum: von alt überlieferten siebenbürgischen Volkstänzen über selbst choreographierte Tänze bis hin zu modernen Country Tänzen wie Line Dance. Die Jugendtanzgruppe tritt bei siebenbürgischen und fränkischen Veranstaltungen auf und trifft sich auch außerhalb der Proben, um das Gemeinschaftsgefühl zu stärken.

Projekte mit heimatpflegerischem Bezug

Brigitte Hartung-Bretz, engagiert im ausgezeichneten Heimat- und Geschichtsverein Bürgstadt e. V. (Landkreis Miltenberg) und zugleich Real-schullehrerin, arbeitet mit ihren Schulkindern bereits seit einigen Jahren an Projekten mit heimatpflegerischem Bezug. So hat etwa die Erstellung einer Webseite zum Weinbau in Bürgstadt im Rahmen des Wettbewerbs „Erinnerungszeichen Bayern“ zum Thema „Hier bin ich daheim! Was macht meine Region besonders?“ den Anerkennungspreis und 1. Preis des Jugendkulturpreises des Landratsamtes Miltenberg erhalten.

Der Heimat- und Geschichtsverein Bürgstadt ist ein Beispiel, wie die Heimatspflege vor Ort von Schulprojekten profitieren

kann und umgekehrt.

Im Jahr 2023 wurde mit Schülern der Grundschule am Sallerberg in Regensburg ein Projekt mit dem Titel „Warum sind die Häuser in der Konradsiedlung so klein, haben aber so einen riesengroßen Garten?“ erarbeitet. Hierbei erkundeten die Kinder im Heimatkundeunterricht ihren Stadtteil und erstellten ein multimediales eBook zu den Ergebnissen. Die Kindheit von damals wurde durch historische Objekte wie Spielsachen und Haushaltsgegenstände zum „Aufpassen“ gegenwärtig.

Heimat- und Volkstrachtenverein

Im Heimat- und Volkstrachtenverein Salzweg (Landkreis Passau) gibt es eine große Vielfalt an Kinder- und Jugendgruppen mit insgesamt über 40 Kindern. In diesen Gruppen wird auf musikalischem Gebiet heimische Volksmusik und niederbayerisches Liedgut gepflegt und weitergegeben.

Heimatpflegerisches Kulturgut wird auf breiter Basis und mit großem Engagement der Betreuerinnen vermittelt. Kinder und Jugendliche werden durch ihre Auftritte selbst zu Kulturvermittlern und lernen, selbstbewusst für die heimische Kultur einzutreten.

Das Gymnasium Miesbach

veröffentlicht mit großer Unterstützung des Stadtarchivs die sogenannten Miesbacher Hefte. Das „Miesbacher Heft“ wurde 1985 erstmalig vom Gymnasium ins Leben gerufen. Heimatkundlich-historische Forschungen der Schülerinnen und Schüler, die im Zusammenhang mit dem Ort oder der Region um Miesbach stehen, wurden damit einer größeren Gruppe von Interessierten vorgestellt. Bis 2003 sind insgesamt 32 Hefte erschienen. Nach 16-jähriger Pause wurde die Reihe der „Miesbacher Hefte“ 2019 wieder aufgenommen. Stadtarchivarin Barbara Wank unterstützt die Recherchen mit dem Archiv-Fundus und bringt sich unter anderem auch als Schriftleiterin ein. Ziel ist die Herausgabe eines Heftes pro Jahr.

Schimmelreiterverein mit Schauspieltruppe

Der Schimmelreiterverein „Historischer Haufen“ in Wertach (Landkreis Oberallgäu) wurde 2003 zur Aufführung der musikalischen Alpensaga „Der Schimmelreiter“ gegründet. Rund 90 Mitwirkende, darunter fünf aktive Jugendliche aus dem Jugendtheater Wertach, bilden die Schauspieltruppe. Das 2006 gegründete Theater mit derzeit 32 aktiven Jugendlichen und Kindern im Alter von 9 bis 19 Jahren bildet das zweite Standbein des Vereins. Nach einer Corona-Pause erfolgte 2024 der Neustart mit drei Altersgruppen, die jeweils einen Einakter auf die Bühne bringen. Alle Stü-

cke sind im Hinblick auf Charaktere, Texte und Lieder an die ortsgeschichtlichen Verhältnisse in Wertach adaptiert. Überwiegend wird im Dialekt gespielt und gesungen. Zudem wird großer Wert darauf gelegt, dass sich Jugendliche stark in die Ausgestaltung ihres Stückes mit einbringen (Bühnenbild, Rollenausgestaltung).

Eghalanda Gmoi mit Kinder- und Schülergruppe

Die Eghalanda Gmoi z' Geertsried e.V. (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen) wurde 1971 gegründet. Die Egerlandjugend ist mit einer Kinder- und Schülergruppe aktiv bei allen Vereinsveranstaltungen im Jahreslauf beteiligt, ebenso überregional am Bundestreffen der Egerlandjugend oder dem Sudetendeutschen Tag. Neben der Brauchtumpflege ist der Erhalt der traditionellen Volksmusik der Schwerpunkt der Kinder- und Jugendgruppe. **DK**

Bayerischer Städtetag:

Kommunal Finanzen in Schiefelage

Die finanzielle Situation der Kommunen in Bayern hat eine kritische Schwelle erreicht, wie der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr, in seiner jüngsten Pressekonferenz deutlich machte. Er betonte mit Nachdruck, dass die finanzielle Lage der Kommunen besorgniserregend sei. 2024 erwarte man ein Rekorddefizit von über 5 Milliarden Euro – das höchste seit Jahrzehnten.

„Die Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung ist eine entsprechende Finanzausstattung“, hob der Oberbürgermeister hervor und verwies auf die Herausforderungen durch steigende Personalkosten und wachsende soziale Aufwendun-

GZ GZ-PODCAST GZ

„Kommunal: Direkt von der Expo Real“

Podcast-Gastgeber Dr. Patrik Hof war für die Bayerische Gemeindezeitung auf der Expo Real. In jeder GZ-Podcast-Folge nimmt er unter dem Blickwinkel der Kommunen ein neues Thema vor.

Folge 1: Top-Standortfaktoren für neue Gewerbeansiedlungen
Gesprächspartner: Wolfgang Wittmann



Zu dieser GZ-Podcast-Folge hat sich der Moderator Dr. Patrik Hof den Geschäftsführer der Metropolregion München, Wolfgang Wittmann, zu einem Filterkaffee eingeladen. Unter dem Motto „Ein Thema, ein Interview, ein Kaffee“ geht es um die Erfolgsfaktoren, wie Stadt und Land neue Gewerbetreibende anziehen können.

Im Interview verrät Wittmann, der lange Zeit auch Wirtschaftsförderer war, auf welche Faktoren seiner Meinung nach Gewerbetreibende bei der Suche nach einem neuen Unternehmensstandort achten. Dabei sind Kommunikationsnetz, Verkehrsinfrastruktur und Arbeitskräftepotenzial genauso wichtige Faktoren wie Steuern und Subventionen.

www.gemeindezeitung.de/podcast



wältigen, sondern auch das gesellschaftliche Engagement und den Zusammenhalt zu stärken.

Abschließend forderte der Verbandschef eine ehrliche Analyse und klare Priorisierungen: „Die Komplexität, die wir aufgebaut haben, hat eine Ebene erreicht, die schwer zu handhaben ist.“ Nur durch grundlegende Reformen und finanzielle Anpassungen könne die Handlungsfähigkeit der Kommunen in Bayern sichergestellt werden.

gen. Diese Kosten würden den Kommunen kaum Spielraum lassen, obwohl die Steuereinnahmen stagnieren oder sogar abnehmen. So seien die kommunalen Steuereinnahmen 2023 um 3 Prozent gesunken, während die Ausgaben zweistellige Wachstumsraten verzeichnen.

Kostensteigerungen bei den Krankenhäusern

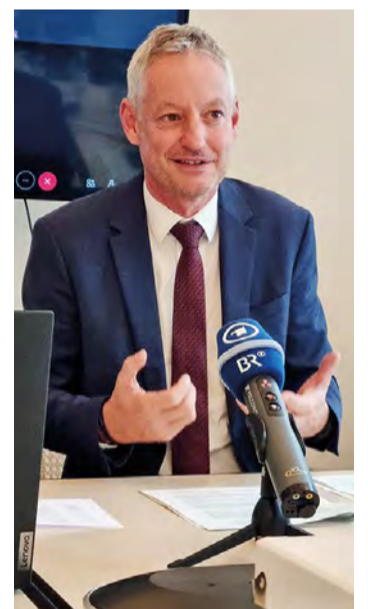
Besonders kritisch sei die Situation der Krankenhäuser, die durch nicht ausreichend refinanzierte Kostensteigerungen unter Druck geraten. „Das ist kein temporäres Phänomen“, warnte Pannermayr und warf der Bundesregierung Versagen bei der Finanzierung des laufenden Betriebs vor. „Es gibt dringenden Reformbedarf, aber es passiert nichts.“ Gleichzeitig forderte er vom Freistaat Bayern, sich stärker in die Krankenhausplanung einzubringen, um die Situation gemeinsam zu bewältigen.

Anpassung des kommunalen Finanzausgleichs gefordert

Um den Kommunen mehr Handlungsspielraum zu geben, forderte Pannermayr eine Anpassung des kommunalen Finanzausgleichs. Der kommunale Verbundanteil müsse von derzeit 12,75 Prozent auf 15 Prozent erhöht werden, um den steigenden Kosten gerecht zu werden. „Es ist jetzt notwendig, diesen Schritt zu gehen“, erklärte er. Zudem solle der Freistaat Bayern weniger auf komplizierte Förderprogramme setzen und den Kommunen stattdessen direkte finanzielle Unterstützung geben. „Mehr Vertrauen, weniger Kontrolle“, so der Städtetagsvorsitzende.

Freiwillige kommunale Leistungen in Gefahr

Die finanziellen Engpässe gefährdeten insbesondere freiwillige kommunale Leistungen, die oft das Herzstück des kommunalen Engagements bildeten. „Wenn kommunal Engagierte nur noch als Verwalter und nicht mehr als Gestalter gesehen werden, leidet die Motivation“, warnte Pannermayr. Die kommunalen Entscheidungsträger seien jetzt gefordert, nicht nur die finanzielle Lage zu be-



Städtetagschef Markus Pannermayr. Bild: CH

Einigkeit bei Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern

Darüber, dass die Kommunal Finanzen immer mehr in eine bedrohliche Schiefelage geraten, waren sich auch die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister der 29 Großen Kreisstädte in Bayern bei ihrem diesjährigen Treffen in Nördlingen einig. Das Lagebild von stagnierenden Steuereinnahmen und stark steigenden Ausgaben treffe auch besonders auf die Großen Kreisstädte zu, hieß es. Gerade die Entwicklung auf der Ausgabenseite bereite den Oberbürgermeistern Kopfzerbrechen. Neben den Personalausgaben belasteten vor allem die Sozialausgaben die städtischen Haushalte. Dies mache sich besonders bei der Kreisumlage bemerkbar. Der Trend steigender Umlagebelastungen sei leider ungebrochen. Die Aufstellung von genehmigungsfähigen Haushalten für die kommenden Jahre werde extrem schwierig, stellten die Rathauschefs fest und verwiesen darauf, dass auch freiwillige Angebote auf den Prüfstand kommen müssten. **□**

25 Jahre ConSozial in Nürnberg:

„Vielfalt stärken, Solidarität leben und Wandel gestalten“

Mit rund 4.500 Besucherinnen und Besuchern, über 50 Vorträgen im ConSozial-Kongress und 14 Vorträgen im KITA-Kongress sowie über 200 Ausstellern auf über 4.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche ist die Jubiläums-ConSozial nach zwei Tagen auf dem Nürnberger Messegelände zu Ende gegangen. „Vielfalt stärken, Solidarität leben und Wandel gestalten“ lautete das diesjährige Motto der größten Messe der Sozialwirtschaft in Deutschland.

Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder, der die Messe gemeinsam mit Sozialministerin Ulrike Scharf eröffnete, betonte: „Bayern ist dankbar für das soziale Engagement und die hervor-

ragende Arbeit im Sozialbereich. Unsere Wertschätzung gilt allen Wohlfahrts- und Sozialverbänden, den Pflegekräften und allen, die sich im Bereich der Inklusion engagieren. Denn Inklusion ist für uns nicht nur ein Schlagwort – bei uns wird sie gelebt. Der Freistaat engagiert sich hier wie kaum ein anderes Land und wird auch künftig kräftig investieren. Denn unsere Menschen und der Zusammenhalt unserer Gesellschaft sind es wert. Bayern ist ein soziales, christliches und menschliches Land. Das wollen wir auch bleiben.“

Soziales ist der Kitt unserer Gesellschaft

„Das Soziale ist der Kitt unserer Gesellschaft, der alles zusammenhält. Dazu gehört in Bayern eine gute Sozialpolitik“, stellte Sozialministerin Scharf fest: „Gerade in politisch unruhigen Zeiten wird auf der ConSozial eindrücklich gezeigt, worauf es wirklich ankommt: das Miteinander, den offenen Austausch und Gemeinsamkeiten statt Spaltung.“

Die ConSozial richte die Scheinwerfer auf die Menschen, die sich für andere einsetzen, so Scharf. Die Sozialwirtschaft als eine tragende Säule unseres Sozialstaats werde zum Beispiel durch die Freie Wohlfahrtspflege Bayern, die in diesem Jahr 100 Jahre besteht, mit Leben gefüllt. Im Jubiläumsjahr der ConSozial wurde erstmals der Social Im-

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Landrat Martin Neumeyer
Landkreis Kelheim
am 4.11.

Bürgermeister
Ludwig Waas
Gemeinde Niederwinkling
am 6.11.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Sebastian Linner
Gemeinde Rechtmehring
am 26.10.

Oberbürgermeister
Frank Rebhan
Stadt Neustadt bei Coburg
am 26.10.

Bürgermeister
Franz Gassner
Markt Frontenhausen
am 29.10.

Bürgermeister
Reiner Gäbl
Markt Eslarn
am 6.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wolfgang Simon
Gemeinde Schneizreuth
am 5.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Wilhelm Rehklau
Gemeinde Deiningen
am 4.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Tobias Windhorst
Stadt Töging am Inn
am 6.11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Oliver Schulze
Gemeinde Sennfeld
am 6.11.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Reinthaler
Gemeinde Eiselring
am 30.10.

Bürgermeister Josef Fuchs
Gemeinde Waidhofen
am 30.10.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



Die Bayerische Gemeindezeitung bleibt am Ball. GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel (4. v. l.) nahm namens unserer kommunalen Fachzeitung als Partnerin an der Festveranstaltung von Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber (2. v. r.) teil. Nicht mehr dabei waren die Vertreter des Bayerischen Gemeindetags. Das Umweltministerium hat den wichtigen Kommunalverband aus der „Klimaallianz Bayern“ entfernt. Für Bayerns Gemeinden sind die Ansprüche der Bundesregierung – ebenso wie die der Staatsregierung – unhaltbar und unbezahlbar (vgl. Kasten Seite 1). Bild: stmuV

Umweltminister Thorsten Glauber:

Allianz Arena beleuchtet 96 Jahre Klimawandel in Bayern

Start der Klimawoche und 20-jähriges Jubiläum der Bayerischen Klima-Allianz

Mit einer einzigartig beleuchteten Allianz Arena startete die Bayerische Klimawoche: Die Allianz Arena wurde dazu in die Farben der Bayerischen Klimastreifen getaucht und bildete in 96 Streifen großflächig die zurückliegenden 96 Jahre des Klimawandels in Bayern ab. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte dazu im Rahmen der Auftaktveranstaltung: „Bayern soll bis 2040 klimaneutral werden. Dabei zählt jeder Beitrag. Wir wollen die Menschen zum Mitmachen motivieren. Die Allianz Arena macht in ihren leuchtenden Farben den Klimawandel in Bayern sichtbar. Die Außenfassade der Allianz Arena ist eine beeindruckende Projektionsfläche für 96 Jahre Klimageschichte in Bayern. Die Allianz Arena wird so zu Bayerns bekanntester Werbefläche für den Klimaschutz.“

Jan-Christian Dreesen, Vorstandsvorsitzender des FC Bayern: „Wir freuen uns, mit unserer Allianz Arena Gastgeber des Staatsempfangs der Bayerischen Klima-Allianz zu sein. Klimaschutz ist für den FC Bayern keine Option, sondern eine Verpflichtung – und geht uns alle an: Es liegt an uns, die richtigen Entscheidungen zu treffen für künftige Generationen, und mit gutem Beispiel voranzugehen. Wir sind uns dieser Verantwortung bewusst, und wir stellen sicher, unsere Standorte wie die Säbener Straße, den FC Bayern Campus und vor allem unsere Allianz Arena fortwährend klimaschonender zu betreiben.“

Sensibilisieren für den Klimawandel

Startjahr der Projektion ist das Jahr 1927: Hier lag die durchschnittliche Jahresmitteltemperatur noch 0,3 °C unter dem Referenzwert der Jahre 1971-2000 von 7,8 °C. Die Projektion endet mit dem Jahr 2023. Hier lag die Temperatur bereits 2,3 °C über dem Referenzwert.

Ziel der Bayerischen Klimawoche ist es, mit einer Vielzahl an Veranstaltungen die Bevölkerung für den fortschreitenden Klimawandel zu sensibilisieren und gleichzeitig Möglichkeiten zu zeigen, wie auch kleine Maßnahmen positive Wirkungen auf das Klima haben können. Bayernweit werden während dieser Aktionswoche alle Bevölkerungsschichten und Altersgruppen mit vielfältigen Veranstaltungen angesprochen, die von Vorträgen über Ausstellungen, Energieberatungen bis zu Workshops und Exkursionen in die Natur reichen.

Gleichzeitig fand in der Allianz Arena die Jubiläumsveranstaltung zum 20-jährigen Bestehen der Bayerischen Klima-Allianz statt. Die Bayerische Klima-Allianz wurde 2004 von der Bayerischen Staatsregierung gemeinsam mit dem Bund Naturschutz gegründet und hat inzwischen über 50 Partner aus Umweltschutzorganisationen und kommunalen Spitzenverbänden, Kirchen, Jugendarbeit, Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft. Auch der FC Bayern München e.V. und die Allianz Arena GmbH sind Mitglie-

der der Klima-Allianz. Die Partner der Bayerischen Klima-Allianz bekennen sich zu den Klimaschutzzielen der Bayerischen Staatsregierung. Überdies hat sich jeder Partner individuelle Ziele für seine Klimaschutzmaßnahmen gesetzt. Glauber: „Klimaschutz braucht starke Partner. Der Klimawandel ist

Fakt. Die gute Nachricht ist: Die Klimaschutzmaßnahmen wirken. Für uns gilt der Dreiklang aus den klaren Klimazielen des Klimaschutzgesetzes, der Klimamilliarde und dem Bayerischen Klimaschutzprogramm.“

Treibhausgas-Emissionen in Bayern deutlich verringert

Die Treibhausgas-Emissionen konnten im Freistaat Bayern im Jahr 2022 sowohl absolut als auch bezogen auf die Einwohnerzahl deutlich reduziert werden. In Bayern wurden die Treibhausgas-Emissionen von 1990 bis 2022 um 23,7 Millionen Tonnen verringert – auf 87,9 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente. Die Treibhausgas-Emissionen je Einwohner beliefen sich im Jahr

Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler in Bayern:

Eine Brücke für Fledermäuse

Zahlreiche Beispiele öffentlicher Verschwendung

Ein teurer Multifunktionsplatz, kostspielige Hinweisschilder und eine Brücke für Fledermäuse: Auf zahlreiche Fälle öffentlicher Verschwendung weist der Bund der Steuerzahler in Bayern in seinem neuen Schwarzbuch hin. Insgesamt führt der Bericht hundert Fälle aus dem gesamten Bundesgebiet auf, in denen nach Ansicht des BdSt nicht verantwortungsvoll mit Steuergeldern umgegangen wurde. Wieder einmal sei es nicht schwer gewesen, Beispiele für die „Es ist ja nicht mein Geld“-Haltung in Politik und Verwaltung zu finden, betonte die Vizepräsidentin des Bundes der Steuerzahler (BdSt) Bayern, Maria Ritch, in München.

Jedes Jahr prangert der BdSt die Sorglosigkeit und Fahrlässigkeit beim Umgang mit Steuergeldern an – das Schwarzbuch sei dabei nur die „Spitze des Eisbergs“. Beheben werde man dies erst dann, wenn ein Straftribunal der „Haushaltsuntreue“ eingeführt wird, erklärte Ritch. Andernfalls werde er öffentliche Schuldenberg munter weiterwachsen.

Hunderte Millionen verschwinden einfach

Ein „Dauerbrenner“ in den Schwarzbüchern, so der Steuerzahlerbund, sei das Projekt „Zweistöckige Straßenbahnunterführung am Augsburg Hauptbahnhof“. Bereits in der Planungsphase seien die Kosten von Jahr zu Jahr gestiegen. Dies setzte sich auch während der Bauausführung fort. Der Bund der Steuerzahler befürchtet, dass am Ende mehr als 300 Mio. Euro „im Tunnel verschwunden sein werden“.

Bereits in seinem letztjährigen Schwarzbuch hatte der BdSt die Kostenexplosion von rund 59 Mio. Euro auf rund 360 Mio. Euro bei der Sanierung des Coburger Landestheaters schon während der Projektentwicklung gerügt. Eine hohe Kostensteigerung macht auch bei der Errichtung

der Ersatzspielstätte nicht halt. Die Baukosten für die Errichtung des sog. Globe haben sich erheblich verteuert. Aus ursprünglich ermittelten rund 24 Mio. Euro sind 40 Mio. Euro geworden.

Kostbarer Denkmalschutz

Auch der Stadt Forchheim sind bei der Sanierung ihres historischen Rathauses die Kosten davongelaufen. Die Ausgaben für das ehrgeizige Projekt haben sich verdoppelt. Planungsänderungen (Funde ausarchäologischen Grabungen sollen sichtbar erhalten bleiben) sowie Materialengpässe und -preisteigerungen sorgten unter anderem dafür, dass aus anfangs 17,5 Mio. Euro 44,7 Mio. Euro wurden. Der Bund der Steuerzahler meint: „Gerade bei denkmalgeschützten Gebäuden kann immer etwas Unvorhergesehenes passieren. Deshalb gilt: Kostensteigerungen vorher berücksichtigen!“

In Ingolstadt soll aus einer alten Industriehalle das „Museum für Konkrete Kunst und Design“ werden. Auch hier sind die Kosten aus dem Ruder gelaufen. Statt ursprünglich geschätzten rund 33 Mio. Euro wird sich das anspruchsvolle Projekt auf rund 58,7 Mio. Euro belaufen. Zum überwiegenden Teil resultieren

GZ

KOLUMNE
Carmen Pepiuk

Liebe Leserinnen und Leser,

die sinkende Zahl der Gläubigen zwingt die beiden großen Kirchen in Deutschland zum Handeln, wie Medien immer wieder vermelden. Bis 2060 werden die großen Kirchen bis zu 40.000 ihrer Immobilien verkaufen müssen, heißt es in einem Bericht der Tageschau vom Mai 2023.

Die Kirchen in Deutschland stehen vor großen Aufgaben. In vielen Gemeinden müssen Strategien gefunden werden, mit denen der eigene Gebäudebestand angesichts sinkender Gemeindegliederzahlen, veränderter Nutzungsanforderungen und hoher Kosten für Instandhaltung und Betrieb an die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen des Gemeindelebens angepasst werden kann.



hauptsächlich für Kinder und Jugendliche anbietet, hat sich nun selbst auf ein völlig neues Projekt eingelassen. Die Kirche bleibt Kirche, aber mit vielfältigen Aktivitäten – von der Boulderwand bis zur Vorlesestunde. Wir sprechen von einer „Hybrid-Lösung“, die wohl in dieser Form derzeit einmalig in der Region, wenn nicht sogar in ganz Bayern ist.

Sich treffen und lernen (meet & learn) lautet das Motto für die Kirche

Anfangs stand nur der Gedanke im Raum, ob man sich für die Pauluskirche etwas Neues, Innovatives ausdenken könnte. Mit einem „Oh cool, das mach ich jetzt mal“, war es nicht getan. Schnell wurde jedoch klar, dass es keine nachhaltigere Nutzung gibt und die Ideen für eine „Begegnungskirche“ kamen wie von selbst.

Inzwischen wurden die Kirchenbänke herausgenommen, eine Boulderwand an die Wand geschraubt und links vom Altar wurde eine zwei Meter hohe Sprossenwand montiert.

Die neue „Begegnungskirche“ ist ein vom Learning Campus entwickelter Ort für kulturelle Veranstaltungen, religiöse Angebote der Kindertagesstätten, umwelt- und erlebnispädagogische Aktionen, auch im Bereich der Jugendhilfe. Auch eine Tischtennisplatte und ein Kicker stehen in der Kirche.

Weiterhin ist die Kirche aber auch ein Ort der Ruhe und Stille, es finden weiterhin Gottesdienste statt und weiterhin läuten die Glocken in Trautz.

Am Ende ist gemeinsam ein einzigartiges Projekt umgesetzt worden und die Kirche wurde zu einem „Gemeinde- und Gemeinschaftshaus“, das regen Zuspruch findet.

Ihre Carmen Pepiuk

Stv. Landesvorsitzende der KPVB Bayern
Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Trautz

Auch die 70 Jahre alte Pauluskirche in meiner Gemeinde Trautz ist in die Jahre gekommen und wurde mehr und mehr zu einer finanziellen Herausforderung. Die Bausubstanz ist zwar alt, aber noch gut. 2019 gab es ein erstes Gespräch mit Pfarrer Klausfelder von der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Neustadt am Kulm, wie man mit der Kirche in Zukunft verfahren könnte. Will die Gemeinde die Kirche kaufen und entwickeln lassen, also nicht mehr sakral nutzen?

Hier kommt Stephan Müller ins Spiel. Der Geschäftsführer von Learning Campus ist seit 1. April 2024 offiziell Mieter der Pauluskirche in Trautz. Sein ebenfalls ortsansässiges Unternehmen, das erlebnispädagogische kreative Konzepte

Beispiel in der „Hofer Stadtfarbe“ perlmausgrau lackiert – „erforderlich und gerechtfertigt“.

Komplett sanieren wollte die Stadt Vilshofen (Landkreis Passau) ihren Stadtplatz, der erst vor etwa 30 Jahren mit teurem Granit ausgestattet wurde. Doch die Planungen trieben die voraussichtlichen Kosten zunehmend in die Höhe, so dass der Stadtrat schließlich die Notbremse zog und das Vorhaben begrub. Planungskosten von rund 200.000 Euro seien dadurch „in den Sand gesetzt“, kritisiert der Steuerzahlerbund. Allein für den Architektenwettbewerb sei knapp eine halbe Million Euro verwendet worden.

Unbezahlbare Hinweisschilder

Touristische Hinweisschilder für Sehenswürdigkeiten in der Umgebung nutzen sich mit der Zeit ab – so auch an diversen Autobahnen in Bayern. Die Kosten für erforderliche Erneuerung sind nach Ansicht des BdSt viel zu hoch. So soll die Autobahn GmbH unter anderem von der Stadt Regensburg über 150.000 Euro für vier neue Schilder an den Autobahnen 3 und 93 gefordert haben. Die Schilder seien daraufhin abmontiert worden.

Ähnlich sei es bei der Autobahn 95 bei Wolfratshausen (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen): Für zwei neue Schilder seien von der Autobahnverwaltung 60.000 Euro gefordert worden – den Angaben zufolge ein nicht verhandelbarer Preis. Auch hier habe man sich für einen Rückbau entschieden. Kostenpunkt: 12.000 Euro.

Der Bund der Steuerzahler kritisiert die teuren Erneuerungs- und Rückbaukosten der Schilder. Weiterhin stellt er die Frage in den Raum, ob sich die Privatisierung der Autobahnverwaltung durch den Bund „mit dem Ziel, durch kostensenkende Effizienzgewinne mehr investieren zu können, nicht nur bürokratischer, sondern sogar kostentreibend auswirkt“.

Kurios mutet dagegen ein Projekt im Landkreis Passau an: Zwi-

schen Pocking und Bad Füssing wurde ein dem Vernehmen nach rund drei bis vier Mio. Euro teures, ca. 50 Meter langes Brückenbauwerk errichtet, das einen sicheren Übergang für Fledermäuse über die künftige Erweiterung der Autobahn A94 gewährleisten soll. Denn dort soll sich ein Flugkorridor für hochgeschützte Fledermäuse befinden.

Laut Experten orientieren sich Fledermäuse auf ihren Flügen per Echoortung an Heckenmustern, linearen Gehölzstrukturen und Reliefkanten. Daher wurde das Brückenbauwerk auch mit einer rund 2,5 Meter hohen Einzäunung versehen, damit die Fledermäuse gezielt über die Brücke geleitet werden können. Gleichzeitig dient das Brückenbauwerk, das auch begrünt wurde, als Querungshilfe für Radfahrer – in der Mitte der Brücke verläuft ein rund 3,2 Meter breiter Radweg.

Autobahn GmbH hat keine Antwort

Ob die Fledermäuse aber tatsächlich einmal über ihre Brücke fliegen werden oder nicht, lässt sich derzeit noch nicht beurteilen. Laut Naturschutzexperten ist davon auszugehen, dass Fledermäuse lieber durch Unterführungen als über eine Straße fliegen. Wie die Fledermäuse mit der neuen Situation umgehen und über ihre Brücke fliegen werden, steht derzeit noch in den Sternen.

Die zuständige Autobahn GmbH blieb dem Bund der Steuerzahler bis zum Redaktionsschluss des Schwarzbuchs eine Antwort zu den Fragen der zwingenden Erforderlichkeit und Finanzierung der „Fledermausbrücke“ sowie einer eventuellen alternativen Querungsmöglichkeit für Radfahrer – nur ein paar hundert Meter weiter befindet sich ebenfalls ein neues Brückenbauwerk – leider schuldig. Entsprechende Anfragen des Bundes der Steuerzahler blieben trotz Erinnerung unbeantwortet. **DK**

Für Politikwechsel ...

(Fortsetzung von Seite 1)

es keine Denkverbote geben. Benötigt werde eine Reihe von Sofortmaßnahmen, die die irreguläre Migration beenden und die Innere Sicherheit wiederherstellen. Dazu zähle die schnelle und konsequente Abschiebung ausreisepflichtiger Flüchtlinge auch nach Syrien und Afghanistan. Freiwillige Aufnahmeprogramme müssten sofort beendet werden. Wer in sein Heimatland reist, solle künftig ohne Ausnahme seinen Schutzstatus verlieren und dürfe nicht erneut nach Deutschland einreisen.

Sofortiger Ausreisearrest

Außerdem fordert die CSU: „Wer als ausreisepflichtiger Flüchtling oder Asylbewerber strafällig geworden ist, muss sofort in Ausreisearrest, bis derjenige das Land freiwillig verlässt oder abgeschoben wird. Terrorunterstützern und Gefährdern mit Doppelpass muss der deutsche Pass entzogen und ein Aufenthaltsverbot in Deutschland auferlegt werden. Abschiebungshaft und Abschiebung dieser Personen sind prioritär und schnellstmöglich umzusetzen. Hierfür müssen die Zusammenarbeit zwischen den Behörden und staatlichen Ebenen verbessert und vereinfacht sowie ausreichend Abschiebungshafteinrichtungen organisiert werden.“

Solange kein sicherer Grenzschutz an den Außengrenzen erfolgt und viele EU-Staaten die Dublin-Regeln nicht einhalten,

sind aus Sicht der CSU nationale Grenzkontrollen fortzuführen und ab sofort auch Asylbewerber an den deutschen Grenzen zurückzuweisen. Dazu müssten Art. 16a Abs. 2 GG und § 18 AsylG ab sofort wieder vollzogen werden, „indem Ausländern, die aus einem sicheren Drittstaat einreisen, die Einreise zu verweigern ist“. Um die Akzeptanz von Schengen dauerhaft zu erhalten, bedürfe es einer Kraftanstrengung aller europäischen Länder. Nur wenn irreguläre Migration verhindert wird und dazu alle ihren Beitrag leisten, werde dies gelingen.

Deutschlandweit Ankerzentren

Plädiert wird zudem für die deutschlandweite Anwendung des Konzepts der Ankerzentren, wonach möglichst das gesamte Asylverfahren von der Ankunft bis zur Entscheidung über ein Bleiberecht oder ggfs. die Rückkehr gebündelt unter einem Dach durchlaufen werden soll. „Wer keinen Schutzstatus erhält, muss direkt aus diesen Zentren heraus abgeschoben werden. Durch die Bündelung aller Verfahrensbeteiligter unter einem Dach können Asylverfahren schnell und effektiv abgearbeitet werden. Gleichzeitig wird die dezentrale staatliche Unterbringung entlastet, was zugleich den Kommunen zugutekommt, zum Beispiel bei Kinderbetreuung und Beschulung. An den relevanten Flughäfen muss der Bund Ausreisenzentren errichten,

um Abschiebungen effektiv zu koordinieren und schneller umsetzen zu können“, heißt es.

Darüber hinaus gelte es, die Pull-Faktoren zu reduzieren, d.h. Familiennachzug aussetzen, Bürgergeld und Asyl trennen. Asylbewerber sollen nach drei Monaten eine sozialversicherungspflichtige Arbeit aufnehmen bzw. zur gemeinnützigen Arbeit verpflichtet werden. „Wir in Deutschland müssen selbst entscheiden können, wer zu uns ins Land kommt. Ausschlaggebend kann nicht allein ein individuell eintragbarer Rechtsanspruch sein. Deshalb wollen wir das individuelle subjektive Recht auf Asyl durch eine institutionelle Garantie ersetzen.“

Leitantrag für Sicherheit und Freiheit

Im Leitantrag „Sicherheit stärken, Freiheit verteidigen“ wird die Wiedereinführung der Wehrpflicht gefordert. „Perspektivisch soll sie als einer von mehreren Diensten für Männer und Frauen in eine allgemeine Dienstpflicht eingegliedert werden.“ Zudem seien eine „Drohenarmee“ und eine „Cyberbrigade“ für die Bundeswehr und mehr Geld für die Verteidigung erforderlich: „Perspektivisch“ sollen drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts dafür eingeplant werden - aktuell sind zwei Prozent das Ziel. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine habe eine „Zeitenwende“ ausgelöst, von der in der deutschen Politik „wenig bis gar nichts spürbar“ sei.

Echte Wirtschaftswende

Auch der Leitantrag „Wohlstand erhalten, Aufstiegsversprechen erneuern“ enthält zahlreiche Lösungsvorschläge. So fordert die CSU eine „echte Wirtschaftswende“ mit Steuerentlastungen und weiteren Entlastungen sowie einem umfassenden Bürokratieabbau. Darüber hinaus brauche es mutige und zielgerichtete Reformen bei der Grunderwerbsteuer, der Erbschaftsteuer und dem Länderfinanzausgleich. „Wir wollen, dass die Länder selbst festlegen können, wie sie ihre Grunderwerbsteuer ausgestalten. Beim Kauf der ersten selbstgenutzten Immobilie wollen wir für Familien die Grunderwerbsteuer entfallen lassen. Bei der Erbschaftsteuer besteht erheblicher Reform- und Handlungsbedarf. Sie muss dringend regionalisiert und in die Hände der Länder gelegt werden, denen das Steueraufkommen heute schon allein zusteht. Derselbe Freibetrag für ein Haus in Mecklenburg-Vorpommern und Bayern ergibt keinen Sinn und ist nicht gerecht. Wir wollen die Freibeträge deutlich erhöhen und dynamisieren.“

Reform des Länderfinanzausgleichs

Überdies soll eine überfällige Reform des Länderfinanzausgleichs vorangetrieben werden: Bayern habe insgesamt bislang ca. 11,1 Mrd. Euro eingezahlt und rund 3,4 Mrd. Euro erhalten. Zukünftig müsse gelten: Länderfinanzausgleich nur noch für die Erfüllung von Kern- und Pflichtaufgaben.“

Wohlstand erhalten

„Mit einer Vier-Tage-Woche werden wir weder unseren Wohlstand erhalten noch im internationalen Wettbewerb bestehen können“, betont die CSU. Mehrarbeit müsse sich lohnen. Dafür seien attraktivere Hinzuverdienstmöglichkeiten in der Rente und Anpassungen im Steuer- und Transfersystem für mehr Erwerbsanreize, wie etwa 150 steuerfreie Überstunden, vonnöten. Die Pendlerpau-

Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf:

„Füreinander etwas bewegen“

Staatsempfang: 100-jähriges Bestehen der Freien Wohlfahrtspflege Bayern

Unter dem Motto: „Miteinander besser“ feiert die Freie Wohlfahrtspflege Bayern dieses Jahr ihr 100-jähriges Bestehen. Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf würdigte das Engagement der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege mit einem Staatsempfang im Kaisersaal der Münchner Residenz.

„Ihre Verbandsgeschichte lebt von Mitmenschlichkeit, Leistungsbereitschaft und Verantwortungsbewusstsein. Sie zeigt uns eindrucksvoll, was Menschen durch Miteinander und Füreinander erreichen und bewegen können. Ihr Jubiläumsmotto ‚Miteinander besser‘ unterstreicht, wie wichtig es ist, dass wir bei der Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen alle an einem Strang ziehen und unsere Gesellschaft stark und zukunftsfähig gestalten. Das ist auch mein Motto für die Bayerische Sozialpolitik: ‚Bayern. Gemeinsam. Stark‘“, so Ministerin Scharf.

Brigitte Meyer, Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege Bayern, betonte beim Staatsempfang: „Die Freie Wohlfahrtspflege ist heute trotz ihres Alters eine sehr lebendige, seriöse, zuverlässige und vor allen Dingen hochkompetente Ansprechpartnerin für alle Belange, die für jeden Einzelnen aber auch für das gesellschaftliche Zusammenleben von großer Bedeutung sind. Sie ist der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält, sie ist innovativ, tagesaktuell und bereit, den Wandel mit-

zugestalten.“

In der Freien Wohlfahrtspflege sind das Bayerische Rote Kreuz, die Arbeiterwohlfahrt, der Landes-Caritasverband Bayern, die Diakonie Bayern, der Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern und der Paritätische Wohl-

fahrtsverband Bayern organisiert. Die Lebenshilfe Bayern ist ständiger Gast.

Neben dem Angebot sozialer Dienstleistungen ist es die zentrale Aufgabe der Freien Wohlfahrtspflege, Anwalt und Beistand für Hilfsbedürftige, Benachteiligte, Kranke, Senioren, Kinder und Jugendliche sowie sozial Schwache zu sein. Die Freie Wohlfahrtspflege ist ein enger Partner der Staatsregierung bei der Gestaltung der Sozialpolitik in Bayern. □



V.l.: Pfarrer Dr. Andreas Magg (Landes-Caritasdirektor in Bayern), Johann Frankl (von 1957 bis 2005 Geschäftsführer der Freien Wohlfahrtspflege Bayern), Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf (MdL), Wilfried Mück (Geschäftsführer der Freien Wohlfahrtspflege Bayern seit 2005) und Brigitte Meyer (Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege Bayern).

Bild: StMAS / Martina Nötel

Schlüssel zur ...

(Fortsetzung von Seite 1)

„Diesen Satz habe wohl jeder schon einmal gehört. Wann immer es darum geht, der wachsenden Bürokratie Herr zu werden, werde auf die Digitalisierung und die Erleichterungen durch den Einsatz von KI verwiesen, betonte GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel in ihrer Begrüßung. Doch ob dies angesichts der zunehmenden Regulierungen tatsächlich machbar ist, bleibe offen. „Was wir jedoch seit 2013 mit dem Bayerischen BreitbandForum sicherstellen, ist eine Plattform, auf der Sie sich persönlich treffen und austauschen können, um vor Ort die Grundlage für Digitalisierung und den Einsatz von KI zu schaffen: eine stabile, leistungsfähige Internetverbindung“, hob von Hassel hervor.“

Der Fokus liegt auf den kommunalen Entscheidungen

„Unser Bestreben ist es, das Thema noch mehr in Richtung kommunale Entscheidungssträger zu fokussieren“, erklärte Stefan Graf, Direktor beim Bayerischen Gemeindetag. Dabei stünden organisatorische und finanzielle Fragen im Vordergrund. Obwohl die Gemeinden für die Breitbandanschluss-Infrastruktur nicht zuständig seien, „bleiben wir auch in schwierigen Zeiten an diesem Thema dran“, so Graf. Schließlich sei die Glasfaserfähigkeit mitentscheidend für die Zukunft der Gemeinden.

Wie Gunzenhausens Erster Bürgermeister Karl-Heinz Fitz darlegte, „müssen wir uns als Kommune um das Thema kümmern, denn es ist Teil der Daseinsvorsorge und ein sehr wichtiger Standortfaktor“. Das Mittelzentrum im fränkischen Seenland habe in den vergangenen Jahren mehrere Millionen in den Breitbandausbau investiert und werde dies auch in den kommenden Jahren tun. Schließlich gelte es, die Kommune attraktiv zu halten. Wichtige Bausteine auf diesem Weg seien zudem die Themen Bildung und

Verkehrswende. Als Schlaglicht nannte Fitz die Ansiedlung des Landesamtes für Schule in Gunzenhausen mit ca. 200 Mitarbeitern, den Erwerb des Bahnhofs Gunzenhausen, die Reaktivierung der Bahnlinie nach Wassertrüdingen, sowie die Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen (AGFK).

Schon über 100.000 Kilometer Glasfaser in Bayern

„Der Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur ist jetzt vielleicht die Infrastrukturaufgabe unserer Generation“, unterstrich Klaus Spreng, Referatsleiter Digitale Infrastruktur Bayern im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat. Über 92 Prozent der bayerischen Haushalte hätten inzwischen Zugang zu 100 Mbit/s und 80 Prozent zu gigabitschnellen Bandbreiten. Die verbliebene Restlücke werde über die bayerische Breitbandförderung geschlossen. Seit 2014 habe der Freistaat bereits über 2,5 Mrd. Euro investiert, hinzu kamen 250 Mio. Euro kommunale Eigenmittel. Damit wurden über 100.000 Kilometer Glasfaser in Bayern verlegt, davon 85.000 im ländlichen Raum. Darüber hinaus sieht der Doppelhaushalt 2024/25 des Freistaats eine Förderung von 480 Mio. Euro für den Breitbandausbau vor. Somit signalisiere der Staat den Kommunen: „Wir stehen an eurer Seite“, hob Spreng hervor.

Sonderdruck und Vorträge

In Ausgabe 24/2024 der Bayerischen Gemeindezeitung (Erscheinungsdatum: 19. Dezember) veröffentlichten wir eine Sonderdokumentation der Tagung. Weitere Informationen unter <https://www.bayerisches-breitbandforum.de>.

Freigegebene Vorträge finden Sie passwortgeschützt im Internet. Das Passwort fordern Sie bitte unter veranstaltungen@gemeindezeitung.de an. DK

Kommunale Spielräume ...

(Fortsetzung von Seite 1)

nen die Freiheit geben, Lösungen zu finden, die vor Ort Sinn machen“, betonte Karmasin.

Aus Sicht der Landräte ist die kommunale Selbstverwaltung grundlegend für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger. „Wir müssen als die, die die Gesetze umsetzen, darauf vertrauen können, dass der Gesetzgeber die richtigen Weichen stellt“, hob Karmasin hervor.

Besorgniserregende Finanzlage der Kommunen

In einem Austausch mit Wolfgang Schmidt, Chef des Bundeskanzleramts und Bundesminister für besondere Aufgaben, wurde die besorgniserregende Finanzlage der Kommunen thematisiert. Die Landräte verwiesen darauf, dass die stetig steigenden Ausgaben und überbordenden Vorgaben die Entwicklung der Landkreise massiv behinderten. Besonderes Augenmerk lag auf den hohen sozi-

schale müsse erhöht und dynamisiert und die kalte Progression durch einen Tarif auf Rädern ganz abgeschafft werden. Die tägliche Höchstarbeitszeit sei auch zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit zu ersetzen.

Leistungsfeindliches und ungerechtes Bürgergeld

Als „schwerer Fehler“ wird das „leistungsfeindliche und ungerechte Bürgergeld“ bezeichnet. Wer arbeite, müsse spürbar mehr haben als der, der nicht arbeite. Es brauche einen kompletten Neustart mit einem System, bei dem das „Fordern“ wieder im Vordergrund steht. Wichtig seien mehr Arbeitsanreize und Sanktionen für Arbeitsverweigerer. „Deshalb werden wir das Bürgergeld nach der nächsten Bundestagswahl abschaffen und durch eine Sozialhilfe ersetzen“, stellt die CSU abschließend klar. DK

alen Lasten, die größtenteils aus der Bundesgesetzgebung resultieren. Insbesondere die steigenden Kosten für die Jugendhilfe und die Unterbringung von Flüchtlingen stellen die Landkreise vor immense Herausforderungen. Die Landräte forderten einen Ausgleich der finanziellen Mehrbelastungen, den Abbau unnötiger Aufgaben und Standards sowie einen Kulturwandel hin zu mehr Vertrauen in die Eigenverantwortung der Kommunen.

Zusammenarbeit bei der Flüchtlingsunterbringung

Ein weiterer zentraler Punkt war die dringend benötigte Zusammenarbeit bei der Flüchtlingsunterbringung. „Die Pflicht zur Unterbringung schränkt unsere kommunale Selbstverwaltung massiv ein. Wir benötigen mehr Ressourcen für Integration, Sprachkurse und Schulplätze“, so der eindringliche Appell der Landräte. Sie erwarten von der Bundesregierung klare Zuständigkeiten und praktikable Lösungen, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu sichern und die Herausforderungen im Sozial- und Gesundheitsbereich gemeinsam anzugehen.

Die alarmierende Situation der kommunalen Krankenhäuser wurde mit dem Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestags erörtert. Während in Berlin über große Reformen diskutiert wird, kämpfen zahlreiche Einrichtungen mit Defiziten im zweistelligen Millionenbereich. „Diese finanziellen Schwierigkeiten sind nicht hausgemacht, sondern gehen auf eine von Grund auf nicht auskömmliche Finanzierung zurück“, unterstrich Präsident Karmasin.

Rahmenbedingungen für Krankenhäuser verbessern

„Wir können es uns nicht leisten, an der Gesundheitsversorgung in der Fläche zu sparen. Die Rahmenbedingungen für unsere Krankenhäuser müssen verbes-

sert werden.“ Die bayerischen Landräte fordern daher eine sofortige finanzielle Unterstützung durch den Bund, um die Betriebskosten der Krankenhäuser zu sichern und Liquiditätslücken zu schließen. Es sei dringend notwendig, dass der Bund auf eine bedarfsgerechte, bürgernahe und bezahlbare medizinische Versorgung hinarbeite. Die Bevölkerung dürfe keinen Versorgungsdefizit erleiden.

Bund will ab 2025 Tarifsteigerungen vollständig übernehmen

Sabine Dittmar, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, kündigte an, dass der Bund ab 2025 die Tarifsteigerungen im Personalbereich vollständig übernehmen werde. Nach Auffassung der Landräte ist dies ein erster Schritt in die richtige Richtung. Das A und O für den Erhalt der Krankenhäuser sei eine auskömmliche Betriebskostenfinanzierung durch die Kassen. Die sogenannte Schere zwischen Kosten und Erlösen, also den Tarifsteigerungen im Personalbereich, die von den Kassen nicht ausgeglichen werden, stelle eine der größten Hürden bei der Finanzierung der Krankenhäuser dar.

Faeser muss endlich liefern

Positiv bewerteten Bayerns Landräte die Pläne der Bundesregierung gegen irreguläre Migration. Bundesinnenministerin Nancy Faeser habe zugesagt, viele Kernforderungen der Landkreischefs umzusetzen, teilte Karmasin der Deutschen Presse-Agentur mit. Jetzt müsse die Ministerin das nur noch in die Tat umsetzen. „Wir sind aber hoffnungsfroh“, sagte der Fürstentfeldbrucker Landrat.

Unter anderem habe Faeser davon gesprochen, die nun bundesweit eingeführten Grenzkontrollen beizubehalten, berichtete Karmasin. Zudem seien sogenannte Dublin-Zentren im Gespräch, wo Asylverfahren durchgeführt werden sollen. Auf diese Weise werde die Einreise deutlich erschwert. DK

Kommunen und Sparkassen:

Heimat mit Zukunft

GZ-Interview mit Matthias Dießl, Präsident des Sparkassenverbandes Bayern

„Die Regionalität muss erhalten und die Sparkasse als lokales Institut wahrgenommen werden. Grundlage für den Erfolg ist die starke wirtschaftliche und gesellschaftliche Verankerung in unserer Heimat“, betont Matthias Dießl, seit 1. Januar 2024 Präsident des Bayerischen Sparkassenverbandes. Seit mehr als 200 Jahren stünden die Sparkassen für das, was heute unter dem Begriff „Nachhaltigkeit“ zusammengefasst wird. Im Gespräch mit GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel nahm der langjährige Fürther Landrat Stellung zu aktuellen Themen, wie etwa dem Spannungsfeld zwischen öffentlichem Auftrag und regulatorischen Anforderungen.

GZ: In der Bayerischen Gemeindezeitung gibt es eine Rubrik „Zu Gast bei ...“. Wir reisen durch Bayern und stellen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern Fragen, um frühzeitig herauszufinden, mit welchen Themen sie sich auseinandersetzen haben. Auch bei Ihnen waren wir schon zu Gast. Auffällig ist, dass viele kommunal engagierte Persönlichkeiten entweder einen Sparkassenhintergrund haben oder aus der Verwaltung kommen. Warum engagieren sich viele Sparkassler auch kommunal?

Dießl: Wir Sparkassen sind in der Region zu Hause. Das beeinflusst auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter positiv in ihrem täglichen Tun. Denn Sparkassen kennen natürlich die kommunalen Strukturen, und sie geben der Region durch ihr soziales Engagement etwas zurück aus dem Erfolg ihrer Arbeit. Auch bieten wir in unseren Instituten die Möglichkeit, sich im Ehrenamt und kommunalpolitisch zu engagieren. Zum anderen geht es bei der Sparkassenausbildung natürlich um Finanzthemen, die immer auch Lebensfragen sind. Es werden viele Kompetenzen vermittelt, die man gut einsetzen kann, wenn man in einem Gremium mitarbeitet oder eben auch, wenn man z.B. im Hauptamt Bürgermeister wird.

GZ: In besagtem GZ-Interview haben Sie sich auch dazu geäußert, wie Sie in Erinnerung bleiben wollen. „Ich stehe für nachhaltige Politik, sowohl in Bezug auf die konsequente Umsetzung von Konzepten und Maßnahmen für die Entwicklung unseres Landkreises als auch hinsichtlich der Schaffung einer gesunden Finanzbasis, damit in Zukunft ebenfalls Spielräume zur Gestaltung bestehen.“

Dießl: Das Thema Finanzen konnte ich an der Stelle nicht ganz ausschließen. Alle Maßnahmen, die wir in einer Kommune, in der Organisation, ergreifen, spiegeln sich am Ende immer auch in Zahlen wider. Nur wenn ich die Ressourcen habe, in bestimmte Bereiche zu investieren, kann ich auch etwas umsetzen. Erkennt und versteht man diesen wechselseitigen Bezug, hilft es, Organisationen und Gemeinden entsprechend zu entwickeln. Auch in der öffentlichen Verwaltung schadet Finanzkompetenz nicht.

GZ: Ureigenste Aufgabe der Sparkassen ist die Bereitstellung einer soliden Finanzinfrastruktur vor Ort, gerade auch im ländlichen Raum und in einem Flächenstaat wie Bayern. Wie sehr belastet das die Sparkassen in Zeiten permanent steigender regulatorischer Anforderungen aus Brüssel und Berlin in ihren eigentlichen Arbeitsfeldern und in ihrer Kostenstruktur?

Dießl: Dort, wo die Menschen sind, wollen wir aktiv sein und ihren Bedürfnissen gerecht werden, indem wir gute Dienstleistungen anbieten. Was eine Sparkasse erwirtschaftet, fließt nicht irgendwohin ab, sondern wird wieder in der Region investiert. Die Steuerzahlungen landen direkt vor Ort in den Gemeindekassen. Dies ist ein fest etabliertes System, das eine regionale Wertschöpfung sicherstellt.

Wenn nun aus Brüssel, häufig

auch von der Europäischen Zentralbank, Regelungen kommen, belastet uns das auch als Sparkassen. Die Regelungen werden oft vereinheitlicht, es wird nicht differenziert zwischen einem international tätigen oder einem regional vor Ort verankerten Institut. Wir sehen dies manchmal als überbordend an. Klar ist es wichtig, Dinge zu regeln, eine Regulatorik und eine Aufsicht zu haben, um eine Finanzstabilität sicherstellen zu können. Aber diese Regulierungen sind äußerst umfangreich. Das belastet uns in der Tat und bindet teilweise erhebliche Ressourcen in den jeweiligen Häusern.

Finanzstabilität sicherstellen

GZ: Wie kann der Sparkassenverband hier unterstützend wirken?

Dießl: Wir unternehmen große Anstrengungen, um unsere Belange auf übergeordneter Ebene deutlich zu machen. Wir versuchen, auf angepasste Regelungen in der Aufsicht oder in der Bürokratie hinzuwirken. Für uns ist die Proportionalität, die Anpassung der Regeln an die Größe eines Instituts, wichtig. Auch wir Sparkassen arbeiten daran, Komplexität zu reduzieren und Dinge zu standardisieren, um kosteneffizient arbeiten zu können. In Teilen hilft uns dabei die Digitalisierung. Wir wollen vor Ort vor allem Ansprechpartner und Berater sein und unsere Leistungen effizient und gut erledigen.

GZ: Fühlen Sie sich denn auch gehört?

Dießl: Wir stehen in einem intensiven Dialog und unsere Anliegen werden auch zur Kenntnis genommen. Auch BaFin-Präsident Mark Branson hat darauf hingewiesen, dass die Kalibrierung der europäischen Finanzregulierung nicht abgeschwächt werden dürfe, stellt aber weniger Komplexität und mehr Proportionalität in Aussicht. Manche Auflagen, so wurde angekündigt, sollen jetzt erleichtert werden – Beispiel: die Meldepflichten. Das geht in die richtige Richtung, aber wir können uns noch einiges mehr vorstellen.

Kein Zusatznutzen durch digitalen Euro

GZ: Sie sprachen eben die Digitalisierung an. Diskutiert wird gerade die Einführung eines digitalen Euro. Markus Ferber erklärte im GZ-Interview in der Weihnachtsausgabe 2023: „Wir müssen extrem vorsichtig sein, dass wir durch den digitalen Euro nicht unser eigenes Bankensystem schwächen.“ Was unternehmen die Sparkassen, um diese Vorsicht walten zu lassen?

Dießl: Die Sorgen, die Herr Ferber formuliert, teilen wir natürlich. Deswegen stehen wir auch in einem intensiven Dialog mit der Europäischen Zentralbank. Wir wollen verstehen, warum sie der Meinung ist, dass wir einen digitalen Euro brauchen. Denn so wie er aktuell konzipiert ist, sehen wir keinen Zusatznutzen. Banken und Sparkassen arbeiten jetzt zum Beispiel ohnehin sehr intensiv daran, mit der digitalen Wallet Wero ein europäisches Zahlungssystem aufzubauen, das funktionsfähig, transparent und sicher ist.

GZ: Können Sie konkrete Gedanken benennen?

Dießl: Falls wir den digitalen Euro in der jetzt geplanten Form einführen müssten, würde das auch bei den Banken massive Investitionen nach sich ziehen und Ressourcen binden. Möglicherweise könnten z.B. wir in der Sparkassen-Finanzgruppe über einen längeren Zeitraum keine weiteren Innovationen im Payment umsetzen, was uns im Wettbewerb mit Banken aus anderen Ländern außerhalb Europas eher schwächen würde. Dies kann nicht im Sinne der Europäischen Union sein, daher suchen wir den Dialog. Wir sagen, dass es sicherlich sinnvoll sein mag, über eine digitale Variante des Euro nachzudenken. Die Ausgestaltung muss aber sehr klug überlegt sein. Am Ende dürfen wir nicht überfordert und geschwächt werden. Eine Schwächung wäre es zum Beispiel, wenn größere liquide Mittel in digitale Wallets abfließen. Damit stünde den Banken weniger Liquidität zur Verfügung, die sie z.B. Unternehmen oder Bauherren in Form von Krediten geben könnten. Auch das ist eine Gefahr.

GZ: Ihre Prognose: Kommt der digitale Euro?

Dießl: Die Europäische Zentralbank verfolgt das Ziel des digitalen Euro aus unserer Sicht äußerst konsequent. Am Ende muss natürlich auch auf europäischer Ebene eine politische Entscheidung getroffen werden.

Finanzbildung im Visier

GZ: Obwohl eine Einführung einen immensen Eingriff in unser Währungssystem darstellen wird, kommt eine Diskussion darüber in der breiten Öffentlichkeit noch nicht so recht in Gang. Was auf uns zukommt, ist wenig greifbar und es wird generell wenig über Geld gesprochen. Kenntnisse in Finanz- und Wirtschaftsfragen sind aber entscheidend für die Gestaltung unseres kompletten Lebensumfeldes. Was unternehmen die bayerischen Sparkassen, um eine entsprechende Bildung in der Bevölkerung zu fördern?

Dießl: Den Sparkassen ist die Finanzbildung seit jeher wichtig. Wir bieten vor Ort z.B. Workshops an, informieren etwa über das Thema Altersvorsorge oder geben Tipps zur privaten Finanzplanung. Dabei stellen wir auch fachspezifische Materialien zur Verfügung. Darüber hinaus haben wir vor Ort sehr früh einen Sparkassen-SchulService eingerichtet. Damit unterstützen wir die Schulen im Rahmen ihres öffentlichen Auftrags mit einem breiten Medienangebot. Das digitale Lernprojekt „Planspiel Börse“ beispielsweise ermöglicht jungen Menschen einen spielerischen und praxisnahen Zugang zum Handel mit Wertpapieren. Aktuell denken wir mit unserer Stiftung über ein Bildungszentrum nach. Aber auch jedes Kundengespräch ist ein Rahmen für die Aufklärung unserer Kunden, hier sprechen wir detailliert über Geld.

GZ: Ihr Vorgänger Prof. Ulrich Reuter vertrat in einem GZ-Interview des Jahres 2021 die Auffassung, dass nach der Corona-Krise Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Klimakriterien in der Finanzindustrie eine wichtigere Rolle spielen werden. Ist das jetzt der Fall?

Dießl: Ja, das ist so, aber im Moment spielen gerade gesellschaftspolitische Themen eine große Rolle. Wir erleben eine gewisse Spaltung in der Gesellschaft. Wir haben im Moment schwierigere wirtschaftliche Rahmenbedingungen. An unseren Kreditierungen sehen wir auch, dass Unternehmen leider teilwei-

se nicht vor Ort investieren, sondern dafür ins Ausland gehen. Belastend sind für sie hierzulande vor allem die überbordende Bürokratie und hohe Energiekosten.

Grundsätzlich müssen wir darauf achten, uns wirtschaftlich weiterzuentwickeln und gleichzeitig Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Klimathemen im Blick zu haben. Das geben auch die regulatorischen Anforderungen vor. Es darf aber nicht so weit kommen, dass wir einem regionalen, zukunfts-trächtigen Unternehmen keine Finanzierung mehr unterbreiten können, nur weil es in keiner grünen Technologie unterwegs ist. Fakt ist: Der Prozess der Veränderung muss leistungsfähig bleiben.

Weibliches Führungspersonal: Luft nach oben

GZ: Nachhaltigkeit bedeutet auch, mehr weibliches Führungspersonal in den Chefetagen zu etablieren. Wie kommen die bayerischen Sparkassen und der Verband hier voran?

Dießl: Sparkassen sind überwiegend weiblich. 62 Prozent unserer Belegschaft sind Frauen. Anders verhält es sich in den Führungsebenen, wo wir einen Frauenanteil von lediglich 22 Prozent verzeichnen. Hier ist noch Luft nach oben. Damit mehr Frauen Führungsverantwortung übernehmen können, sind wir als Verband in einem guten Austausch mit unseren Sparkassen. In unserer Akademie bieten wir beispielsweise verschiedene Mentoringprogramme für Frauen an. Zum anderen haben wir mit unseren Sparkassen vereinbart, dass bis spätestens 2030 in jeder Sparkasse mindestens eine Frau als Stellvertretendes Vorstandsmitglied fungieren soll, damit sie danach berufungsfähig ist. Die besondere



Der bayerische Sparkassenpräsident Matthias Dießl im Gespräch mit GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel. Bild: Eva Mang

Herausforderung ist hierbei die sogenannte Geschäftsführungseignung, die von der Aufsicht genehmigt sein muss.

GZ: Können Sie dies näher erläutern?

Dießl: Die Aufsicht entscheidet darüber, ob Bewerber die Anforderungen erfüllen, ein Kreditinstitut zu führen. Der Nachweis eines entsprechenden Abschlusses genügt hierfür nicht, man muss u.a. auch Kreditvergabekompetenz vorweisen. Der Weg muss also vorbereitet werden. Mit dem Ziel, in jeder Sparkasse ein stellvertretendes weibliches Vorstandsmitglied zu haben, schaffen wir eine breitere Basis für Bewerbungen auf Vorstandspositionen. Wir sollten als Organisation stets darauf achten, die Gesellschaft möglichst gut abzubilden. Dies ist bei uns in den Führungsebenen derzeit noch nicht gegeben. Wir arbeiten daran aber sehr intensiv.

GZ: Wagen Sie für uns einen Blick in die Glaskugel. Was sind Ihrer Meinung nach die größten Herausforderungen und Chan-

cen für die Sparkassen in den nächsten fünf bis zehn Jahren?

Blick nach vorn

Dießl: Ein ganz großes Thema für uns ist Personal. Wir erwarten, dass uns in den nächsten zehn Jahren 30 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter planmäßig verlassen werden, weil sie in Rente gehen. Sich darauf vorzubereiten, ist eine große Herausforderung für die Sparkassen. Deswegen nehmen wir unsere personelle Aufstellung, auch mit Blick auf den Fachkräftemangel, sehr stark in den Fokus. In diesem Zusammenhang gilt es zudem, über die Bedeutung neuer Technologien – Stichwort Digitalisierung und KI – nachzudenken. Die Frage, ob uns Künstliche Intelligenz an der einen oder anderen Stelle helfen kann, liegt nahe und beschäftigt uns sehr. Gleiches gilt unter anderem für das Thema Regulatorik in der Sparkassen-Finanzgruppe.

GZ: Vielen Dank für das Gespräch! DK



Bestens abgesichert.

Frühzeitig vorsorgen mit der PlusPunktRente!

Die BVK Zusatzversorgung bietet mit der PlusPunktRente die optimale Absicherung fürs Alter – zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente.

- hohe garantierte Rente
- staatliche Förderung
- keine Vermittlungsprovision
- flexible Beitragsgestaltung
- sichere Versorgung aus einer Hand



Beratungstermin

Jetzt informieren und beraten lassen!

Einfach QR-Code scannen und Beratungstermin vereinbaren.

BVK Bayerische
Versorgungskammer
ZUSATZVERSORGUNG

Jetzt anmelden!
UNSER NEWSLETTER
www.bvk-zv.de/Newsletter

Jetzt lesen!
UNSER MAGAZIN
www.bestens-abgesichert.de

Folgen Sie uns!
UNSERE SOCIAL MEDIA ACCOUNTS
bvkzusatzversorgung

Verschenkte Rendite

Heimatbanken könnten mehr aus ihrer Geschichte machen

Ein Kommentar von Dr. Jürgen Gros

Sparkassen und Genossenschaftsbanken haben in Deutschland eine lange Tradition. Sie reicht bis weit ins 19. Jahrhundert zurück. Entsprechend viel Erzählstoff in beeindruckender Detailfülle gibt es. Die kollektive unternehmerische Erfolgsgeschichte ist längst ein identitätsstiftendes Narrativ beider Institutsgruppen. Zugleich ist es ein Narrativ der Selbstvergewisserung. Der Erfolg in der Vergangenheit gilt als Quasibeweis dafür, auch die Zukunft erfolgreich zu meistern. Das nicht ohne Grund. Denn die Fähigkeit, im Zeitenwandel zu bestehen und sich innovativ weiterzuentwickeln, kann man weder den Kreditinstituten mit dem roten noch denen mit dem blau-orangen Logofarben absprechen.

Den krassen Gegensatz zur intensiven Erinnerungskultur auf der kollektiven Metaebene bilden bei der weit überwiegen-

den Mehrwert in seinem Geschäftsgebiet, der die eigene Historie um einzigartigen Content anreichert. Nur selten dokumentieren die Heimatbanken das (in ihren digitalen Kommunikationskanälen) zielgerichtet – und wenn doch, dann kaum auffindbar und zumeist wenig ansprechend aufgemacht. Geschichte in Geschichten zur Untermauerung und Konkretisierung des Unternehmensleitbildes respektive der Geschäftsstrategie oder Marktpositionierung (digital) zu erzählen, geschieht bei kaum einem der regional agierenden Kreditinstitute. Viel Potenzial für cleveres (digitales) Geschichtsmarketing bleibt damit ungenutzt.

Vernachlässigter Vermögenswert

So gewissenhaft Banker im Sparkassen- und Genossenschaftssektor ansonsten mit den ihnen anvertrauten Assets umgehen, den „Vermögenswert Geschichte“ vernachlässigen sie. Das ist nicht nur schade, sondern verwundert auch. Denn das Wissen um die Geschichte „ihrer“ Bank ist bei den allermeisten Vorständen umfassend, von immenser Tiefe und beeindruckendem Facettenreichtum.

Wissensmangel ist es also kaum, wenn man in den digitalen Auftritten von Sparkassen und Kreditgenossenschaften so wenig über ihre individuelle Ge-

schichte und damit über ihre regional-historische Leistung erfährt. Dabei liegen hier die zentralen Wurzeln für deren heutiges und künftiges Agieren.

Großes Potenzial

Der „Vermögenswert Geschichte“ ist schlichtweg unterbewertet, weil er nicht als Asset erkannt ist. Wenn er denn überhaupt für die Außendarstellung der Bank (digital) genutzt wird, dann zerfließt er zumeist in allgemeinen, wenig institutsbezogenen Darstellungen oder blutleeren Zahlenreihen. Auf der Strecke bleiben die Präsentation und Erzählung dessen, was die Leistung für die Entwicklung der Heimat ausmacht ebenso, wie die der Menschen und ihrer Geschichte, die für die Bank prägend waren und sind.

Dabei bietet der bewusste Einsatz von Geschichte so viel Potenzial. Im digitalen Zeitalter allemal. Heimatbanken mit einem ausgeprägten unternehmerischen Geschichtsbewusstsein unterstützt er, ihre Reputation noch gezielter zu steuern und die regionale Markenerzählung zu verstärken. Ins Reputa-

tionsmarketing eingebundene Schlüsselmomente, die den Beitrag des Instituts beispielsweise zur Entwicklung von lokaler Wirtschaft und Gesellschaft aufzeigen, bieten viel – nicht zuletzt emotionales – Potenzial, um sich in einem hochkompetitiven Markt der Ähnlichkeiten von Wettbewerbern durch Narrative mit konkretem, heimatbezogenem Inhalt abzuheben.

Verknüpfung von Entstehungsgeschichte und Leitbild

Dabei die Entstehungsgeschichte des jeweiligen Kreditinstituts rund um Gründungsmotive und -akteure mit dem heutigen Leitbild zu verknüpfen, ist eine Möglichkeit, Kontinuitätslinien in der Bankentwicklung zu zeichnen. Diese sind hinsichtlich ihrer vertrauens- und loyalitätsschaffenden Wirkung nicht zu unterschätzen in einer Gesellschaft, in der Regionalität, Sicherheit, Beständigkeit, Verlässlichkeit und Fairness einen hohen Stellenwert haben.

Der bewusste Umgang mit Unternehmensgeschichte kann einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, Leitbild und Wertekanon aus dem Abstrakten in die Lebenswirklichkeit von Mitarbeitenden, Mitgliedern und Kunden zu bringen. Geschichte ist ein Vermögenswert mit viel Rendite!

LfA Förderbank Bayern:

Innovationsförderung deutlich verbessert

Antragstellerkreis auf Small Mid-Caps erweitert und 70-prozentige Haftungsfreistellungen im Innovationskredit 4.0

Die Innovations- und Digitalisierungsförderung der LfA Förderbank Bayern wird noch attraktiver. Ab sofort können neben kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) auch Small Mid-Caps mit einem Jahresumsatz von bis zu 500 Millionen Euro den Innovationskredit 4.0 nutzen. Small Mid-Caps sind Unternehmen, die weniger als 500 Mitarbeiter haben und nicht unter die KMU-Definition fallen. Die LfA bietet ihren Spezialkredit für die Transformation jetzt zudem auch mit 70-prozentiger Haftungsfreistellung an. Damit kann ein deutlich größerer Kreis bayerischer Unternehmen als bisher mithilfe des Innovationskredit 4.0 in Innovation und Digitalisierung investieren.

Mit dem Innovationskredit 4.0 fördert die LfA sowohl Innovations- und Digitalisierungsvorhaben als auch innovative Unternehmen. Dank dem Einsatz von Haushaltsmitteln und der Refinanzierung über den ERP-Digitalisierungs- und Innovationskredit der KfW bietet das Förderprogramm im Vergleich zum Marktzins deutlich günstigere Konditionen. Zusätzlich reduzieren Tilgungszuschüsse die Investitionskosten. Durch die Ausweitung des Antragstellerkreises auf Small Mid-Caps mit einem Jahresumsatz von maximal 500 Millionen Euro wird der Kreis der Unternehmen, die von den Vorteilen des Innovationskredit 4.0 profitieren können, deutlich größer.

Haftungsfreistellungen möglich

Zudem bietet die LfA den Innovationskredit 4.0 jetzt auch wieder mit Haftungsfreistellungen an. Mit diesem Förderinstrument kann die LfA den Hausbanken der Betriebe bei Bedarf 70 Prozent des Kreditrisikos abnehmen. Dadurch können die Hausbanken den Kredit auch an Unternehmen ausreichen, die zwar keine ausreichenden Sicherheiten, wohl aber ein tragfähiges Geschäftsmodell haben. Ermöglicht werden die Haftungsfreistellungen durch eine Kooperation mit der Europäischen Union im Rahmen des InvestEU-Fonds.

Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger: „Unsere Zukunft in Bayern ist innovativ und digital. Deswegen helfen wir unseren mittelstän-

dischen Betrieben gemeinsam mit der LfA und dem Europäischen Investitionsfonds dabei, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Innovationen stärken die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Bayern, schaffen Wachstum und neue Arbeitsplätze. Das ist in der aktuellen Situation gerade wichtiger denn je.“

Enorme Investitionsbedarfe

Dr. Bernhard Schwab, Vorstandsvorsitzender der LfA, erläutert: „Die Transformation insbesondere hin zu Digitalisierung und technologischer Weiterentwicklung ist die alles überlagernde Aufgabe der kommenden Jahre für die Wirtschaft – und mit enormen Investitionsbedarfen verbunden. Es freut mich deshalb sehr, dass wir in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Investitionsfonds jetzt noch mehr bayerische Mittelständler bei der Finanzierung von Investitionen in Innovation und Digitalisierung unterstützen können.“

Marjut Falkstedt, Geschäftsführerin des Europäischen Investitionsfonds: „Wir freuen uns darauf, durch die Zusammenarbeit mit der LfA Förderbank Bayern Unternehmen in ganz Bayern den Zugang zu Finanzierungen zu erleichtern, um sie nachhaltiger und wettbewerbsfähiger zu machen und gleichzeitig Innovationen und den Übergang in eine digitalere Zukunft zu ermöglichen. Das europäische Programm InvestEU erweist sich hier als ein sehr nützliches Instrument zur Unterstützung europäischer Unternehmen.“

DStGB-Ausschuss für Finanzen und Kommunalwirtschaft:

Investitionen ermöglichen

„Die Schere zwischen von kommunaler Seite kaum begrenzten Ausgaben und den Einnahmen der Städte und Gemeinden geht immer weiter auf. Diese strukturelle Unterfinanzierung gefährdet die wirtschaftliche Prosperität sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt zunehmend“, hob Oberbürgermeister Dr. Bernhard Gmehling (Neuburg a. d. Donau) bei der jüngsten Sitzung des DStGB-Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft im brandenburgischen Niedergörsdorf hervor. Bund und Länder müssten gegensteuern, so der Vorsitzende des Gremiums.

Die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes zur Entwicklung der Kommunalfinanzen im ersten Halbjahr dieses Jahres waren aus Gmehlings Sicht ein letzter Warnschuss: Hier stand auf kommunaler Seite ein Defizit in Höhe von -17,3 Mrd. Euro. Statt einer strukturellen Verbesserung der kommunalen Haushaltslage stehe aktuell aber erst einmal eine weitere Verschärfung der Finanzsituation auf der Agenda. Mit dem von der Bundesregierung zur Ankurbelung der Konjunktur vorgelegten Entwurfs des sogenannten Steuerfortentwicklungsgesetzes drohten den Städten und Gemeinden zusätzlich weitere Mindereinnahmen von in der Spitze sieben Mrd. Euro.

Weitere Mindereinnahmen drohen

Wie der Ausschussvorsitzende betonte, sei eine Erhöhung der gemeindlichen Anteile an den Gemeinschaftssteuern dringend geboten, um die kommunale Handlungs- und Investitionsfähigkeit nicht weiter einzuschränken. Ohne eine Kompensation der gemeindlichen Steuermindereinnahmen infolge bundeseitiger konjunktureller Maßnahmen drohten die erhofften positiven Effekte sich ins Gegenteil zu verkehren und zu einer Wachstumsbremse zu mutieren. Zudem brauche es eine echte Konnexität.

Wie Gmehling zudem feststellte, gingen die durch den klimaneutralen Umbau unserer Energie- und Wärmeversorgung anstehenden Investitionen weit über den gewöhnlichen Investitionsrahmen der Kommunen und kommunalen Versorgungsunternehmen hinaus. „Zurzeit liegen die Schätzungen für das benötigte Investitionsvolumen

bei ungefähr 1,4 Billionen Euro bis 2045 für den Ausbau erneuerbarer Energien, für den Netzausbau, für Fernwärme, und für Elektrolyse und Wasserstoffspeicher. Es ist absehbar, dass die bisher übliche Finanzierung der Investitionen aus Abschreibungen und Gewinneinbehalt für viele Versorger für Investitionen in dieser Größenordnung nicht mehr möglich ist.“ Erforderlich seien deshalb zum einen eine massive und nachhaltige Unterstützung durch Bund und Länder, und zum anderen weitere Finanzierungsinstrumente, wie Bürgschaften und Garantien der Förderbanken.

Finanzierungslast der Energiewende

Aktuell werde immer mehr deutlich, dass die Haushalte der Kommunen, aber auch von Bund und Ländern, nicht in der Lage sein werden, ausreichend Kapital für die Energiewende aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung zu stellen. Die Energiewirtschaft halte es daher für zwingend notwendig, den privaten Kapitalektor in die Finanzierung der Energiewende einzubinden. Dabei ist es aus Sicht der Kommunen zwingend, die Rolle von privatem Kapital in kommunalen Unternehmen zur Finanzierung der Transformation sorgfältig zu bewerten und eine staatliche Steuerung sicherzustellen.

Gmehling zufolge „darf die Finanzierungslast der Energiewende schließlich nicht dazu führen, dass eine Privatisierungswelle des kommunalen „Tafelsilbers“ seinen Lauf nimmt; zumal dies nicht nur die Stadtwerke, sondern auch die kommunale Wohnungswirtschaft trifft und letztlich steuerlichen Querverbänden den Boden entzieht.“ **DK**

Zehn-Jahres-Vergleich:

Frauen stehen finanziell zunehmend auf eigenen Beinen

Steigende Bedeutung von Erwerbseinkommen bei Menschen ab 65 Jahren

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik nach einer aktuellen Auswertung der Mikrozensus-Ergebnisse 2023 mitteilt, sind immer weniger Frauen auf das Einkommen des Ehepartners oder Angehöriger angewiesen.

Im Jahr 2023 gaben rund 795.000 Frauen (14 Prozent) an, überwiegend vom Einkommen Angehöriger zu leben, rund 300.000 Frauen weniger als im Jahr 2013 (7 Prozentpunkte). Im Zeitverlauf hingegen gewinnen bei Frauen die eigene Erwerbstätigkeit (+2 Prozentpunkte), die Rente und das Elterngeld (je +1 Prozentpunkt) zunehmend an Bedeutung. Dies steht im Einklang mit der gestiegenen Erwerbstätigenquote von Müttern, die ebenfalls im Zehn-Jahres-Vergleich zu beobachten ist

Einkommen von Angehörigen verliert an Bedeutung

Nur 245.000 erwachsene Männer (5 Prozent) leben hingegen im Jahr 2023 primär vom Einkommen Angehöriger. Im Zehn-Jahres-Vergleich ist unter den Männern ein ähnlicher Trend zu beobachten: Das Einkommen von Angehörigen verliert für den Le-

bensunterhalt an Bedeutung (-1 Prozentpunkt), während das Erwerbseinkommen wichtiger wird (+0,5 Prozentpunkte).

Eine Betrachtung der Personen ab 65 Jahren zeigt, dass auch in dieser Altersgruppe die Bedeutung des Erwerbseinkommens zugenommen hat. Während im Jahr 2013 3 Prozent der Männer ab 65 Jahren das Erwerbseinkommen als ihre wichtigste Einkommensquelle angeben, trifft dies im Jahr 2023 auf 6 Prozent zu. Im Jahr 2023 geben rund 3 Prozent der Frauen über 65 Jahre die eigene Erwerbstätigkeit als Haupteinkommensquelle an, rund 2 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2013.

Insbesondere bei den Männern sinkt im Zehn-Jahres-Vergleich der Anteil derer, die ihre Rente oder Pension als primäre Einkommensquelle angeben (-3 Prozentpunkte), während die Bedeutung der Rente für den Lebensunterhalt der Frauen zunimmt (+5 Prozentpunkte). **□**



Dr. Jürgen Gros.

Bild: Barbara Obermaier

den Zahl der 184 Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie 58 Sparkassen im Freistaat jedoch sowohl die systematische Dokumentation der individuellen Geschichte als auch deren strategisch ausgerichtete Aufbereitung für Marketing und Öffentlichkeitsarbeit. Beides findet nämlich bislang kaum statt. Dabei haben die einzelnen Häuser viel zu erzählen – weil sie reich an Geschichte und Geschichten sind. Vielfach im Jahr produziert zudem jedes Institut wirtschaftlichen und gesellschaftli-

ten mit den ihnen anvertrauten Assets umgehen, den „Vermögenswert Geschichte“ vernachlässigen sie. Das ist nicht nur schade, sondern verwundert auch. Denn das Wissen um die Geschichte „ihrer“ Bank ist bei den allermeisten Vorständen umfassend, von immenser Tiefe und beeindruckendem Facettenreichtum.

Wissensmangel ist es also kaum, wenn man in den digitalen Auftritten von Sparkassen und Kreditgenossenschaften so wenig über ihre individuelle Ge-

Bayerische VR-Banken weiterhin besorgt über hohe Zahl von Geldautomatensprengungen

Trotz zahlreicher ergriffener Schutzmaßnahmen durch die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken bleibt die Zahl der Geldautomatensprengungen hoch. Im ersten Halbjahr 2024 wurden bereits 17 Sprengungen verzeichnet. Im gesamten Jahr 2023 waren es 21 Vorfälle, 2022 insgesamt 37. „Die Banken ergreifen umfassende Maßnahmen, um ihre Geldautomaten besser vor solchen Angriffen zu schützen“, sagte Stefan Müller, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, anlässlich der Vorstellung des neuen Lageberichts des Bundeskriminalamts für das Jahr 2023 zu Angriffen auf Geldautomaten in München.

Der leichte Rückgang um bundesweit sieben Prozent stellt keinen Rückgang der Gefährdungslage dar, da die Täter immer rücksichtsloser vorgehen. So ist der Einsatz von festen Explosivstoffen auf einen Rekordwert von 87 Prozent gestiegen und wegen des riskanten Fluchtverhaltens der Täter sind bereits Todesopfer zu beklagen.

Die Volks- und Raiffeisenbanken setzen verstärkt auf präventive Sicherheitsvorkehrungen. So werden immer mehr Geldautomaten mit Färbesystemen ausgestattet, die Geräte zusätzlich gegen Sprengungen gesichert und die Räumlichkeiten durch Vernebelungs- und Videoüberwachungssysteme geschützt. Zudem schließen die Banken die Zugänge zu den Automaten in den Nachtstunden. Diese Maßnahmen dienen nicht nur dem Schutz der Bankinfrastruktur, sondern sollen auch hohe Sachschäden und steigende Versicherungsprämien vermeiden. Vor allem aber steht der Schutz von Men-

schenleben an oberster Stelle.

„Solche Sicherheitsmaßnahmen sind jedoch nur ein Teil der Lösung“, betonte Müller. „Besorgniserregend ist, dass sich die Intensität der Attacken immer weiter erhöht und die Gefahr für Menschenleben unvermindert zunimmt. Selbst speziell gesicherte Automaten wurden von den Tätern bereits gesprengt.“ Um die Zahl der Automaten sprengungen nachhaltig zu reduzieren, sind Ermittlungserfolge wie in Bayern im vergangenen Jahr entscheidend. „Die Erfahrung zeigt, dass die Anzahl der Sprengungen stets zurückging, sobald Tätergruppen gefasst wurden“, erklärte Müller. „Der Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums zur Verschärfung des Sprengstoffgesetzes ist ein notwendiger Schritt, um der Schwere der Straftaten gerecht zu werden. Dies wird jedoch nicht ausreichen, um potenzielle Täter abzuschrecken. Entscheidend bleibt die erfolgreiche Ermittlungsarbeit der Polizei.“ **□**

Wichtige Fortschritte für die BVK Zusatzversorgung in 2023

Der Verwaltungsrat der BVK Zusatzversorgung nahm in seiner Sitzung Mitte Oktober den Lagebericht für 2023 zustimmend zur Kenntnis. Der Jahresabschluss 2023 wurde festgestellt und die Wirtschaftsplanung für 2025 genehmigt. Der Verwaltungsrat erteilte der Geschäftsführung die Entlastung.

Positive Entwicklung in allen Service-Segmenten

Alle Serviceangebote der BVK Zusatzversorgung wurden im vergangenen Jahr sehr stark nachgefragt. Das Motto des Geschäftsberichts für 2023 lautet deshalb: „Überzeugender Service – vor Ort und digital“. Der Wegfall aller Corona-Beschränkungen im Frühjahr 2023 ermöglichte einen Neustart bei den Beratungsangeboten vor Ort.

Präsenzformate erlebten einen deutlichen Aufschwung: So wurden rund 260 Beratungstage und über 50 Informationsveranstaltungen bei unseren Mitgliedern durchgeführt. Dabei konnten allein auf den Veranstaltungen bei unseren Mitgliedern vor Ort die Beratungsgespräche um über 60 Prozent auf 2.529 gesteigert werden. Mit einem besonderen Fokus auf den weiteren Ausbau unserer digitalen Angebote wurden einerseits Synergieeffekte erzielt und beispielsweise mit der App „BVK +Rente“ ein echter Mehrwert für

unsere Versicherten geschaffen. Die App bietet alle Funktionen des Versichertenportals, insbesondere die schnelle Information über den Stand der Betriebsrente und auch die Möglichkeit, die Rente online zu beantragen.

Entwicklung des Bestands

Garant für die Stabilität der Zusatzversorgungskasse ist neben einer nachhaltigen Finanzierung die Zahl und Vielfalt ihrer Mitglieder. Diese wuchs im Jahr 2023 um 52 auf erstmals über 6.000 Mitglieder und erreichte zum Jahresende 6.035 Mitgliedschaften. Die Einnahmen aus Umlagen und Beiträgen stiegen um rund 65 Mio. Euro an. Sie betragen etwas über 2,1 Mrd. Euro. Der Einnahmewachstum resultierte vor allem aus dem Anstieg der Pflichtversicherungsverhältnisse um 47.131 oder 2,9 Prozent auf 1.676.551. Die Zahl der Rentenbezieher wuchs um 4,1 Prozent von 341.278 auf 355.263. Dieser demographisch bedingte Anstieg der Rentnerzahlen wird sich in

den nächsten Jahren fortsetzen und ist in der Ausgabenplanung berücksichtigt.

Freiwillige Versicherung als zusätzliches Standbein

Unsere Versicherten haben erkannt, wie wichtig eine ergänzende freiwillige Versicherung ist. Sie bietet neben der betrieblichen Altersversorgung durch den Arbeitgeber ein zusätzliches Standbein und ermöglicht es ihnen auch, die Steuerbegünstigungen zu nutzen. Die Vorteile unserer freiwilligen Versicherung PlusPunktRente haben wir im Jahr 2023 verstärkt und gezielt kommuniziert. In allen Beratungsformaten zur freiwilligen Versicherung wird darauf deutlich hingewiesen. So konnte bei den Neuabschlüssen der PlusPunktRente im Jahr 2023 ein deutliches Plus erzielt werden. Im aktuellen Tarif 2019 der PlusPunktRente stieg die Anzahl der Verträge um rund 1.100 an.

Kapitalanlagen auf Rekordniveau

Im Jahr 2023 verzeichnete die BVK Zusatzversorgung ein starkes Wachstum bei den Kapitalanlagen. Diese stiegen um 5,5

Prozent auf 30,4 Mrd. Euro. Damit konnte die Ausfinanzierung der zugesagten Rentenleistungen weiter planmäßig gesteigert werden. Die Mischfinanzierung aus Umlagefinanzierung und Kapitaldeckung trägt zu einer hohen Stabilität und einer dauerhaften Berechenbarkeit der Finanzierung der Leistungen bei. Die Nettoverzinsung betrug 3,1 Prozent. Sie blieb damit im Vergleich zum Vorjahr auf gleichem Niveau.

Neuwahl der Vertretung im Kammerrat der BVK

Im Rahmen der Verwaltungsratsitzung wurde auch die Vertretung der BVK Zusatzversorgung im Kammerrat der Bayerischen Versorgungskammer neu gewählt. Die BVK Zusatzversorgung ist mit vier Personen im 16-köpfigen Kammerrat repräsentiert. Die neue Amtsperiode des Kammerrats wird vom 8. März 2025 bis zum 7. März 2031 dauern. Für jeden Vertreter wurden auch zwei Stellvertreter gewählt. Die vollständige Besetzung des Kammerrats findet sich im Geschäftsbericht auf Seite 102/103.

Ausblick: Sicher in die Zukunft

Mit einer weiterhin starken Kapitalbasis und wachsenden Mitgliederzahlen sieht die BVK Zusatzversorgung optimistisch in die Zukunft. Die vorausschauende Anlagepolitik und konsequente Digitalisierung stellen sicher, dass die BVK Zusatzversorgung auch in den kommenden Jahren eine verlässliche und nachhaltige Altersversorgung für ihre Versicherten bieten wird. □

Kinder- und Jugendhilfe in Bayern:

Über 82.000 junge Menschen sind Ende 2023 auf Leistungen angewiesen

Erziehungsberatungen weiterhin häufigste Hilfeart

Im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe sind im Jahr 2023 erneut eine Vielzahl von Hilfen nach dem Sozialgesetzbuch – Aches Buch (SGB VIII) als Hilfe zur Erziehung, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen und als Hilfen für junge Volljährige gewährt worden. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, sind Erziehungsberatungen nach § 28 SGB VIII auch 2023 die häufigste Hilfeart. Über alle Hilfearten hinweg sind mehr Jungen bzw. junge Männer auf Hilfen und Beratungen angewiesen (56,7 Prozent) als Mädchen bzw. junge Frauen.

Für 77.876 junge Menschen wurden im Jahr 2023 Hilfen nach dem SGB VIII begonnen, für 74.446 Personen wurden Hilfen beendet. Für 82.212 junge Menschen dauern die Hilfen über den Jahreswechsel an. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik weiter mitteilt, erhalten von den jungen Menschen, deren Hilfen über den Jahreswechsel andauern, 26.564 Hilfe im Rahmen einer Erziehungsberatung nach § 28 SGB VIII. Dabei findet bei 9.043 jungen Menschen die Beratung vorrangig gemeinsam mit der Familie statt, in 14.550 Fällen vorrangig mit den Eltern oder einem Elternteil und in 2.971 Fällen vorrangig mit dem jungen Menschen selbst.

Insgesamt erhalten 17.629 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene Hilfen im Rahmen der Sozialpädagogischen Familienhilfe nach § 31 SGB VIII. Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen nach § 35a SGB VIII erhalten 15.157 Personen. Von diesen Hilfen erfolgen 12.165 ambulant/teilstationär, 2.788 in einer Einrichtung und 204 bei einer Pflegeperson.

Vollzeitpflege

In Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII werden 7.151 junge Menschen betreut. 6.399 Personen werden in einem Heim oder einer betreuten Wohnform nach § 34 erzogen. Darüber hinaus werden 490 junge Menschen im Rahmen von sozialer Gruppenarbeit (§ 29 SGB VIII) und 1.550 durch Erziehung in einer Tagesgruppe (§ 32 SGB VIII) unterstützt. 4.768 erhalten Einzelbetreuung nach § 30 SGB VIII und 122 junge Menschen intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung (§ 35 SGB VIII). 2.382 junge Menschen erhalten Hilfe zur Erziehung nach § 27 SGB VIII (ohne Verbindung zu den Hilfen gemäß §§ 28 – 35 SGB VIII).

Über alle Hilfearten hinweg liegt der Anteil der Jungen bzw. jungen Männer bei 56,7 Prozent (Jungen bzw. junge Männer: 46.651 Fälle, Mädchen und junge Frauen: 35.561 Fälle). Dieser Anteil liegt bei den einzelnen Hilfearten zwischen 49,5 Prozent (Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII) und 73,5 Prozent (Erziehung in einer Tagesgruppe nach § 32 SGB VIII). □

BayernLB und Stadtparkasse München:

Erfolgreich bei Blockchain-Trials der EZB

Die BayernLB hat zusammen mit der Stadtparkasse München erfolgreich an der Evaluationsphase der EZB zum Wholesale CBDC (Central Bank Digital Currency) teilgenommen. Diese sogenannten Trials haben das Ziel, das Potenzial und die praktische Anwendung von Distributed Ledger Technologie (DLT)-basierten Finanztransaktionen zu testen und Wertpapiertransaktionen zu beschleunigen.

Im konkreten Anwendungsfall wurde die Abtretung und Zahlungsabwicklung einer traditionellen Namensschuldverschreibung mit Hilfe einer Verknüpfung von Wertpapier- und Zahlungsverkehrsblockchain digitalisiert. So konnte die BayernLB als Emittentin der Namensschuldverschreibung die Abtretungserklärung und die dazugehörige Urkunde auf der SWIAT-Blockchain dokumentiert an die Stadtparkasse München übertragen. Dieser war es als Investorin innerhalb weniger Minuten möglich, den Empfang zu bestätigen und die zugehörigen Zahlungsströme

über die Trigger-Solution Blockchain der Deutschen Bundesbank auszulösen.

Das FinTech SWIAT, das Blockchain-Software für eine offene dezentralisierte Finanzmarktinfrastruktur entwickelt, stellt die notwendige Software zur Tokenisierung der Anleihe und die Blockchain als Abwicklungsnetzwerk Banken und Finanzinstituten zur Verfügung und ermöglicht ihnen die Emission von regulierten digitalen Assets. Technisch sowie fachlich betreut und begleitet wurde das Use Case Team zudem durch den IT-Dienstleister NTT DATA.

Der von der Stadtparkasse München beauftragte Zahlungsverkehrsdienstleister Helaba konnte sich der Trigger Solution der Deutschen Bundesbank bedienen, um die durch die Emission der Namensschuldverschreibung ausgelöste Cash-Buchung auf dem TARGET-2-System durchzuführen. Dabei bedingen sich die Emissionsbuchung auf der Asset-Blockchain und die Cash-Buchung auf TARGET-2 gegenseitig und eliminieren so das Kontrahentenrisiko bei Lieferung des Assets gegen Zahlung.

Wertvolle Erfahrungen

„Wir freuen uns sehr, dass wir als Fortschrittsfinanzierer gemeinsam mit der Stadtparkasse München erfolgreich die Erprobung von Blockchain-Transaktionen durchführen können. So sammeln wir selbst wertvolle Erfahrungen für zukünftige Transaktionen von digitalen Assets und dem Einsatz von digitalem Zentralbankgeld im Interbanken- und Kundengeschäft von morgen“, sagte Stephan Winkelmeier, Vorstandsvorsitzender der BayernLB.

„Die Digitalisierung von Wertpapiertransaktionen auf Basis von DLT ermöglicht uns nicht nur eine schnellere und effizientere Abwicklung, sondern auch eine höhere Sicherheit und Transparenz. Wir sind stolz darauf, gemeinsam mit der BayernLB diese technologische Entwicklung voranzutreiben“, ergänzte Stefan Hattenkofer, Vorstandsmitglied der Stadtparkasse München.

Für den erfolgreichen Test im Rahmen der sogenannten „Sondierungsarbeiten zu neuen Technologien für die Abwicklung von Großkunden-Zentralbankgeld“ der Europäischen Zentralbank hatte die BayernLB die synchronisierte Verknüpfung der SWIAT-Wertpapierblockchain und die DLT-basierte Trigger Solution der Deutschen Bundesbank gewählt, die im Rahmen der Evaluationsphase DLT-Transaktionen mit dem traditionellen Zahlungsverkehrssystem verbindet. □

Neue Wohngemeinnützigkeit startet am 1. Januar 2025

Deutscher Bundestag beschließt weitere wichtige Säule für bezahlbares Wohnen

Der Deutsche Bundestag hat das Jahressteuergesetz 2024 verabschiedet. Darin enthalten ist die Aufnahme der „Förderung wohngemeinnütziger Zwecke“ in den Katalog der gemeinnützigen, die Allgemeinheit fördernden Zwecke in die Abgabenordnung. Durch die neue Wohngemeinnützigkeit soll langfristig mehr dauerhaft bezahlbarer Wohnraum in Deutschland gesichert und geschaffen werden.

Von der Regelung profitieren sozial orientierte Körperschaften wie zum Beispiel Stiftungen oder Vereine, aber auch kommunale Unternehmen oder Unternehmen der Sozialwirtschaft, die ihre Wohnungsbestände sichern und ausbauen wollen.

Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen: „Die Wohngemeinnützigkeit kann zum 1. Januar 2025 starten. Damit wird ein sehr wichtiges Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. Neben der Förderung des sozialen Wohnungsbaus, für das der Bund bis 2028 die Rekordsumme von 21,65 Milliarden Euro zur Verfügung stellt,

sowie unseren zielgerichteten Förderprogrammen für bezahlbares Wohnen wird die Wohngemeinnützigkeit eine weitere starke Säule für bezahlbaren Wohnraum im freifinanzierten Wohnungsbau sein. Durch die festgelegten Einkommensgrenzen können rund 60 Prozent der Haushalte in Deutschland von der neuen Wohngemeinnützigkeit profitieren. Mit dem Wiedereinstieg in die Wohngemeinnützigkeit entsteht Wohnraum für kleine und mittlere Einkommen ohne zeitliche Befristung. Ich wünsche mir, dass möglichst viele Investoren diese Möglichkeit nutzen, langfristig und sinnvoll in Wohnraum zu investieren.“ □



S wie Starkmacher.

Finanzierungs-lösungen. Für Sie.

Sie gehen Ihren eigenen Weg. Dabei unterstützen wir Sie und sorgen für Liquidität, Schutz und Sicherheit. Damit unsere Finanzierungen Sie noch stärker machen.



Weil's um mehr als Geld geht.

Halbjahresbilanz bayerischer Volks- und Raiffeisenbanken:

Stark durch Resilienz und Solidität

Trotz einer lahmen konjunkturellen Entwicklung und der zunehmenden Bürokratie, die Finanz- und Realwirtschaft gleichermaßen belasten, sorgen die Volks- und Raiffeisenbanken in Bayern für positive Nachrichten: Wie Stefan Müller, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern, bei der Präsentation der Halbjahreszahlen in München hervorhob, seien die VR-Banken in Bayern weitergewachsen und hätten somit ihre „Resilienz und Solidität“ unter Beweis gestellt.

Trotz eines schwierigen Umfelds stiegen die Ausleihungen zwischen Januar und Juni um 0,9 Prozent. Gegenüber Juni 2023 habe das Kreditvolumen sogar um 2,2 Prozent zugenommen, erläuterte GVB-Vorstandsmitglied Alexander Leißl: „Die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken stehen solide da und konnten damit zuverlässig die Kundinnen und Kunden mit Krediten und Finanzdienstleistungen versorgen.“ Das Neugeschäft mit Unternehmenskrediten belief sich auf 6,4 Milliarden Euro und lag damit leicht über dem Vorjahreswert von 6,3 Milliarden Euro. Allerdings zeigt sich hier die Auswirkung der schwachen Konjunktur, da dieser Wert im ersten Halbjahr 2022 noch bei 8,3 Milliarden Euro lag.

Das Neugeschäft mit Wohnungsbaukrediten an private Haushalte stieg im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 5,7 Milliarden Euro auf 6,2 Milliarden

den Euro. Trotz leichtem Aufwärtstrend bleibt das Neugeschäft jedoch deutlich hinter den Vorjahren zurück. Im ersten Halbjahr 2022 wurden noch 12,2 Milliarden Euro neue Wohnungsbaukredite an private Haushalte vergeben.

Impulse für Wohnungsbau

Wie Leißl ausführte, seien Impulse für den Wohnungsbau unumgänglich. Mit verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten und steuerlichen Anreizen habe die Bundesregierung bereits Schritte in die richtige Richtung getan. Angesichts des hohen Wohnungsbedarfs reichten diese aber noch nicht aus. „Wir können als Gesellschaft nicht unbeteiligt zusehen, wenn sich immer weniger Menschen eigenen Wohnraum und somit eine wesentliche Säule zu ihrer Altersvorsorge leisten können“, ergänzte Präsident Müller. Erfreulich ist aus Sicht des GVB

das nach wie vor hohe Interesse der Kunden der Volks- und Raiffeisenbanken an Wertpapieren. 56.000 neue Depots richteten die Banken im ersten Halbjahr ein. „In Deutschland entwickelt sich langsam eine Aktienkultur“, erläuterte Leißl. „Wertpapiere sind ein sinnvoller Weg, um Vermögen aufzubauen und an der internationalen Wirtschaftsentwicklung zu partizipieren.“

Ungebrochen ist zudem der Trend der Umschichtung von Sicht- in Termineinlagen. „Die Volks- und Raiffeisenbanken bieten ihren Kundinnen und Kunden attraktive Anlageformen, die auf großes Interesse stoßen“, kommentierte der GVB-Vorstand diese Entwicklung. Während Sichteinlagen um 3,3 Prozent zurückgingen, legten Termineinlagen um 17,3 Prozent zu. Insgesamt wuchsen die Kundengelder seit Jahresanfang um 0,1 Prozent auf 158,7 Milliarden Euro.

Ruf nach wirtschaftlichen Aufbruchsignalen

Verhalten bleibt allerdings der weitere Ausblick: „Die Wirtschaft in Deutschland stagniert, es fehlt an Dynamik. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer, insbesondere im Mittelstand, wollen anpacken. Sie sehen sich aktuell großen Herausforderungen gegenüber, wie der demografischen Entwicklung, Digitalisierung und der Dekarbonisierung der Wirtschaft. Sie müssen ihre Kraft darauf verwenden, diesen Herausforderungen zu begegnen. Die Politik konzentriert sich zu sehr auf kleinteilige Vorgaben, anstatt einen klaren wirtschaftspolitischen Rahmen zu setzen“, mahnte Müller. „Es braucht dringend wirtschaftliche Aufbruchsignale und keine weiteren Verteilungsvorschläge und Streitigkeiten in Berlin. Das bestätigen uns auch immer wieder Verbandsmitglieder aus der Realwirtschaft.“

Erbschaft- und Schenkungsteuer im Freistaat:

3,56 Milliarden Euro im Jahr 2023

Steuereinnahmen 2023 basieren auf unbeschränkt steuerpflichtigen Erwerben von 19,21 Milliarden Euro

Die bayerischen Finanzämter setzen im Jahr 2023 insgesamt 3,56 Milliarden Euro an Erbschaft- und Schenkungsteuer fest. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, entspricht das gegenüber dem Vorjahr einem Anstieg um 6,3 Prozent bzw. 211,5 Millionen Euro. Die Einnahmen aus der Erbschaft- und Schenkungsteuer fließen als Ländersteuer vollumfänglich in die Kassen der jeweiligen Bundesländer.

Insgesamt werden 40.390 steuerpflichtige Erwerbsfälle im Jahr 2023 erfasst. Das sind 12,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Dabei werden steuerpflichtige Erwerbe in Höhe von insgesamt 19,21 Milliarden Euro (+13,9 Prozent gegenüber 2022) zur Erbschaft- und Schenkungsteuer festgesetzt. Dieser Wert ergibt sich, ausgehend vom übertragenen Vermögenswert in Höhe von 23,52 Milliarden Euro, nach Berücksichtigung der persönlichen und sachlichen Steuerbefreiungen/-begünstigungen sowie von Freibeträgen und zuzüglich eventueller Vorerwerbe. Sehr große Vermögensübertragungen gibt es 2023 nur selten: 0,8 Prozent der Erwerber von Todes wegen und Beschenkten erhalten jeweils ein steuerpflichtiges Vermögen von fünf Millionen Euro oder mehr. Diese Vermögensgruppe hat einen steuerpflichtigen Erwerb von 8,93 Milliarden Euro zu versteuern. Das entspricht einem Anteil von 46,5 Prozent an der Gesamtsumme des steuerpflichtigen Erwerbs. An den Erbschaft- und Schenkungsteuereinnahmen des Freistaates sind sie mit einem An-

teil von 50,9 Prozent beteiligt. Aus Erwerben von Todes wegen (z. B. Erbschaften, Vermächtnisse) resultieren 51,8 Prozent, konkret 1,85 Milliarden Euro, der festgesetzten Steuereinnahmen. Die 27.111 Erwerber von Todes wegen zeigen den Finanzämtern einen für die Steuerfestsetzung maßgeblichen steuerpflichtigen Erwerb von 8,48 Milliarden Euro an. Daneben werden 13.279 steuerrelevante Schenkungen erfasst. Diese führen mit einem steuerpflichtigen Erwerb von 10,73 Milliarden Euro zu einer Steuerfestsetzung von 1,72 Milliarden Euro.

Die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik weist nur die Vermögensübertragungen aus, für die eine Steuer festgesetzt wurde. Erwerbe von Todes wegen und Schenkungen unterhalb der gesetzlich geregelten Freibeträge sind entsprechend nicht erfasst. Grundlage der Angaben bildet das Festsetzungsjahr 2023, d.h. der Steuerentstehungzeitpunkt des Erbschafts- oder Schenkungsfalles kann bereits in den Vorjahren liegen.



Pressekonferenz in München mit GVB-Präsident Stefan Müller (r.) und GVB-Vorstandsmitglied Alexander Leißl. Bild: CH

Angesichts der Schuldenkrise der BayWa beruhigte der GVB die Kunden der Volks- und Raiffeisenbanken: Selbst wenn die Beteiligung der Genossenschaftsbanken an dem Agrarhandelskonzern Verluste einbringen sollte, hätte das keinen Einfluss auf die Stabilität der bayerischen VR-Banken, stellte Präsident Müller klar. „Wir könnten Verluste gut verkraften.“ Knapp über 90 Prozent der 184 bayerischen VR-Banken sind über die Beteiligungsgesellschaft BRB Miteigentümer der BayWa.

Abschließend teilte der GVB-Chef mit, dass 2025 zum „Inter-

nationalen Jahr der Genossenschaften“ gekürt worden sei. Das Motto laute: „Genossenschaft gestalten, bessere Zukunft für alle“. Das nächste Jahr gelte es zu nutzen, um Genossenschaften zu fördern sowie das Bewusstsein für ihren Beitrag zur Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung und zur allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zu schärfen und in die Welt zu tragen. 2,8 Millionen Menschen sind Mitglied einer bayerischen Genossenschaft. Damit gehört rechnerisch mehr als jede fünfte im Freistaat lebende Person einer Genossenschaft an. DK

GVB-Positionspapier zur Energiewende:

Akzeptanz durch echte Bürgerbeteiligung sicherstellen

„Ein Bürgerenergiebeteiligungsgesetz kann, sofern es richtig gestaltet ist, dazu beitragen, die Energiewende zu beschleunigen. Maßgeblich für den Erfolg eines solches Gesetzes sind die Parameter Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung sowie deren finanzielle Partizipation. Sind diese gegeben, erhöht dies die Akzeptanz und damit auch den Erfolg erneuerbarer Energieprojekte in Bayern“, betont der Genossenschaftsverband Bayern in einem Positionspapier. Am besten sei dies zu erreichen, „indem der Gesetzgeber die echte Bürgerbeteiligung als Goldstandard definiert“. Alternative Beteiligungsformen wie Nachrangdarlehen könnten immer nur zweitrangige Lösungen sein.

Werden die Bürger vor Ort bei Veränderungen in ihrer Region nicht ausreichend eingebunden oder gibt man ihnen keine Möglichkeit zur Mitbestimmung, sei deren Haltung ablehnend. Exemplarisch dafür steht laut GVB ein Bürgerentscheid in Mehring, bei dem sich zu Jahresbeginn eine Mehrheit gegen einen Windpark im Altöttinger Forst aussprach.

Zehn Grundsätze für Bayern

Aktuell gebe es in einigen Bundesländern Gesetze und Initiativen, die das Ziel verfolgen, die Bürgerbeteiligung an der Energiewende zu stärken. Obwohl viele dieser Vorhaben die zentrale Bedeutung echter Bürgerbeteiligung vor Ort erkannt hätten, „scheitert es oft an der Umsetzung, die entweder zu kurz greift oder zu komplex gestaltet ist“. Ein für Bayern geltendes Gesetz sollte nach Auffassung des GVB folgende zehn Grundsätze enthalten, um echte Bürgerbeteiligung zu ermöglichen:

1. Es darf zu keiner unverhältnismäßigen, bürokratischen und finanziellen Mehrbelastung führen. Es muss möglich sein, regionale Gegebenheiten zu berücksichtigen.
2. Eine zukunftsfähige Energieversorgung in Bayern basiert auf dezentralen, mit den Bürgern vor Ort gestalteten Erneuerbare Energien-Anlagen.
3. Echte Bürgerbeteiligung beinhaltet eine langfristige finanzielle Beteiligung, direkte Mitsprache und Entscheidungskompetenz sowie gegebenenfalls die Möglichkeit aktiver Mitwirkung.

4. Beteiligungsberechtigt sollten natürliche Personen und Bürgerenergiegenossenschaften bzw. -gesellschaften sein, die im (Nachbar-)Landkreis ihren Haupt-/Nebenwohnsitz haben.

5. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister benötigen Anreize, um Erneuerbare Energie-Projekte und Bürgerenergiegesellschaften zu unterstützen.

6. Drei Prioritätsstufen sollten eingeführt werden: Echte Bürgerbeteiligung als aktive Beteiligung vor Nachrangdarlehen und als letzte Alternative ein Bußgeld in Höhe von 0,8 Cent/kWh der tatsächlich eingespeisten Strommenge an die beteiligungsberechtigte Gemeinde.

7. Räumliche Bedingungen für eine Beteiligung wie geringe Entfernungen des Wohnsitzes zur Anlage verkennen die dünne Bevölkerungsdichte in ländlichen Regionen.

8. Zeitliche Bedingungen für Ansässigkeit vor Ort schließen Neugründungen von Gesellschaften zum Bau oder Betrieb einer Erneuerbare Energien-Anlage aus.

9. Die Rahmenbedingungen für Ersatzbeteiligungen sind so zu definieren, dass Vorhabenträger starke Anreize haben eine aktive Beteiligungsform zu wählen.

10. Die Bürgerbeteiligung sollte vorrangig über Energiegenossenschaften stattfinden und so ausgestaltet sein, dass sich auch Personen mit geringen finanziellen Mitteln beteiligen können.

Der aktuelle Bürgerenergiebeteiligungsgesetz-Entwurf wird diesen Grundsätzen aus Sicht des GVB nicht gerecht. DK

ifo-Studie:

Fehlanreize bei Abgaben und Rente verschärfen Personalmangel

Reformen könnten Beschäftigungs-Plus von mehr als 1,2 Millionen Vollzeitstellen auslösen

Der gerade beschlossene Wegfall der Steuerklassen 3 und 5 unter Beibehaltung des Ehegattensplittings kann in Deutschland einen Beschäftigungsgewinn von 67.000 Vollzeitkräften bringen. Insgesamt ließen sich durch Reformen im Steuer- und Sozialsystem mehr als 1,2 Millionen Vollzeitstellen besetzen. Durch Fehlanreize vor allem für Frauen und Ältere liegen bislang erhebliche Erwerbspotenziale brach. Das haben Berechnungen des ifo Instituts für die IHK München und Oberbayern ergeben.

„Das Steuer- und Abgabensystem in Deutschland kann definitiv so umgebaut werden, dass der Arbeitskräftemangel gemildert wird“, sagt Volker Meier vom ifo Zentrum für Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsökonomik, einer der Autoren der Studie.

Erwerbstätigkeit konsequent belohnen

Ein Übergang vom Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting würde ein Beschäftigungs-Plus von etwa 200.000 Vollzeitstellen in Deutschland auslösen, ein Ende der beitragsfreien Mitversicherung von Ehegatten in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung 150.000 Vollzeitkräfte in die Beschäftigung bringen.

Höhere Rentenabschläge bei Frührentnern würden ein Beschäftigungsplus von umgerechnet 180.000 Vollzeitkräften bewirken. Laut ifo sind 0,5 Prozent Rentenabschlag versicherungsmathematisch gerechtfertigt für jeden Monat des vorzeitigen Rentenbeginns. Derzeit werden nur 0,3 Prozent Rente abgezogen.

„Angesichts des Alterungsschubs und des Arbeitskräftemangels muss unser Steuer- und Sozialsystem konsequent Erwerbstätigkeit belohnen. Es kommt auf jeden Beschäftigungsanreiz an: Ob Einstieg in die Erwerbstätigkeit, einige Wochenstunden mehr in der Teilzeitarbeit oder längeres, weil attraktiveres Arbeiten zur Rente hin – jede Wochenarbeitsstunde mehr zählt. Entsprechende Re-

formen wären auch ein wichtiger Beitrag für Fairness unter allen Steuer- und Abgabenzahlern sowie zwischen den Generationen. Generell bleibt aber auch der Befund, dass die Steuer- und Abgabenlast für Erwerbstätige in Deutschland zu hoch ist“, sagt IHK-Hauptgeschäftsführer Manfred Gößl.

Weiter hat das ifo Institut berechnet, dass mehr Kinderbetreuung (400.000 zusätzliche Plätze) ein Beschäftigungs-Plus von 58.000 Vollzeitstellen bedeuten würde. Der Effekt ließe sich noch steigern, wenn die Betreuungspolizeien vornehmlich in Mangelregionen geschaffen würden. Laut ifo sind dies vor allem die Großstädte in Westdeutschland.

Das gesetzliche Renteneintrittsalter von 67 auf 69 Jahre anzuheben hätte sogar eine Mehrbeschäftigung von 473.000 Vollzeitkräften zur Folge. Die Abschaffung der Rente mit 63 würde ein Plus von 157.000 Vollzeitkräften bedeuten.

Die Umrechnung auf Vollzeitkräfte dient als rechnerische Größe zum einfacheren Vergleich der Beschäftigungseffekte. Dazu gehören aber auch Stunden-Aufstockungen von Teilzeitkräften und die Aufnahme von Teilzeitbeschäftigten. Jeweils gut ein Sechstel der genannten Beschäftigungsgewinne würde auf Bayern entfallen, so die ifo-Volkswirte.

Die ifo-Kurzstudie „Ansatzpunkte zur Erhöhung der Erwerbstätigkeit von Frauen und Älteren“ ist online unter www.ihk-muenchen.de/presse erhältlich. □

Starke Leistung:

2023 produzierten Bayerns Geothermianlagen 2,8 TWh Wärme

Die Betreiberumfrage im Rahmen des Praxisforums Geothermie. Bayern unterstreicht einmal mehr die starken Leistungen der bayerischen Geothermianlagen für die Wärmewende. Die effizienteste Anlage produziert aus 1 Megawattstunde (MWh) Strom 36 MWh Wärme, das „Goldene Bohrloch“ liefert 305.000 MWh Wärme und kann eine mittelgroße Stadt versorgen.

Zum siebten Mal hat die Enerchange GmbH & Co. KG als Veranstalterin des Praxisforums Geothermie.Bayern die Betriebsdaten der bayerischen Geothermianlagen abgefragt. „Die Gesamtleistung ist absolut beeindruckend“, konstatierte Geschäftsführer Dr. Jochen Schneider. „Die 24 bayerischen Geothermianlagen haben 2023 rund 2,8 Terawattstunden Wärme produziert, das ist so viel wie der gesamte Bedarf der Nürnberger Haushalte.“ Einen Teil der produzierten Wärme speisten die Anlagen direkt in lokale Fernwärmenetze ein. Hinzu kamen 133.102 MWh klimafreundlicher, geothermischer Strom, den die sieben Kraftwerke produziert haben.

Fast alle Anlagen kamen auf sehr hohe jährliche Verfügbarkeiten, was die Zuverlässigkeit der Technologie zeigt. Und hinsichtlich der Effizienz kann mit der Geothermie keine andere Wärmeerzeugung mithalten. Hier erreichten die bayerischen Geothermianlagen COP-Werte von bis zu 36 – das bedeutet, dass aus einer Kilowattstunde elektrischer Energie 36 Kilowattstunden Wärme erzeugt werden. Dies sind beeindruckende Werte, verglichen mit Wärmepum-

pen, bei denen die Umwandlung von einer Kilowattstunde Strom in drei bis fünf Kilowattstunden Wärme schon als effizient gilt.

Ausgezeichnete Anlagen

Auch dieses Jahr wurden wieder die effizientesten Anlagen prämiert. „Es ist mir eine große Freude, heute in der Rolle als Laudator hier stehen zu dürfen“, sagte Wolfgang Geisinger von der Geothermie Unterhaching. „Mit dieser Preisverleihung können wir als Branche zeigen, was wir können – und wir können wahnsinnig viel. Von dieser Leistungsfähigkeit künden auch die Preisträger des heutigen Tages.“

Den Titel „Goldenes Heizwerk“ erhielt die Anlage der Stadtwerke München in der Schäfflarnstraße für ihre gesamte Performance. „Die Anlage hat die höchste Verfügbarkeit aller Heizwerke gezeigt, sie lief das ganze Jahr 2023 quasi rund um die Uhr“, würdigte Wolfgang Geisinger den Preisträger in seiner Laudatio. Den Preis nahm Stefan Birle, Leiter Dezentrale Erzeugung bei den SWM, entgegen: „Ich nehme den Preis stellvertretend für meine Kollegen an. Das Projekt zeigt, dass man Geothermie skalieren kann. Wir tragen hier erheblich zur

CO2-Reduzierung in München bei.“

Die Auszeichnung „Goldenes Kraftwerk“ ging an die Geothermie Holzkirchen, die neben hohen Verfügbarkeiten mit nur 36,92 °C die niedrigste Injektionstemperatur erzielte. „Die Betreiber haben sich mit diesem Kraftwerk wirklich hochgearbeitet. Sie bekommen diesen Preis absolut zu Recht“, so Geisinger. Der technische Leiter Bastian Bremerich nahm die Auszeichnung entgegen: „Das ist eine große Anerkennung, sowohl für unser Kraftwerk als auch für unser Team. Dankeschön.“

Auf Grund besonderer Leistung haben sich die Veranstalter in diesem Jahr entschieden, zwei neue Preise einzuführen: Das „Goldene Bohrloch“ erhält die Geothermie Traunreut. Prämiert wird damit die höchste geothermische Wärmeerzeugung, die in Traunreut im letzten Jahr bei 305.312 MWh lag. „Das ist die Wärme einer Kleinstadt, die Traunreuter heizen ihre Stadt mit einem Bohrloch von 20 cm Durchmesser“, sagte Wolfgang Geisinger.

Mit dem „Effizienz Meister“ wurde erstmals die Geothermie Waldkraiburg ausgezeichnet. „Die Effizienz der Geothermie liegt um den Faktor 10 über der Wärmepumpe und um den Faktor 100 über dem Wasserstoff. Mit der Geothermie haben wir einen großen Schlüssel in der Hand und den müssen wir

jetzt umdrehen. Die Geothermie Waldkraiburg hat sensationelle 36 MWh Wärme pro MWh eingesetztem Strom produziert“, lobte Geisinger die Betreiber. „Für herzlichen Glückwunsch“. Der Preis wurde in Abwesenheit überreicht, da vom Team niemand abkömmlich war.

Der Christian-Hecht-Preis ehrt wissenschaftliche Forschungsprojekte von Studierenden und Doktorand:innen, die einen bedeutenden Beitrag zur geothermischen Nutzung des bayerischen Molassebeckens oder Oberrheingraben leisten. In diesem Jahr ging der Preis an Chang-Neng Hsu vom Lehrstuhl für Hydrologie an der TU München für seine Masterarbeit, die er dem kenntnisreichen Publikum präsentierte. □



V.l.: Dr. Christian Pletl (SWM), Chang-Neng Hsu (TUM), Andreas Utz (Geothermie Traunreut), Stefan Birle (SWM), Bastian Bremerich (Geothermie Holzkirchen), Dr. Jochen Schneider (Enerchange), Wolfgang Geisinger (Geothermie Unterhaching). Bild: Mark Fernandes

BDEW zur kommunalen Wärmeplanung

Auf Einladung des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesbauministeriums fand der Start einer Workshop-Reihe im Rahmen des Stakeholder-Dialoges zur Kommunalen Wärmeplanung statt. Hierzu erklärt Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung: „Die Umsetzung der Wärmewende kann nur individuell vor Ort und nah an den Bürgerinnen und Bürgern gelöst werden. Es ist daher richtig, dass die Bundesregierung entschieden hat, die Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung den Kommunen zu übertragen.“

Andreae wies aber auch darauf hin, dass für die rund 10.800 Gemeinden in Deutschland dies eine große Verantwortung sei, mit der sie nicht alleingelassen werden sollten. „Es ist daher gut, dass die Bundesministerien die Umsetzung des Wärmeplanungsgesetzes weiter begleiten und mit den Workshops eine Plattform zum Austausch bieten. Denn fest steht: Für das Gelingen der Wärmewende braucht es den Schulterschluss zwischen allen Beteiligten. Dazu gehören eine engere Zusammenarbeit, sehr viel gemeinsamer politischer Wille auf allen Ebenen

und eine hohe Akzeptanz bei Bürgerinnen und Bürgern.“ Die Wärmeplanung darf keinesfalls als reine Pflichtübung gesehen werden. Sie darf nicht am Geld oder der personellen und technischen Ausstattung der Behörden scheitern. Sie muss vielmehr einen langfristigen Plan aufzeigen, wie vor Ort die Wärmeversorgung zunehmend klimaneutral, kosteneffizient und im Sinne der Bürger gestaltet werden kann. Der Bund fördert die Erstellung der Wärmepläne bis 2028 zunächst mit insgesamt 500 Millionen Euro. An dieser Finanzie-

rungszusage muss er unbedingt festhalten, auch nach der nächsten Bundestagswahl. Wärmeplanung ist keine Frage von Legislaturen.

Entscheidend für das Gelingen der Wärmewende ist auch, dass die Wärmeplanung als eine integrierte Infrastrukturplanung gesehen wird und alle Infrastrukturen und Energieträger bedacht werden. Zu einer erfolgreichen Wärmewende gehören daher nicht nur die Wärmenetze. Auch Strom- und Gasnetze und deren oft mehrjährig vorausgeplante Ausbauprojekte müssen in eine erfolgreiche Transformation mit einbezogen werden. Gelingt dies nicht, drohen Fehlinvestitionen.“

Der BDEW hat für die Gestaltung des Prozesses der Wärmeplanung eine Übersicht erarbeitet: <https://www.bdew.de/energie/kommunale-waermeplanung/> □



LEW

Innovative Smart City Anwendung zur Überwachung von Hochwasserereignissen

Die Smart City Anwendung LEW Inno.Live erleichtert und vergünstigt die Überwachung von Hochwasserereignissen in Städten und Gemeinden.

LEW Inno.Live ermöglicht es, Pegelstände kleinerer Gewässer einfach zu überwachen und das Krisenmanagement der Kommunen in Echtzeit per SMS oder E-Mail über mögliche Gefahren zu informieren. So können bei Hochwasser schnell Maßnahmen ergriffen werden, um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten. Das System ist zuverlässig und kostengünstig, ideal für Städte jeder Größe.

Die Vorteile von Inno.Live Pegelmessensoren:

- Aufbereitung und Visualisierung der Sensorinformationen in der Weboberfläche
- Vermeidung hoher Folgeschäden durch proaktives Handeln
- Zielgenauer Ressourceneinsatz für Ihr Personal

Ihr Ansprechpartner: Christian Mayr
Tel.: 0821 328-4499 • E-Mail: innolive@lew-verteilnetz.de

Informieren Sie sich gleich unter: [lew-verteilnetz.de/innolive](https://www.lew-verteilnetz.de/innolive)





V.l.: Hubert Kraus, stellv. Landrat im Landkreis Augsburg, Dr. Markus Müller-Walter, Regierung von Schwaben, LEW-Vorstand Dr. Dietrich Gemmel, Staatsminister Hubert Aiwanger, Martin Glink und Michael Bohlinger, beide Geschäftsführer der LEW Wasserkraft GmbH sowie 1. Bürgermeister Michael Wörle, Stadt Gersthofen. Bild: CH

Energieminister Aiwanger:

Hoffnungsträger im Visier

Mit einem symbolischen Spatenstich hat Energieminister Hubert Aiwanger den geplanten Großbatteriespeicher mit einer Leistung von 12 Megawatt (MW) am LEW-Wasserkraftwerk in Gersthofen bei Augsburg gestartet. Er hob die Bedeutung solcher Speicher für die Netzstabilität und Versorgungssicherheit hervor.

Aiwanger zufolge sind netzdienliche Batteriespeicher wie in Gersthofen eine wichtige Infrastruktur, damit der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien Sinn macht. Der neue Speicher am LEW-Wasserkraftwerk sei ein Schlüsselement zur schnellen und effizienten Integration weiterer Erneuerbarer Energien im schon heute stark ausgelasteten Verteilnetz.

Großbatteriespeicher unterstützen die Netzintegration regenerativer Erzeugungsanlagen und tragen bei netzdienlicher Betriebsweise dazu bei, dass die bestehenden Netze besser ausgelastet werden können, weil die in Spitzenzeiten erzeugte Überschussenergie gespeichert und später wieder abgerufen werden kann.

Wie der Minister erläuterte, sei Wasserkraft eine zuverlässige

heimische und dezentrale erneuerbare Energiequelle. „In Bayern ist sie schon heute eine wichtige Säule beim Umbau der Energieversorgung und liefert einen wertvollen Beitrag zur Versorgungssicherheit – unabhängig von Sonne und Wind. Bayern ist bei der Wasserkraft bundesweit führend, produziert rund 60 Prozent des gesamtdeutschen Wasserkraftstroms. Und wir wollen sie weiter ausbauen.“

Wasserstoff gilt als einer der Schlüssel zur Energiewende. Er ist vielseitig einsetzbar, sei es in der Industrie, im Verkehr oder zur Speicherung von Energie. Hubert Aiwanger hat nun die erste Belieferung durch die Wasserstoffherstellungs- und Verteilanlage in Pfeffenhausen (Landkreis Landshut) gestartet.

Ab sofort erzeugt die 5-Megawatt-Anlage mit Erneuerbaren Energien grünen Wasserstoff für die H2-Tankstellen in den Landkreisen München und Ebersberg. Dort werden Regionalbusse des Münchner Verkehrsverbundes (MVG) mit Wasserstoff betankt. Mit jedem gelieferten Trailer können bis zu 60 Busbetankungen durchgeführt und Passagiere 16.000 Kilometer emissionsfrei befördert werden.

Später soll auch das geplante Wasserstoff-Technologieanwenderzentrum (WTAZ) beliefert werden, das ebenfalls in Pfeffenhausen entsteht. Der Elektrolyseur kann jährlich 440 Tonnen Wasserstoff erzeugen und dazu beitragen, 4.500 Tonnen CO₂ einzusparen. Im Fall steigender Nachfrage könnte er in seiner Leistung noch einmal von 5 auf 10 Megawatt verdoppelt werden.

Wie Aiwanger darlegte, „geht die Energiewende nur mit Wasserstoff. Mit dem Start des neuen Elektrolyseurs kommen wir dem Ziel eines regionalen Kreislaufs aus Erzeugung und Nutzung von grünem Wasserstoff näher.“ Der Bayerischen Staatsregierung sei es ein Kernanliegen, eine tragfähige Wasserstoffinfrastruktur bestehend aus Erzeugungsanlagen, einem leistungsfähigen Wasserstoffnetz, flächendeckender Wasserstofftankstellen und guter Logistik zur Versorgung der Wasserstoffwirtschaft aufzubauen.

Die Wasserstoffherstellungsanlage in Pfeffenhausen ist nun im Testbetrieb und soll Ende 2024 in den Regelbetrieb gehen. Betreiber ist die Hy2B Wasserstoff GmbH, ein Schulterschluss aus Unternehmen, Landkreisen und Bürgerenergiegenossenschaften. Neben Hynergy Invest GmbH, BayWa AG und Tycza Hydrogen GmbH sind die Landkreise Landshut und München sowie die Bürgerenergiegenossenschaften Isar eG, Niederbayern eG und Unterhaching eG an der Hy2B Wasserstoff GmbH beteiligt. DK



Freuen sich, gemeinsam eine gute Lösung für die langfristig zuverlässige Stromversorgung von Leutershausen gefunden zu haben (v.l.): Bürgermeister Markus Liebich, Dietrich Negrea, Vorstand des Kommunalunternehmens Leutershausen, Markus Prokoczuk, Betreuer für kommunale Kunden der N-ERGIE, Maik Render, Vorstandssprecher der N-ERGIE. Die Büste rechts im Bild zeigt den großen Sohn von Leutershausen, Gustav Weißkopf. Erwiesenermaßen war er der erste Motorflieger der Welt – schon zwei Jahre vor den Gebrüdern Wright. Bild: N-ERGIE, Heiko Linder

N-ERGIE erwirbt Stromnetz in Leutershausen

Kommunalunternehmen gibt Netzbetrieb ab und bleibt Stromlieferant

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft übernimmt zum 1. Januar 2025 das Stromnetz in der Stadt Leutershausen, das insgesamt 37 Kilometer Nieder- und Mittelspannungsnetz sowie 18 Trafostationen umfasst. Das Kommunalunternehmen Leutershausen (KUL) stellt den Stromnetzbetrieb Ende 2024 ein, kümmert sich aber weiterhin um den Stromvertrieb.

Den Betrieb des Stromnetzes übernimmt künftig das Tochterunternehmen der N-ERGIE Aktiengesellschaft, die N-ERGIE Netz GmbH. Mit ihrem 24-Stunden-Entstörungsdienst garantiert sie eine sichere Versorgung rund um die Uhr.

Markus Liebich, Bürgermeister der Stadt Leutershausen, erklärt: „Wir haben uns die Entscheidung für den Verkauf des Stromnetzes nicht leicht gemacht. Aber gerade kleinere Energieversorger wie unser Kommunalunternehmen stehen seit einigen Jahren vor immer größeren Herausforderungen. Dazu zählen Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen ebenso wie höhere technische Ansprüche – das alles verbunden mit hohen Investitionen. Wir geben das Stromnetz

zum Jahreswechsel in die Hände der N-ERGIE Netz GmbH, die bereits seit vielen Jahren unsere Ortsteile sehr kompetent mit Strom versorgt. Vielen Dank für die offenen und konstruktiven Gespräche – gemeinsam haben wir eine auf lange Sicht tragfähige Lösung gefunden.“

Dietrich Negrea, KUL-Vorstand, bestätigt dass dies der richtige Schritt ist. Angesichts der zunehmenden Komplexität der Netzbetreuung und -erweiterung, sowie der erforderlichen technischen Anpassungen wie die Integration erneuerbarer Energien, der Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge und die Aufrüstung digitaler Messgeräte, ist es für das Kommunalunternehmen strategisch sinnvoll, das Netz an einen erfahrenen Partner zu übergeben. □

Stärkung der Planungskompetenz:

Bayernwerk übernimmt Institut für nachhaltige Energieversorgung

Regensburg/Rosenheim. Die Bayernwerk AG (Bayernwerk) übernimmt zum 1. Oktober 2024 die vollständigen Geschäftsanteile am Institut für nachhaltige Energieversorgung GmbH (INEV). Das haben das Regensburger Energieunternehmen und das Rosenheimer Beratungsunternehmen mit einem Notarvertrag besiegelt. Mit Übernahme der Geschäftsanteile stärkt das Bayernwerk seine Kompetenzen im Bereich der sektorübergreifenden Energiesystemplanung für Kommunen und Unternehmen.

„Wir freuen uns, mit dem Bayernwerk als starkem Partner die Energiewelt von morgen zu gestalten und unser Produktportfolio für eine klima- und umweltfreundliche Zukunft gemeinsam weiter auszubauen“, sagt INEV-Geschäftsführer Ludger Bottermann zur Unterzeichnung des Notarvertrages. Anfang dieses Jahres hatten die Partner Gespräche aufgenommen und Möglichkeiten der zukünftigen Zusammenarbeit besprochen.

Strategische Partnerschaft mit Kommunen und Unternehmen

„Mit der Übernahme der INEV GmbH setzt die Bayernwerk-Gruppe ihren Wachstumskurs konsequent fort. Zugleich schärfen wir unser Profil als strategischer Partner von Kommunen und Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität“, sagt Dr. Egon Leo Westphal, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG. Für die Energiezukunft der bayerischen Städte und Gemeinden sowie der Unternehmen im Freistaat gebe es keine pauschalen Lösungen von der Stange. Auf die jeweils unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedürfnisse vor Ort „müssen wir mit individuell ausgearbeiteten Konzepten reagieren“, so Westphal. Dafür bringe das 25-köpfige Team von INEV umfassende Expertise mit. In Verbindung mit der langjährigen Erfahrung der Bayernwerk-Gruppe entstehe eine Einheit, „die unsere Rolle als Spielmacher der Energiewende in Bayern weiter festigt.“

Vollumfängliche kommunale Wärmeplanung im Portfolio

Auf dem Weg zu einer klima- und umweltfreundlichen Energiezukunft wird energietechnische Planungsexpertise immer bedeutender – nicht zuletzt aufgrund des zum 1. Januar 2024 in Kraft getretenen Bundesgesetzes zur Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze. Demnach sind die Länder verpflichtet sicherzustellen, dass auf ihrem Hoheitsgebiet Wärmepläne erstellt werden. Diese sollen aufzeigen, wie die Wärmeversorgung in einer Stadt oder einer Gemeinde künftig klimaneutral gestaltet werden kann. Mit der Verstärkung durch das Institut für nachhaltige Energieversorgung (INEV) wird die Bayernwerk-Gruppe Städten und Gemeinden künftig eine vollumfängliche kommunale Wärmeplanung anbieten können.

„Seit der Gründung des Instituts für nachhaltige Energieversorgung im Jahr 2017 war es unser Ziel, Kommunen und Unternehmen auf ihrem Weg zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu unterstützen. Wir freuen uns, das Institut nun vertrauensvoll in die Hände der Bayernwerk AG zu geben. INEV wird unseren Kunden auch in Zukunft mit umfassender Expertise zur Seite stehen. Auch in unseren neuen Rollen bleiben wir dem Institut und unseren Kunden eng verbunden“, erklären die bisherigen INEV-Gesellschafter, Prof. Dr. Dominikus Bückler und Dr. Isabel Bückler.

Zusätzliche Angebote

„INEV bietet seit vielen Jahren umfassende Kompetenzen in der Erstellung kommunaler

Wärme- und Energienutzungspläne, der Koordination von Klimaschutznetzwerken sowie in verschiedenen Energieberatungen und -konzepten an. Künftig soll das Angebot für Unternehmen ausgebaut werden“, kündigt INEV-Geschäftsführer Ludger Bottermann an. Auch hier sei die Zusammenarbeit mit der Bayernwerk-Gruppe die solide Basis für den avisierten Wachstumskurs. □



Ein starkes Team für die Energiewende (vorne, v.l.): Prof. Dr. Dominikus Bückler (Gründer des INEV), Dr. Egon Leo Westphal, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG, und Dr. Isabel Bückler (Gründerin des INEV). Dahinter (v.l.) INEV-Geschäftsführer Ludger Bottermann und Matthias Löhlein, Bereichsleiter Unternehmensentwicklung, Digitalisierung & Nachhaltigkeit bei der Bayernwerk AG. Bild: Michael Hitzek, Bayernwerk AG

Bayerische Staatsforsten:

Startschuss für ersten eigenen Windpark

Aiwanger: „Aufholjagd bei Windenergie gewinnt an Tempo“

Regensburg/Pressig. In Oberfranken wird der erste Windpark der BaySF BayernWind GmbH, einer Tochtergesellschaft der Bayerischen Staatsforsten, entstehen. Geplant sind bis zu neun Windenergieanlagen (WEA), von denen die BaySF sechs selbst betreiben und drei WEA an die regionale Wirtschaft und die Kommune abgeben will. Der erste BaySF-eigene Windpark soll in der Gemeinde Pressig im Landkreis Kronach entstehen.

Bayerns Energieminister Hubert Aiwanger begrüßt diesen bedeutenden Schritt: „Die Aufholjagd bei der Windkraft gewinnt weiter an Tempo. Mit dem

tiger Baustein beim Klimaschutz und bei der Energiesicherheit, die wir uns alle wünschen.“

Der erste Bürgermeister der Marktgemeinde Pressig, Stefan Heinlein erwartet sich von dem Windpark Vorteile für die Bürger und den Wirtschaftsstandort vor Ort: „Wir sind sehr froh, die BaySF BayernWind GmbH als starken Partner gewonnen zu haben und freuen uns auf die Möglichkeit, die Region voranzubringen. Die Windkraftanlagen, die im Norden von Pressig entstehen sollen, ergänzen unser Energiekonzept ideal“, sagt der Bürgermeister. „Von dem Windpark werden wir als Gemeinde und insbesondere die Unternehmen sowie die Bürgerinnen und Bürger vor Ort langfristig profitieren.“

Geplant werden Windenergieanlagen der neuesten Generation, von denen jede etwa 19 Millionen Kilowattstunden Strom pro Jahr erzeugen kann – genug, um rechnerisch ca. 5.000 Haushalte mit Strom zu versorgen. Bei der Auswahl der Standorte legt die BaySF BayernWind besonderen Wert auf eine waldschonende Umsetzung. Zudem werden für Bau und Unterhalt der Windräder das vorhandene Waldwegenetz bestmöglich genutzt.

Ob die theoretisch möglichen neun Windräder tatsächlich alle gebaut werden, wird sich im Laufe des Projektes entscheiden: „Wir werden in enger Kooperation mit dem Markt Pressig die Bürgerinnen und Bürger sowie die Nachbargemeinden laufend und umfassend über das Projekt informieren“, verspricht Wittmann, „den Auftakt bildet eine Bürgerinformationsveranstaltung.“ □



Bürgermeister Stefan Heinlein. Bild: Markt Pressig



Referenten des Wasserkraftseminars.

Bild: Landesverband Bayerische Wasserkraftwerke eG

5. Wasserkraftseminar am TUMCS in Straubing:

Unverzichtbare Energiequelle

Besichtigung der revitalisierten Ruselkraftwerke

Am 1. Oktober 2024 kamen mittlerweile zum fünften Mal Fachleute der Wasserkraftbranche und Vertreter der Wissenschaft am TUM Campus in Straubing zusammen, um sich über aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen der Wasserkraftnutzung auszutauschen. Den Auftakt des diesjährigen VVB und LVBW-Wasserkraftseminars bildete eine exklusive Besichtigung der revitalisierten Ruselkraftwerke in Deggendorf, die unter der Leitung von Thomas Grimmer organisiert wurde.

Die Besichtigung der Ruselkraftwerke bot den Teilnehmern beeindruckende Einblicke in die umfassenden Modernisierungsmaßnahmen, die zwischen 2019 und 2022 an diesem Standort durchgeführt wurden. Der aus insgesamt sechs Turbinen, zwei Hochspeichern und einem Un-

terbecken bestehende Kraftwerksverbund wurde in Zusammenarbeit mit erfahrenen Kraftwerksfirmen in elektro- und leittechnischer, sowie maschinenbaulicher Hinsicht an moderne Standards angepasst. Von den Turbinen, Generatoren, den vielen Wasserfassungen, der Ei-

genbedarfsverteilung über die Maschinenautomatisierung und Leittechnik bis hin zur Erzeugung- und Schutztechnik wurden die von der Eurowatt GmbH betriebenen Speicher- und Laufkraftwerke umfassend erneuert und modernisiert.

Im Anschluss an die Besichtigung startete das 5. VVB und LVBW-Wasserkraftseminar am TUM Campus in Straubing erneut mit vielfältigen und aktuellen Vorträgen der Wasserkraftbranche. Prof. Dr. Josef Kainz, Professor für Energietechnik der Hochschule Weihen-

stephan-Triesdorf und Dr. Josef Rampl, Sprecher der bayerischen Wasserkraftverbände, eröffneten das Seminar.

Thomas Grimmer präsentierte einen Erfahrungsbericht über die erfolgreiche Revitalisierung der Ruselkraftwerke und hob die positiven Auswirkungen der Modernisierung hervor. Diese umfassen eine gesteigerte Energieeffizienz und eine nachhaltigere Stromproduktion aus Wasserkraft.

Unverzichtbarer Bestandteil der Energieinfrastruktur

Otto Mitterfelner bot einen umfassenden Überblick über die Fähigkeiten und Stärken der Wasserkraft. Er stellte dar, dass Wasserkraft nicht nur zur Stromerzeugung beiträgt, sondern auch wichtige Funktionen zur Systemsicherheit des Stromnetzes übernehmen kann. Als unverzichtbare Aspekte sind hier beispielsweise der Beitrag zur Spannungsqualität, die Bereitstellung von Regelleistung, Momentanreserve, Schwarzstartfähigkeit und Inselbetrieb zu nennen. Nicht zu vergessen ist die Unterstützung zur Hochwasserentlastung, die Schaffung von Rückzugsbereichen für Fische bei Trockenheit sowie die Stabilisierung des Grundwassers. Ein sehr aktuelles Thema, die Aquathermie, die Nutzung der Wärme aus fließenden Gewässern, ist ebenfalls zu nennen. Diese Fähigkeiten machen die Wasserkraft zu einem wertvollen und unverzichtbaren Bestandteil der Energieinfrastruktur.

Als weiteres Problem zeigte er auf, dass die isolierte Betrachtung der chemischen Belastung von Gewässern zu einem einseitigen Fokus auf die Durchgängigkeit als Hauptursache für den schlechten Zustand vieler Gewässer führt. Eine umfassende und differenzierte Betrachtung der verschiedenen Belastungsquellen ist daher notwendig, um nachhaltige Lösungen für die Verbesserung des ökologischen Zustands unserer Gewässer zu finden.

einander. Diese Richtlinie bildet eine zentrale Grundlage für den Schutz und die Bewirtschaftung von Gewässern in Europa. Eine wesentliche Grundlage dieser Richtlinie ist die Unterscheidung zwischen chemischen und ökologischen Maßnahmen, die beide gleichermaßen berücksichtigt werden müssen. Die Bedeutung der WRRL steht außer Frage, allerdings stellen sich immer wieder Fragen zur Einordnung der Gewässer. Die Einstufung in die Kategorien „naturnah“ oder „erheblich verändert“ hat erhebliche Auswirkungen auf die Maßnahmen, die in den Umsetzungskonzepten vorzusehen sind. Eine fehlerhafte Einstufung kann weitreichende Konsequenzen für die Auflagen und Richtlinien zur Gewässerbewirtschaftung haben und führt bei Wasserkraftanlagen zu unverhältnismäßigen Vorgaben und unter Umständen auch zur Stilllegung oder zum Schließen eines Kraftwerks.

Christoph Winkler und Tobias Hoder erläuterten an praktischen Beispielen, wie Flusswasser aus dem Inn zur energieeffizienten Bereitstellung von Kälte und Wärme genutzt werden kann. Die beiden Studenten Niklas Niedermaier und Simon

Neue Themen in der Wasserkraft

Christoph Winkler und Tobias Hoder erläuterten an praktischen Beispielen, wie Flusswasser aus dem Inn zur energieeffizienten Bereitstellung von Kälte und Wärme genutzt werden kann. Die beiden Studenten Niklas Niedermaier und Simon

Rödl stellten eine Machbarkeitsstudie Wasserkraft an der Kläranlage Hemau (Niedermaier, Rödl, 2024) vor. Die Machbarkeitsstudie untersucht die Installation einer Wasserkraftanlage an der Kläranlage Hemau zur Rückgewinnung von Energie. Ihr Projekt kam zu dem Ergebnis, dass die geplante Anlage etwa ein Drittel des Strombedarfs decken könnte.

Zukunftsthemen Vermarktung von Wasserkraftstrom und IT-Sicherheit

Philip Hahn von CyberGrid sprach über innovative Ansätze zur Vermarktung von Wasserkraftstrom und betonte die Bedeutung flexibler Energiemanagementlösungen, um die Wirtschaftlichkeit der Anlagen weiter zu steigern. Der Beitrag von Anna Reich vom Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) hob zudem die Wichtigkeit der IT-Sicherheit für Wasserkraftanlagen hervor, insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender Digitalisierung und wachsender Cyber-Bedrohungen.

Ein erfolgreicher Tag für die Wasserkraft

„Das 5. VVB und LVBW-Wasserkraftseminar war ein voller Erfolg und verdeutlichte die Bedeutung der Wasserkraft als verlässliche und umweltfreundliche Energiequelle“ betonte Fritz Schweiger, Vorsitzender der VVB in seinem Abschlussstatement. Die Kombination aus praxisnaher Besichtigung der Ruselkraftwerke und einem abwechslungsreichen Seminarprogramm bot den Teilnehmern wertvolle Einblicke in die aktuellen Entwicklungen und zukünftigen Potenziale der Wasserkraft. □

Energie erleben:

ESB Lerntheater vermittelt spielerisch Energiewissen

Interaktive Mitmachshow war wieder auf Tour

Was genau ist Energie, wie können wir sinnvoll damit umgehen und wie sieht die Energieversorgung von morgen aus? Um diesen und vielen weiteren Fragen auf den Grund zu gehen, machte das interaktive Lerntheater vom 7. bis 18. Oktober 2024 Halt an ausgewählten Schulen. Gemeinsam mit dem Pädagogenteam von FS Infotainment vermittelt Energie Südbayern (ESB) schon seit mehreren Jahren Schülerinnen und Schülern an bayerischen Grundschulen das Thema Energie und Energiesparen.

„Engagement für unsere Heimat bedeutet für uns auch, uns für Kinder und Jugendliche einzusetzen“, so Marcus Böske, Geschäftsführer von Energie Südbayern. „Deshalb unterstützen wir bereits seit vielen Jahrzehnten Schulen in unserem Versorgungsgebiet.“

Für Kerstin Klose, Schulleitung der Grundschule Weyarn, war das Lerntheater eine wichtige Veranstaltung: „Energie und insbesondere die Energiewen-

de sind zentrale Themen unserer Zeit. Deshalb freuen wir uns, dass das ESB-Lerntheater diese zuweilen abstrakte Materie Energie für die Schülerinnen und Schüler erlebbar machte, mit anschaulichen Beispielen direkt aus ihrem Alltag.“

Die Moderatoren der Veranstaltung, Friedhelm Susok, und Jürgen Schardt, beantworteten alle Fragen rund um Energie und bezogen die Kinder dabei stets mit ein. Ein besonderer Schwer-

punkt lag auf erneuerbaren Energien und der Zukunft unserer Energieversorgung. Auch innovative Inhalte wie Elektromobilität und Wasserstoff durften dabei nicht fehlen.

Das Thema Energiesparen wurde in einer großen Frageunde mit Beispielen von zuhause nähergebracht. Anstelle von Frontalunterricht standen beim ESB Lerntheater Interaktivität, handlungsorientiertes Lernen und Spaß an der Bewegung im Mittelpunkt. Susok und Schardt nahmen sich als Vorbild die Sendung mit der Maus. Wer das Lerntheater einmal erlebt hat, spürt, warum das Konzept aufgeht. Die Kinder lösten Rätselfragen, begeisterten sich für ein Bewegungsspiel und lauschten den kurzen Einspielern. Inzwischen hat sich das 90-minütige Bühnenerlebnis bei den Schulen herumgesprochen und seit 2014 sind Susok und sein Team in über 200 Schulen aufgetreten.

Weitere Informationen: <https://www.esb.de/esb-lerntheater>
Videoprogramm zum Thema Energie und Energiesparen: www.esb.de/energiewissen-kinder. □

Die Energie Südbayern GmbH

Seit mehr als 60 Jahren ist Energie Südbayern (ESB) der faire, sichere und regionale Energieversorger und -dienstleister für Ober- und Niederbayern. Gemeinsam mit den Tochterunternehmen Energienetze Bayern und ESB Wärme bildet Energie Südbayern die ESB-Unternehmensgruppe. Energielieferung, Portfoliomanagement, der Betrieb von Energienetzen und Energieerzeugung sind die Kerngeschäftsfelder der Gruppe und ihren Beteiligungen. Über 160.000 Haushalte, 15.000 Geschäftskunden sowie zahlreiche Stadtwerke und Weiterverteiler vertrauen auf unsere Produkte und Dienstleistungen. □



Interaktives Bühnenprogramm: Schülerinnen und Schüler lernen spielerisch alles rund um Energie. Bild: Energie Südbayern GmbH



Wasserkraftwerk Schongau

Heimische Wasserkraft für grünen Strom

energie schwaben

Smart Parking unterstützt Klimaziele

Parkraum ist ein kostbares Gut. Zweckgebundene Parkplätze werden immer häufiger unberechtigt benutzt. Mit einer intelligenten Parkraumbewirtschaftung lässt sich dieses Problem nachhaltig lösen. Andererseits verlieren Autofahrer in Großstädten bei der Parkplatzsuche wertvolle Zeit und verschlechtern die CO₂-Bilanz. Schließlich werden größere Parkräume und Firmenparkplätze oft nicht effektiv genutzt. Abhilfe kann in den meisten Fällen eine smarte Parkraumbewirtschaftung schaffen. Dafür ist eine Reihe unterschiedlicher Lösungen verfügbar, die sich in der Praxis bereits erfolgreich bewährt haben.

In der Drucksache 19/16513 des Deutschen Bundestages von 2020 sind die wichtigen Fakten zu Smart Parking zusammengefasst: „Parkvorgänge spielen eine wichtige Rolle, um die nationalen, europäischen und internationalen Klimaschutzziele zu erreichen. Die Suche nach einem Parkplatz in deutschen Städten ist für etwa 30 Prozent des dortigen Verkehrs verantwortlich. Ein Autofahrer benötigt im Durchschnitt etwa acht Minuten, um einen Parkplatz zu finden, legt in dieser Zeit durch-

schnittlich 4,5 Kilometer zurück und stößt circa 1,3 kg CO₂ aus. Durch den Zeitverlust, die Abgasbelastung und den Kraftstoffverbrauch entstehen jedes Jahr Gesamtkosten von rund 45 Mrd. Euro.“ Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass sogenannte Smart-Parking-Technologien die laufenden Kosten senken können, zu einer signifikanten Reduzierung des Parkplatzsuchverkehrs beitragen können, die Effizienz steigern und die Suche vereinfachen können. Der Einsatz digi-

taler und smarter Lösungen im Bereich des Parkens bietet also großes Potenzial bei der Emissionsreduzierung und bei der Erreichung der Klimaschutzvereinbarungen.

Voraussetzung: Sorgfältige Planung

Die genannten Fakten sind Anlass genug, um ein Projekt Parkraum zukunftsorientiert zu gestalten. Eine sorgfältige Planung ist Voraussetzung dafür. Vorrangige Ziele könnten dabei u.a. Nachhaltigkeit, Verkehrsregelung oder Optimierung bereits vorhandener Infrastrukturen sein. Die Vorgaben der DSGVO sind unbedingt zu beachten. Dies ist insbesondere bei der Auswahl des Lieferanten, Betreibers sowie der ausgewählten Technologie zu berücksichtigen. Schließlich sollte auch die Finanzierung des

Projektes gesichert sein. Sonst könnte nämlich etwas wie der englischen Gemeinde Eynsham passieren: Dort hat man kürzlich einen riesigen Parkplatz für 850 PKWs fertiggestellt, kann ihn aber nicht benutzen, weil die in einem separaten Projekt geplante Zufahrt wegen nicht genehmigten Budgets immer noch fehlt. Die aktuelle Studie „Klimafreundliches Parkraum-Management“ der M-Five GmbH dokumentiert die Abschätzung der Klimawirkung von Parkraum-Management in Baden-Württemberg. Sie

kommt zu dem Ergebnis, dass die beiden untersuchten Kernmaßnahmen

- Marktorientierte Erhöhung der Parkgebühren und Bündelung und
- Reduktion von Parkplätzen mit Erhöhung der Such-, Zu- und Abgangszeiten

die Attraktivität der PKW-Nutzung verringern und somit zu einer Verlagerung der Wege auf andere Verkehrsmittel wie Zug, Bus, Fahrrad, Sharing- und Pooling-Angebote führen. Geklärt werden muss, ob der Parkraum im Eigenbetrieb oder durch ei-

nen erfahrenen Partner betrieben wird und schließlich muss auch noch die für das jeweilige Projekt geeignetste Technologie ausgewählt werden. Die Auswahl reicht hier von der einfachen Parkscheibe, über Schranken oder Tore, die per Schlüssel, Funk oder Parkschein bedient werden, bis zu IoT-Systemen, Sensoren und Videosystemen, die zunehmend durch künstliche Intelligenz (KI) und maschinelles Lernen unterstützt werden.

Geprüfte Beschilderung

Zuletzt ist noch zu beachten: Für eine rechtskonforme, private Parkraumbewirtschaftung muss eine professionelle und gut sichtbare sowie rechtlich geprüfte Beschilderung sowohl an der Einfahrt als auch auf der Parkfläche angebracht sein.

Sensoren können schnell und problemlos installiert werden. Sie benötigen für den Betrieb allerdings Energie. Die Zuführung über Kabel ist zumeist aufwändig und teuer. Die Alternative lautet Batterie. Diese hat sich in der Praxis jedoch als äußerst fehleranfällig erwiesen. In San Francisco hatte man beispielsweise diese Technologie ausprobiert – der Versuch musste dort aufgrund der hohen Reparaturkosten abgebrochen werden. Hier in Bayern kommt ein weiterer gewichtiger Aspekt hinzu: Winter. Bei der Schneeräumung können die am Boden befestigten Sensoren leicht beschädigt werden.

Für die genannten Nachteile hat das Münchner Unternehmen ParkHere eine pfiffige Lösung gefunden. In den Sensor ist ein kleines Kraftwerk eingebaut. Dieser versorgt sich also selbst mit Strom nach folgendem Prinzip: Der Druck, den ein Auto beim Überfahren des Sensors ausübt, wird in Energie umgewandelt. Diese Energie reicht aus, damit der Sensor ein Signal senden kann, ob der Parkplatz frei oder besetzt ist. Die Lebensdauer dieses neuartigen Sensors soll bis zu 25 Jahre betragen. In München arbeitet ParkHere bereits mit der Deutschen Bahn zusammen: Wer den Bahnhofsparkplatz an der Bayerstraße nutzen will, kann schon beim Losfahren sehen, wie viele Parkplätze frei sind und wie die Situation eine Stunde später wohl aussehen wird.

Die wohl leistungsfähigste Technologie zur Parkraumbewirtschaftung stützt sich auf kamerabasierte Systeme. Diese können in Verbindung mit KI nicht nur Fahrzeuge und insbesondere deren Kennzeichen in Echtzeit erkennen, sondern auch einige hundert Parkplätze überwachen. Bei Änderungen des Parkraumkonzepts lassen sie sich einfach an die neuen Aufgaben anpassen. Zum Schutz vor Beschädigung und Vandalismus sollten die Kameras genügend hoch installiert werden. Bei der Auswahl eines Videosystems ist unbedingt darauf zu achten, dass der gesetzliche Datenschutz erfüllt wird und ggf. eine DSGVO-Konformitätsbescheinigung vorliegt. Diese Eigenschaft sollte man insbesondere bei Produkten aus China prüfen.

Als Fazit empfiehlt der ADAC, dass die Parkraumbewirtschaftung immer in ein gesamtstädtisches Parkraumkonzept als Teil einer integrierten Mobilitätsplanung eingebettet sein sollte. In Deutschland existiert eine offene Plattform für Handyparken. Etwa 250 Kommunen, die zusammen für 75 Prozent des digitalen Parkens stehen, vertrauen der innovativen Lösung von smartparking. Damit können nämlich die Kunden aller Anbieter „Handyparken“.

Gerhard Kafka
Freier Fachjournalist in Egling

München bleibt deutschlandweit Spitzenreiter bei den Einpendlern

Insgesamt pendeln in Bayern im Jahr 2023 über 100 000 Personen mehr über ihre Gemeindegrenze zur Arbeit als vor zwei Jahren

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, verfügt der Pendleratlas ab sofort über die bundesweiten Pendlerströme mit dem aktuellsten Datenstand für das Jahr 2023. Es zeigt sich: München bleibt hinsichtlich der Anzahl an Einpendlern im Jahr 2023 mit über 525.000 Einpendlern wie bereits in den Vorjahren Spitzenreiter in Deutschland. Im Vergleich zum Jahr 2021 pendelten fast 20.000 Personen mehr in die Pendlerhauptstadt ein. Im Städtedreieck Nürnberg, Fürth, Erlangen sind im Jahr 2023 im Vergleich zu 2021 mehr als 1.000 zusätzliche Pendler unterwegs. Die Pendelachse Nürnberg-Fürth liegt auch im Jahr 2023 deutschlandweit weiterhin nach Berlin-Potsdam an zweiter Stelle. Insgesamt steigt die Zahl der Pendler über Gemeindegrenzen in Bayern seit 2021 von rund 4,4 Millionen auf rund 4,5 Millionen.

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, ist München auch im Jahr 2023 mit über einer halben Millionen Einpendlern (525.269 Personen) die Stadt in Deutschland, die die meisten Einpendler anzieht. Damit pendeln mehr Personen nach München als nach Berlin (467.402 Einpendler) und Frankfurt am Main (463.180 Einpendler). Unter den zehn Städten Deutschlands mit den höchsten Einpendlerzahlen hat Berlin im Jahr 2023 den größten Zuwachs und überholt damit Frankfurt am Main, das noch im Jahr 2022 an zweiter Stelle lag. München verliert junge Einpend-

ler, bleibt aber Pendlermagnet. Während die Einpendler Münchens insgesamt und in allen Altersgruppen ab 25 Jahren im Vergleich zum Jahr 2021 und 2022 zugenommen haben, nahm die Zahl der Einpendler unter 25 Jahren innerhalb der zwei Jahre um 3.163 Personen ab, davon 2.482 weniger junge Frauen. Parallel ist die Zahl der einpendelnden Auszubildenden zurückgegangen. So pendeln 2.148 Auszubildende weniger nach München ein, davon 1.017 Männer und 1.131 Frauen. Der Rückgang an Auszubildenden bei den Einpendlern seit 2021 ist in fast al-

len kreisfreien Städten zu beobachten, in München ist er jedoch mit 17,2 Prozent am größten. Im Vergleich der kreisfreien Städte hat München im Jahr 2023 mit 8,8 Prozent den geringsten Anteil an Einpendlern unter 25 Jahren. Am höchsten ist der Anteil in Bamberg mit 14,6 Prozent.

Die meisten Menschen, die im Jahr 2023 nach München einpendeln, wohnen in Berlin (12.912 Personen). Hier ist allerdings zu beachten, dass auch Personen zu den Ein- und Auspendlern zählen, die teilweise, überwiegend oder ausschließlich im Homeoffice arbeiten und nicht tagtäglich pendeln. Zudem hat die Pendlerrechnung keine Information darüber, ob Pendler an ihrem Arbeitsort einen Zweitwohnsitz haben.

Die 525.269 Einpendler machen 45 Prozent aller Personen, die in München arbeiten, aus. Mit 239.259 pendeln deutlich weniger Personen aus München heraus. So halten sich nach Abzug der Auspendler tagsüber in München arbeitsbedingt deutlich mehr Personen auf als die dort ansässige Bevölkerung.

Nürnberg, Fürth, Erlangen: über 72.000 Pendler

Im Städtedreieck Nürnberg, Fürth und Erlangen pendeln im Jahr 2023 über 72.000 Personen, und damit etwa 1.100 Personen mehr als im Jahr 2021 und etwa 200 Personen mehr als 2022. Die meisten Pendler innerhalb des Städtedreiecks sind zwischen Nürnberg und Fürth unterwegs. Davon wohnen 27.191 Pendler in Fürth und pendeln zur Arbeit nach Nürnberg, während 14.681 in die entgegengesetzte Richtung pendeln. Weitere 236.220 Personen pendeln im Jahr 2023 aus Wohnorten von außerhalb in das Städtedreieck ein. Zwischen 2022 und 2023 ist diese Zahl um 668 Pendler angestiegen. Im Vergleich zu 2021 war es ein Plus von 5.254 Pendlern.

Die Zahl der Pendler zwischen den beiden nahegelegenen Großstädten Nürnberg und Fürth ist mit 41.872 Personen auch im deutschlandweiten Vergleich besonders hoch. Nur zwischen Berlin und Potsdam sind im Jahr 2023 noch etwas mehr Pendler unterwegs (42.479 Personen). Zwischen Nürnberg und Fürth besteht damit wie auch schon im Jahr 2021 und 2022 deutschlandweit die zweitstärkste Pendelachse.



V.l. Umweltminister Thorsten Glauber und Heiko Büttner, DB-Konzernbevollmächtigter für den Freistaat Bayern. Bild: stmuv

Umweltminister Thorsten Glauber:

Zug als Botschafter für Klimaschutz unterwegs

Ein Zug der DB Regio Bayern ist künftig als bunter Botschafter für den Klimaschutz im Freistaat unterwegs. Anlässlich der Bayerischen Klimawoche wird der Zug, beklebt mit den Bayerischen Klimastreifen, auf der Werdenfelsbahn zwischen München, Garmisch-Partenkirchen und Mittenwald auf den Klimawandel aufmerksam machen.

Thorsten Glauber, Umweltminister, hat zusammen mit Heiko Büttner, DB-Konzernbevollmächtigter für den Freistaat Bayern, den offiziellen Startschuss am Münchner Hauptbahnhof gege-

ben. „Die Bayerischen Klimastreifen zeigen: Der Klimawandel passiert vor unserer Haustüre ... der beklebte Zug zeigt auch: Für den Klimaschutz in Bayern brauchen wir eine starke Schiene.“ □

VDV und Allianz pro Schiene:

Vorschläge zur Reaktivierung von Bahnstrecken

Die Diskussion um die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken in Deutschland hat in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Vor dem Hintergrund des Klimawandels, der wachsenden Verkehrsdichte auf Straßen und der Notwendigkeit, umweltfreundliche Mobilitätslösungen zu fördern, haben der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) und die Allianz pro Schiene nach zwei Jahren nun wieder aktualisierte Vorschläge zur Reaktivierung von Schieneninfrastruktur unterbreitet. Beide Verbände fordern, Planungsverfahren zu beschleunigen und Fördermittel aufzustocken.

Neu auf der Vorschlagsliste hinzugekommen sind 74 Strecken mit insgesamt 949 Kilometern. Aus Sicht von VDV-Fachmann Martin Henke „ist es klar, dass mit Reaktivierungen allein wir die großen ökonomischen und verkehrlichen Herausforderungen in Deutschland nicht bewältigen werden – und doch warten wir inzwischen bei 325 Strecken mit 5.426 Kilometern Länge auf die Umsetzung der Reaktivierung. Das könnte die Wirtschaft gerade auf regionaler Ebene erheblich stärken.“ Im gesamten Jahr 2024 werden voraussichtlich nur 30 Kilometer Schienenwege reaktiviert.

Schielenanbindung gewünscht

„Angesichts dieses Schnecken tempos müssen Bund und Länder dringend mehr tun, um Initiativen vor Ort zu unterstützen. Die Menschen wollen eine Schienenanbindung. Gerade für den Schienengüterverkehr gibt es großes Potenzial“, machte Dirk Flége, Geschäftsführer der Allianz pro Schiene, deutlich. 379 Städte und Gemeinden ohne Zugang zum Schienenverkehr könnten durch die vorgeschlagenen Reaktivierungen wieder Anschluss an das Bahnnetz erhalten – allein in diesen Kommunen wohnen mehr als 3,8 Millionen Menschen.

Derzeit sind in Deutschland 123 der 900 Mittelzentren ohne Anschluss an die Eisenbahn, U-Bahn, Stadtbahn oder Straßenbahn, darunter 13 Kreisstädte. In 119 der nicht angeschlossenen Mittelzentren sind für die Eisenbahn gebaute, aber nicht mehr genutzte Trassen vorhanden. Für 72 dieser Mittelzentren schlagen VDV und Allianz pro Schiene eine Wiederanbindung an den Eisenbahnverkehr vor, bei 13 weiteren empfehlen sie eine vertiefte Prüfung. Allein in diesen Zentren leben über 1,4 Millionen Einwohner.

„Im so genannten Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) haben die Verkehrsunternehmen mehr Infrastrukturprojekte zur Förderung angemeldet als je zuvor“, informierte Martin Henke. Das Gesetz sei im Jahr 2020 novelliert und in diesem Zuge finanziell aufgestockt worden. Dadurch sei inzwischen eine Verdreifachung der angemeldeten Projekte zu verzeichnen. Zuletzt waren im GVFG insgesamt 407 Projekte aus den Bereichen „Gründerneuerung“, „Reaktivierung“, „Elektrifizierung“ und „Bahnhöfe, Stationen, Haltestellen“ angemeldet.

Henke zufolge „müssen wir sehen, dass der enorme finanzielle Bedarf bei der maroden Infrastruktur in Deutschland finanziell abgedeckt wird – alles andere schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland. Die Erhöhung der Fördermittel im GVFG auf drei Milliarden jährlich ab 2025 hätte eine extreme Hebelwirkung, um unsere Infrastrukturen noch schneller und konsequenter mit Blick auf die Erreichung der Klimaschutzziele im Verkehrssektor um- und ausbauen zu können.“ DK

Die absolute Zahl der Einpendler ist zwischen 2021 und 2023 mit 17.495 Personen (+ 3,4 Prozent) in München am stärksten gestiegen. Dabei liegt der Unterschied von 2022 und 2023 mit 1,4 Prozent bei 7.374 Pendlern. Nach Nürnberg pendelten fast 5.000 Personen (+ 2,6 Prozent; zu 2022: 0,8 Prozent) mehr ein, in Augsburg gab es eine Zunahme von etwas über 2.100 Personen (+ 2,3 Prozent; zu 2022: 0,3 Prozent). In Ansbach ist mit einem Plus von 7,4 Prozent der relative Anstieg der Einpendler am größten (+ 1.683; zu 2022: 1.776 Personen). Die zweitstärkste relative Zunahme erfolgt in der mittelfränkischen Stadt Schwabach. Dort liegt der Anstieg innerhalb der zwei Jahre mit 536 Einpendlern bei 4,1 Prozent (zu 2022: + 271 Einpendler, 2,0 Prozent). In sieben kreisfreien Städten nehmen die Einpendler im Vergleich der Jahre 2021 zu 2023 ab, am stärks-

ten in Memmingen. Dort pendeln im Jahr 2021 im Vergleich zu 2021 rund 3,3 Prozent und 743 Personen weniger ein (2022: -468, 2,1 Prozent).

Neue Daten im Pendleratlas und der Regionaldatenbank

Die Pendlerdaten für das Jahr 2023 stehen ab sofort im interaktiven Pendleratlas der Statistischen Ämter der Länder online und kostenlos zur Verfügung unter: <https://pendleratlas.statistikportal.de>.

Neben klassischen Kennzahlen wie den Ein- und Auspendlern, Pendelquoten oder dem Pendelsaldo sind vor allem Pendelflechtungen zwischen einzelnen Städten und Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden online abrufbar. Ausführlichere Tabellen dazu sind in der Regionaldatenbank zu finden unter: <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online>. □

Bauunternehmen nutzte Kanalbau zur AK1-Prüfung

Anspruchsvolles Projekt in Memmingen souverän realisiert

Mitten auf der grünen Wiese entsteht in Memmingen ein hochmoderner Gesundheitscampus. Der Klinikneubau soll nach seiner Fertigstellung das bisherige örtliche Krankenhaus ersetzen, da eine Generalsanierung des alten Standortes nicht realisierbar gewesen wäre. Dabei steht sowohl beim Bau als auch beim Betrieb der Klinik das Thema Nachhaltigkeit im Fokus.

So wird zukünftig ein Teil des Wärmebedarfes über Wärmetauscher aus dem Abwasser gewonnen. Bevor jedoch der Bau des Klinikgebäudes starten kann, waren wichtige Vorarbeiten im Untergrund im Rahmen der Baufeldfreimachung notwendig. Bislang querte einer von drei großen Mischwassersammlern der bayerischen Stadt das Gelände. Dieser musste nun für den Neubau auf einem Teilstück U-förmig um das Baufeld herumgelegt werden. Damit bei der großen Dimension der Rechteckprofile mit den Außenmaßen 3,50 Meter x 3,90 Meter alles reibungslos verlief, setzte das Memminger Tiefbauamt zur Qualitätssicherung auf den Güteschutz Kanalbau. Gleichzeitig nutzte das ortsansässige Bauunternehmen Josef Hebel GmbH & Co. KG diese Maßnahme, um eine Aufprüfung vom Gütezeichen AK2 auf das Gütezeichen AK1 durchführen zu lassen.

Kompetente Unterstützung in Detailfragen

Ein sieben bis acht Meter tiefer, geböschter Graben, der an der Sohle rund sechs Meter Brei-

te maß, durchzog auf einer Länge von knapp 400 Metern das Gelände in unmittelbarer Nähe des Autobahnkreuzes BAB 7/ BAB 96 im Memminger Norden. In diesen gigantischen Graben verlegte Josef Hebel insgesamt 170 Fertigteilelemente für den neuen Trassenabschnitt des Mischwassersammlers. „Der bisherige Mischwassersammler ist erst 28 Jahre alt und wurde in Ort betonbauweise erstellt. Aufgrund des engen Zeitplanes – mit dem Rohbau der Klinik soll bereits im Februar 2025 begonnen werden – ist die Entscheidung für Betonfertigteile gefallen“, erklärt Urs Keil, Leiter des Tiefbauamtes Memmingen. Problematisch bei dieser Variante war dann das Thema Dichtheitsprüfung. „Bei der Dimension war eine klassische Dichtheitsprüfung mit Wasser oder Druckluft nicht möglich“, erläutert Thilo Knechtel, der als Oberbauleiter von Josef Hebel die technische Koordination der Baustelle in der Arbeitsvorbereitung begleitet hat. Gemeinsam mit Marcus Peterlik, dem zuständigen Prüfenieur vom Güteschutz Kanalbau, wurde deshalb nach einer Alternative gesucht. „Wir haben uns mit dem Auftrag-

geber darauf geeinigt, die Dichtigkeit der Rohrverbindungen über das Spaltmaß nachzuweisen“, so Knechtel. Und weiter: „Die Rohre hatten eine werkseigene Produktionskontrolle. Im Werk wurde dann zusätzlich an einem Musterstrang eine Druckprüfung vorgenommen und die Spaltmaße gemessen. Mit diesen Werten haben wir dann die Dichtigkeit auf der Baustelle nachgewiesen.“

Unternehmen mit Gütezeichen Kanalbau müssen stets über auskömmliche Referenzen im entsprechenden Schwierigkeitsgrad verfügen. „Während sich der Ausführungsbereich AK2 auf den Einbau von Abwasserleitungen und -kanälen in offener Bauweise in einer Tiefenlage bis fünf Meter bezieht, ist der Ausführungsbereich AK1 erweitert auf den Einbau in Tiefenlagen auch größer fünf Metern und unter erschwerten Bedingungen sowie dem Einsatz technisch anspruchsvoller Bauverfahren“, so Peterlik. „Sehr komplexe Kanalbaustellen, wie in Memmingen, werden zunehmend seltener ausgeschrieben. Deshalb, wenn wie in diesem Fall im Unternehmen die Voraussetzungen und das Know-how für Maßnahmen im Schwierigkeitsgrad AK1 vorhanden sind, können solche Projekte als Referenz für eine Aufprüfung in die Gruppe AK1 genutzt werden“, erklärt Peterlik weiter. Im konkreten Fall mit Erfolg: Der Güteausschuss der Gütegemeinschaft hat den Antrag der Josef Hebel GmbH & Co. KG begutachtet und im Ergebnis das Gütezeichen AK1 verliehen. Hierbei habe Josef Hebel vom Güteschutz Kanalbau auch Unterstützung in Bezug auf diese Maßnahme erhalten. „Diese Kanalbaudimensionen

sind nicht alltäglich und da tauchen technische Detailfragen auf, bei denen wir von den Erfahrungen und der Kompetenz des Güteschutzes profitiert haben“, resümiert Knechtel.

Sondervorschlag sorgte für zeitlichen Gewinn

Ursprünglich war für die Grabensicherung ein Voraushub mit Gleitschienenverbau vorgesehen. Hierbei hätten die 27 Tonnen schweren Fertigteile beim Einbau allerdings durch die Spindeln des Verbaus gefädelt werden müssen, wobei die Gefahr eines Verkantens oder Verklümmens bestanden hätte. Vor diesem Hintergrund hat Josef Hebel frühzeitig mit dem Planungsbüro einen Sondervorschlag mit geböschtem Graben diskutiert. Diesem stimmten die Beteiligten unter der Bedingung zu, dass das vorgesehene Baufeld durch den Aushub nicht vergrößert wurde. Berechnungen vom Geostatiker zur Standfestigkeit des Bodens stellten zudem sicher, welchen Abstand vom Böschungsrand der für den Einbau der Betonfertigteile erforderliche mobile Kran einhalten musste. Zum Einsatz kam ein Raupenbagger mit einer Traglast von 250 Tonnen, wie er häufig beim Bau von Windkraftanlagen eingesetzt wird.

Montage mit Fingerspitzengefühl

Auch wenn der Einbau der Rohre in dem geböschten Graben weniger kompliziert war, brauchte das Team von Josef Hebel Augenmaß und Fingerspitzengefühl. „Die Anschlagpunkte an den Fertigteilen waren im Vorfeld exakt berechnet worden, damit die Rohre beim Einbau und Zusammenfügen stets in Waage waren“, so Knechtel. Hierbei war zu berücksichtigen, dass auf einem 260 Meter langen Teilstück des insgesamt 400 Meter langen Kanalneubaus zu einem späteren Zeit-

punkt Wärmetauscher in den Kanalquerschnitt eingebaut werden. Diese sollen einen Teil des Wärmebedarfes der neuen Klinik aus dem Abwasser gewinnen.

Aber dadurch hatten die Rohre für den Abschnitt einen asymmetrischen Innenquerschnitt, weshalb die Anschlagpunkte variierten. Nach Aushub des Grabens und Einbau einer Sauberkeitsschicht konnten im Schnitt zwölf Rohre pro Tag auf einer dünnen Splittschicht verlegt werden. „Spitzenleistung waren sogar 15 Rohre an einem Tag“, wie Johannes Steiner, zuständig für die Entwässerungsplanung beim Tiefbauamt Memmingen, erklärt. Im Vergleich: Bei der ursprünglichen Verbau-Variante wären es im Schnitt nur drei Rohre pro Tag gewesen.

Zusammengefügt wurden die Rohre mit Hilfe von Kettenzügen. „Hierfür war es wichtig, dass das einzubauende Rohr nicht komplett auf die Sauberkeitsschicht abgesetzt wurde, sondern sich kurz darüber im Schwebezustand befand. Sonst wäre das Zusammenziehen der Rohre nicht möglich gewesen“, so Knechtel.

Bayerischer Gemeindegag:

Kommunen wehren sich gegen Klientelpolitik

Ein vorsorgender und ernsthaft durchgeführter, aber auch ausreichend finanzierter Grundwasserschutz ist Grundlage für die nachhaltige Sicherung unseres Wassers und damit der Gewährleistung der öffentlichen Wasserversorgung in Bayern. Für den Schutz dieser Lebensressource werden ausreichend geschützte Flächen, der Schutz vor Einträgen und eine wirksame Verbrauchsmessung und Kontrolle aller Wasserentnahmen benötigt.

In den vergangenen 20 Jahren wurde in Bayern ca. 20 Prozent weniger Grundwasser neu gebildet. „Dabei ist es grundsätzlich eine zentrale staatliche Aufgabe, die Wasserressourcen für die Bevölkerung vorbeugend zu sichern und zu schützen. Aus diesem Grund muss ein möglicher Wassereinsatz solidarisch, gleichbehandelnd und ausnahmslos von allen Wasserentnehmern gleichermaßen geleistet werden“, betont der Bayerische Gemeindegag in einer Stellungnahme, „denn Nachhaltigkeit, Zukunftsschutz und der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist der falsche Ort für Klientelpolitik“.

Umso verwunderlicher ist es aus Sicht des Verbandes, „dass der Bayerische Wirtschaftsminister auch nach den Debatten der vergangenen Wochen an seiner geplanten Befreiung von Großverbrauchern vom Wasserentgelt unbeirrt festhält und sich dabei in einem Interview als Advokat der Gemeinden im Ländlichen Raum generiert“. „Eine falsche Position aufrecht zu erhalten ist freilich in Ordnung. Diese Position mit dem Argument des Schutz-

Hamburger Heber sorgt für trockenen Umschluss

Knifflig war auch der Anschluss des in Betrieb befindlichen Kanals an den neuen Trassenabschnitt. Der Mischwassersammler entwässert den ganzen westlichen Teil von Memmingen.

„Im Trockenwetterfall fließen so zwischen 20 und 40 Liter pro Sekunde durch den Kanal“, so Steiner. Für den Fall reichen normale Tauchpumpen, die das Abwasser umpumpen. Bei Regen reichen die Tauchpumpen allerdings nicht mehr aus. Deshalb wurden an den zwei Umschlusspunkten Hamburger Heber installiert. Diese leiten das Abwasser bei Regen durch große Stahlrohrleitungen DN 800, sodass beide Anschlussbauwerke in Ort betonbauweise erstellt werden konnten.

Bevor der Kanal in Betrieb genommen werden kann, müssen die Wärmetauscher eingebaut werden. Danach sind entwässerungstechnisch die Voraussetzungen für den ersten Spatenstich des Gesundheitscampus erreicht. □

Leitfaden der Universität der Bundeswehr München:

Handlungsempfehlungen aus dem Projekt NOWATER

Die Folgen einer unterbrochenen Wasserversorgung und -entsorgung in einem Krankenhaus können dramatisch sein, denn das Wohl der Patienten steht dann auf dem Spiel.

Einrichtungen des Gesundheitswesens, insbesondere Krankenhäuser, sind für die Gesellschaft eine unverzichtbare Kritische Infrastruktur. Ihre Einsatzbereitschaft ist nicht nur im Normalbetrieb, sondern auch bei der Bewältigung von Krisen entscheidend. Während das Szenario eines Stromausfalls in der Notfallplanung von Krankenhäusern bereits fest verankert ist, wurde die Aufrechterhaltung der Wasserversorgung und -entsorgung bisher kaum betrachtet. Sie ist jedoch Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit eines Krankenhauses und damit für die Sicherheit der Patienten und des Personals.

Im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projektes NOWATER (NOTfallvorsorgeplanung der WAsserver- und -entsorgung von Einrichtungen des Gesundheitswesens – organisatorische und Technische Lösungsstrategien zur Erhöhung der Resilienz) wurden Empfehlungen für die Prävention, Vorbereitung auf und Bewältigung von Ausfällen der Wasserversorgung und -entsorgung erarbeitet. „Die vergangenen Hochwasserereignisse zeigen den dringenden Handlungsbedarf. Mit dem Leitfaden steht nun erstmals ein Werkzeug zur Erhöhung der Resilienz der Wasserversorgung und -entsorgung von Krankenhäusern zur Verfügung“, so Prof. Steffen Krause und Prof. Christian Schaum vom Institut für Wasserwesen an der Universität der Bundeswehr München.

Das von den Professoren der Universität der Bundeswehr München angeführte Team, dem die Technische Hochschule Köln, das Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit der Universität der Vereinten Nationen, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, die AGAPLES-

ION FRANKFURTER DIAKONIE KLINIKEN gGmbH, sowie die Firmen Strecker Wassertechnik GmbH und teckons GmbH & Co. KG angehörten, hat dazu einen Leitfaden für Betreiber von Einrichtungen des Gesundheitswesens und für Behörden und Organisationen mit Schutzaufgaben entwickelt.

Der Leitfaden führt die Anwender systematisch durch alle notwendigen Schritte der Notfallvorsorgeplanung, gibt detaillierte Hinweise zur Durchführung der erforderlichen Risikoanalyse, zu präventiven und vorbereitenden Maßnahmen sowie zu Maßnahmen der Ersatz- und Notwasserversorgung. Hierbei wird unter anderem auf die im Projekt NOWATER entwickelten technischen Demonstratoren für Speicherung, Transport und Aufbereitung eingegangen. Nach Empfehlungen für die Krisenbewältigung bilden Hinweise für die Wiederherstellung des Regelbetriebes sowie für die Anpassung und Verbesserung den Abschluss des Leitfadens.

Damit Krankenhäuser die im Leitfaden dargelegten Maßnahmen trainieren können, hat die TH Köln ein „Übungskonzept für Infrastrukturausfälle im Krankenhaus“ erstellt. „Übungen sind eine der effektivsten Formen der Krisenvorbereitung und unabdingbar, damit alle Beteiligten die Abläufe in Krisensituationen verinnerlichen und ein Bewusstsein für Krisen und die adäquate Krisenvorbereitung entwickeln“, betont Prof. Alexander Fekete vom Institut für Rettungswesen und Gefahrenabwehr der TH Köln.

Der Leitfaden ist als E-Book erschienen und steht zusammen mit dem Notfall- und dem Übungskonzept unter dem Link zum Download zur Verfügung: <https://www.unibw.de/wasserwesen/swa/aktuelle-nachrichten/leitfaden-nowater> □

125 Jahre Staatsbad Bad Reichenhall

„Bad Reichenhall ist ein Staatsbäder-Juwel und eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Die fachliche Kompetenz, die hohe Qualität der bayerischen Kurorte und Heilbäder und nicht zuletzt unsere atemberaubende Landschaft sind weit über die Grenzen des Freistaats hinaus geschätzt“, unterstrich Tourismusministerin Michaela Kaniber beim Festakt zum 125-jährigen Jubiläum des Staatsbades.

Seit der Ernennung im Jahr 1899 prägt das Staatsbad Bad Reichenhall die Region im Berchtesgadener Land. „Die enge Zusammenarbeit zwischen dem Freistaat Bayern, Bad Reichenhall und Bayerischer Gmain hat diese Erfolgsgeschichte möglich gemacht“, konstatierte Kaniber. Die Grundlage für den Erfolg des Staatsbades sei mit der Entscheidung im Jahr 1898 gelegt worden, als der Freistaat Bayern die Verwaltung des Bades übernahm.

Von diesem Moment an entwickelte sich Bad Reichenhall laut Kaniber zu einem Vorzeigort für Gesundheitstourismus in den Bayerischen Alpen. Gemeinsam mit dem Freistaat wurden wichtige Infrastrukturprojekte wie die Neuerrichtung des königlichen Kurhauses, eines Musikpavillons, einer Wandelhalle und des Kurmittelhauses der Moderne verwirklicht. Auch der Neubau der RupertusTherme im Jahr 2005 stärkte die Stellung Bad Reichenhalls als eines der großen Bäder Europas. Insgesamt investierte Bayern in den vergangenen vier Jahrzehnten 140 Millionen Euro in das Staatsbad, um die gesundheitstouristische Infrastruktur weiter zu stärken.

Der Markt für Kuren und Gesundheitsangebote verändert sich kontinuierlich. Wissenschaftliche Erkenntnisse, kürzere Aufenthalte, die wachsende Bedeutung von Selbstzahlern und der demographische Wandel erfordern Anpassungen. Das Staatsbad Bad Reichenhall hat diese Herausfor-

derungen durch gezielte Investitionen angenommen und sich über die Jahre hinweg immer wieder neu erfunden“, machte die Ministerin deutlich.

Bad Reichenhalls Bürgermeister Dr. Christoph Eimers erklärte: „125 Jahre Staatsbad sind ein Grund zur Dankbarkeit. Es ist wichtig, dass wir die Traditionen bewahren, während wir gleichzeitig innovativ bleiben und neue Wege beschreiten.“ DK

Qualität ist viel wert





Stadt: München

Regenauslasskanal Ungererstraße / Nordfriedhof

Inbetriebnahme des Kanals: 1902

Bild: Münchner Stadtentwässerung

Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961

www.kanalbau.com

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Die Stadt Feuchtwangen mit 13.100 Einwohnern.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?
2008, hauptamtlich.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Ich bin Jurist und war als Geschäftsführer eines privaten Altenhilfeverbandes tätig.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Im Verbandswesen muss man andere überzeugen, Entscheidungen zu treffen. In der Kommunalpolitik kann relativ viel vor Ort selbst ent-



Patrick Ruh

Erster Bürgermeister der Stadt Feuchtwangen

schieden werden. Zudem werden die Aufgabenschwerpunkte bauliche Gestaltung, Kultur und Soziales in einer Weise miteinander verbunden, wie sie an keiner anderen Stelle verbunden sind.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Auf das Bürgermeisteramt kann man sich nur bedingt vorbereiten. Inhaltlich bietet hier der Bayerische Gemeindetag eine Reihe von Seminaren an. In jedem Fall muss man aber ein Philanthrop sein; das kann man aber nicht lernen.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Brandschutz, Brandschutz, Brandschutz, obwohl man doch strategische Ziele erreichen will. Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Energiewende, Integration auch von Flüchtlingen, Kinderbetreuung, Glasfaserausbau, Güter auf die Schiene, erschwingliches Wohnen, Unterstützung der Gastronomie, Verbesserung der Angebote für Jugendliche, Starkregenvorsorge, Personalentwicklung, Standorticherung der örtlichen Betriebe und die Neugestaltung des Freibades.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Zunehmende Anforderungen durch den Staat und Wünsche der Kommunalpolitik in Ein-

klang mit zurückgehenden personellen und finanziellen Ressourcen zu bringen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Gestaltungsspielräume erkämpfen und verteidigen, um nicht zu einem reinen staatlichen Vollzugsorgan herabzusinken.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Fragen stellen.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die KI dürfte den größten Einfluss entwickeln. Richtig angewendet wird sie eines Tages Planungs- und Entscheidungsprozesse beschleunigen. Wir haben damit auch schon Geld gespart.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Neugierig bleiben und Jesus Christus nicht aus den Augen verlieren.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Darüber habe ich mir tatsächlich noch keine Gedanken gemacht. □

Einzigartige Erfolgsgeschichte:

25 Jahre Therme Erding

In feierlichem Rahmen wurde jüngst das 25-jährige Jubiläum der Therme Erding begangen. Neben Ministerpräsident Dr. Markus Söder waren u.a. auch Sozialministerin Ulrike Scharf und der CSU-Fraktionsvorsitzende Klaus Holetschek zu Gast, die beide die nachhaltigen und wirtschaftlichen Erfolge der Therme lobten. Auch wurde an den verstorbenen Thermengründer und Visionär Josef Wund erinnert.

Am 3. Oktober 1999 öffnete die Therme Erding vor den Toren Münchens zum ersten Mal ihre Pforten. Mit dem Ziel, Besuchern einzigartige, exotische Urlaubstage ohne lange Flugreisen zu bieten, setzte das Leuchtturmprojekt von Beginn an neue Maßstäbe. Mit 700.000 Besuchern im ersten Jahr erfreute sie sich von Anfang an großer Beliebtheit.

Was mit der Vision vom Heilba-

den unter Palmen begann, entwickelte sich schnell zu einer riesigen Urlaubswelt. 2007 wurden mit der Eröffnung des Galaxy Erding Jugendliche und Familien als neue Zielgruppen erschlossen. Einen Gegenpol der Ruhe und Entspannung bildet noch heute die parallel eröffnete, weltgrößte Saunalandschaft. Mit dem Bau des Hotelschiffs Victory und dem Gästehaus avancierte das

Urlaubsparadies schließlich zur größten Therme der Welt.

Vorbild für nachhaltigen Betrieb

Die Therme Erding ist nicht nur ein Ort der Erholung, sondern auch ein Vorbild für nachhaltigen Betrieb in der Wellnessbranche. Das Thermalheilwasser der Ardeo-Quelle, die in 2.350 Metern Tiefe entdeckt wurde, wird nicht nur für die 40 Pools und Wasserbecken genutzt, sondern auch zur nachhaltigen Energiegewinnung. Damit versorgt der Zweckverband Geothermie Erding umweltschonend Stadtteile, Neubaugebiete, Schulen, das Gewerbegebiet sowie das Krankenhaus Erding mit Wärme.

Darüber hinaus wird an weiteren Solaranlagen und einem Ausbau der E-Ladestationen für Gäste gearbeitet, um den ökologischen Fußabdruck zu minimieren. Die sofortige Produktionsfähigkeit von bis zu 75 Prozent des Strombedarfs an sonnigen Tagen zeigt das Engagement für eine grünere Zukunft.

Heute zählt die Therme Erding zu den zehn beliebtesten Reisezielen Deutschlands, wie eine erst kürzlich durchgeführte Umfrage der Deutschen Zentrale für Tourismus belegt. „Weil wir heute spüren und erschaffen, was unser Gast sich morgen wünscht, sind wir Marktführer unserer Branche“, bekräftigt Thermeneinhaber Jörg Wund. Die Zahl der Übernachtungen von 150.000 im Jahr 1999 ist auf mehr als 550.000 gestiegen. 2023 begrüßte die Therme Erding ihren dreißigmillionsten Besucher und feierte außerdem ihr erfolgreichstes Jahr aller Zeiten.

Die Therme Erding ist aber auch einer der bedeutendsten Wirtschaftsmotoren für die altbayerische Herzogstadt. Insgesamt wurden rund 1.000 Arbeitsplätze geschaffen. Die enge und langjährige Zusammenarbeit mit regionalen Firmen sowie umfangreiche Investitionen stärken die lokale Wirtschaft und schaffen eine außergewöhnliche Vielfalt an Arbeitsplätzen.

Entsprechend hob Oberbürgermeister Max Gotz die Bedeutung der Therme für die Region her-

Landkreis Regensburg:

Logistik und Mobilität von morgen

Regensburg (RL). Der Landkreis Regensburg, die Technische Hochschule Deggendorf, die Energieagentur Regensburg sowie das Cluster Mobility & Logistics Regensburg haben im Technologie Campus Wörth-Wiesent mit großem Erfolg die Fachveranstaltung „Wasserstoff – Innovationsmotor für die Logistik und Mobilität von morgen“ durchgeführt und dabei wichtige Impulse für die Zukunft gesetzt.

Mit rund 160 Teilnehmenden aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik sowie 21 ausstellenden Firmen, darunter BMW, GP Joule, MaierKorduletsch und Tyczka Energies bot die Veranstaltung eine hervorragende Plattform für intensiven Austausch und Vernetzung im Bereich Wasserstofftechnologien. In ihrer Eröffnungsrede betonte Landrätin Tanja Schweiger die Bedeutung von Wasserstoff als Schlüsselement für eine nachhaltige Zukunft: „Der Landkreis Regensburg begleitet den Ausbau von Wasserstofftechnologien, um die regionale Wirtschaft zu stärken und einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.“ Sie unterstrich die Wichtigkeit der Zusammenarbeit von regionalen Akteuren, um Innovationen in der Mobilität und Logistik voranzutreiben.

Prof. Dr. Michael Sterner, inter-

national anerkannter Professor für Energiespeicher an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg, beleuchtete in seinem Vortrag die zentralen Herausforderungen und Chancen der Wasserstoffnutzung in der Logistik und Mobilität. Er erklärte: „Wasserstoff ist nicht nur ein Energieträger, sondern der Treiber für die Transformation ganzer Wirtschaftssektoren. Die heutige Veranstaltung zeigt eindrucksvoll, wie wichtig regionale Netzwerke sind, denn nur so kann auch die Wertschöpfung in der Region gehalten werden, was letztendlich das Ziel sein muss.“

Die 21 ausstellenden Unternehmen präsentierten innovative Lösungen entlang der gesamten Wasserstoff-Wertschöpfungskette – von der Produktion und Speicherung bis hin zur Anwendung in der Logistik und Mobilität. □

Landkreise München und Ebersberg:

Moore schützen – Zukunft sichern

Aktion Zukunft+ startet Crowdfunding zum Schutz heimischer Moore

In den Landkreisen München und Ebersberg existieren rund 3.500 Hektar entwässerte Moorflächen. Moore sind einzigartige Ökosysteme, die nicht nur eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt beherbergen, sondern auch erhebliche ökologische und klimatische Vorteile bieten. Hier setzt die Aktion Zukunft+ gemeinsam mit dem Projektpartner CO2-regio an, um das Klima nachhaltig zu schützen: Ab sofort steht das Projekt „Moore schützen – Zukunft sichern“ zum Schutz heimischer Moore zum Crowdfunding bereit.

Das Projekt „Moore schützen – Zukunft sichern“ hat das Ziel, heimische Niedermoore wieder zu vernässen und auf eine moorschonende Bewirtschaftung umzustellen. Das erste Projektgebiet umfasst eine Fläche von etwa 10 Hektar in der Gemeinde Aßling im Landkreis Ebersberg. Durch die Wiedervernässung und den Schutz dieser Flächen können jährlich rund 200 Tonnen CO2 eingespart werden, basierend auf einer durchschnittlichen Einsparung von 20 Tonnen CO2 pro Hektar.

Warum ist Moorschutz so wichtig?

Moore sind nicht nur beeindruckende Zeitzeugen unserer Landschaftsgeschichte, die bis in die letzte Eiszeit zurückreichen, sondern spielen auch eine entscheidende Rolle im Klimaschutz. Sie regulieren den Wasserhaushalt, speichern Kohlenstoff und bieten Lebensraum für spezialisierte und bedrohte Arten. Viele bayerische Moore können heute aufgrund von Entwässerung und Torfabbau ihre wichtigen Funktionen nicht mehr vollständig erfüllen. Torf, der in Mooren entsteht, enthält große Mengen an Kohlenstoff, der über Tausende von Jahren angesammelt wurde. Werden Moore jedoch zerstört oder entwässert, wird der im Torf gespeicherte Kohlenstoff sukzessive freigesetzt und verursacht klimaschädliche Emissionen. Allein in Bayern gibt es laut Erhebungen des Bayerischen Landesamts für Umweltschutz etwa 220.000 Hektar Moorflächen. Aus den entwässerten Flächen entweichen jährlich etwa 6,7 Millionen Tonnen CO2-Äquivalente, was etwa 8 Prozent der fossilen Emissionen Bayerns entspricht.

Das Projekt „Moore schützen – Zukunft sichern“ möchte diese wertvollen Ökosysteme zurück-

gewinnen und ihre Funktionen durch Wiedervernässung und moorschonende Bewirtschaftung langfristig sichern. Partner für die Projektumsetzung ist das gemeinnützige CO2-regio Klimabüro.

Weitere Informationen

Weitere Informationen zum Projekt und zum Crowdfunding gibt es hier: www.aktion-zukunft-plus.de/moore-schuetzen-zukunft-sichern-1728925041.

Bürgerinnen und Bürger, die ebenfalls Interesse daran haben, ein solches Projekt in den Landkreisen München oder Ebersberg umzusetzen und über entsprechende Flächen verfügen, können sich per E-Mail an projekte@aktionzukunft-plus.de wenden.

Weitere Projekte vor Ort

Neben dem Moorschutzprojekt stehen weitere lokale Klimaschutzprojekte zum Crowdfunding bereit. Ein weiteres Projekt ist der Waldumbau im Ebersberger Forst, ein Pendant zum Projekt im Forstenrieder Park. Gesunde Wälder sind unverzichtbare Kohlenstoffspeicher, während sterbende Wälder durch Zersetzung von Biomasse CO2 freisetzen. Der Verein Bergwaldprojekt e. V. transformiert labile Fichtenwälder im Forstenrieder Park und im Ebersberger Forst durch die Ansiedlung standortheimischer Baumarten zu stabilen Mischwäldern. Im Rahmen der Herbst-Pflanzaktion 2024 sollen im Ebersberger Forst 10.000 Bäume gepflanzt werden.

Darüber hinaus hat auch das lokale Projekt „Humusaufbau in der Landwirtschaft“ eine neue Crowdfunding-Runde für die Anbauperiode 2025 gestartet. Hierbei werden Landwirte aus der Region unterstützt, auf einer Gesamtfläche von 50 Hektar

anstelle von Mais Klee gras anzubauen. Unter guten Bedingungen kann Klee gras im Vergleich zu Mais bis zu 7.000 Kilogramm CO2 pro Jahr und Hektar binden.

Zum Crowdfunding für die lokalen Projekte geht es hier: www.aktion-zukunftplus.de/projekte

Über die Aktion Zukunft+

Die Aktion Zukunft+ ist eine Initiative der Landkreise München und Ebersberg in Zusammenarbeit mit der Energieagentur Ebersberg-München. Mit dem Erwerb von Zukunft+ Zertifikaten unterstützen Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Organisationen und Kommunen Klimaschutzprojekte im Landkreis München und weltweit. Spenderinnen und Spender entscheiden dabei selbst, welches Projekt unterstützt und so via Crowdfunding in die Umsetzung gebracht wird. Ein Zukunft+ Zertifikat kann für 20 Euro erworben werden und ist mit dem Wert einer Tonne CO2 hinterlegt. Die eigenen Treibhausgas-Emissionen können so nach individuellem Wunsch ganz oder in Teilen ausgeglichen werden. Die Spendenbeiträge finanzieren zu gleichen Teilen ausgewählte Klimaschutzprojekte im Landkreis München sowie im globalen Süden. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,
Jan Kiver
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPV)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Landkreis Traunstein:

Flächenankauf zum Schutz der Moore

Der Landkreis Traunstein hat im Moorgebiet „Ewige Sau“ in der Gemeinde Grabenstätt ein ca. 2,5 ha großes Niedermoorgrundstück gekauft. Der Ankauf wird von der Europäischen Union kofinanziert und von den Sachgebieten „Immobilien und Liegenschaften“ sowie „Naturschutz und Waldrecht“ abgewickelt.

Laut der neu erschienenen Moor-Emissionskarte der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf werden auf der gekauften Fläche derzeit jährlich ca. 75 Tonnen CO2-Äquivalenten emittiert. Aktuell stammen etwa 8 Prozent der bayerischen Treibhausgasemissionen aus trockengelegten Mooren.

Wichtiger Impuls

Ziel des Landkreises ist eine Renaturierung des Niedermoorgrundstückes und die Herstellung eines klimaneutralen Zustandes. Die Artenvielfalt auf der Moorwiese soll durch eine schonende Beweidung aufrechterhalten werden. Der Landkreis kann so einen wichtigen Impuls zum Klima- und Artenschutz in der Region setzen und unterstützt zugleich das Ziel des Freistaats Bayern, bis 2040 eine Moorfläche von 55.000 ha zu renaturieren. □

vor: „Die Therme Erding ist nicht nur ein wirtschaftlicher Faktor für unsere Stadt, sondern auch ein Ort, der vielen Menschen Freude bringt. Sie hat sich zu einer wichtigen Anlaufstelle für Erholung und Freizeit entwickelt und zieht Besucher aus der ganzen Welt an.“

Ministerpräsident Söder gratulierte mit den Worten: „Süd-

see-Feeling in Bayern! Happy Birthday zum 25sten Geburtstag, Therme Erding! Die Kombination aus Spaßbad, Rutschenpark und Erholungs-Therme ist einzigartig. Das macht die Therme so spannend und beliebt... Herzlichen Glückwunsch zu diesem Erfolg und für den unternehmerischen Mut! DK

Unterfränkische Integrationspreise 2024:

Initiativen mit Vorbildcharakter

Nachhaltige, erfolgreiche und insbesondere ehrenamtliche Aktivitäten, die in vorbildlicher Weise die Integration der Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Migrationshintergrund in Unterfranken unterstützen, wurden von Regierungsvizepräsident Jochen Lange und Innenstaatssekretär Sandro Kirchner in Würzburg mit dem Integrationspreis 2024 ausgezeichnet. Ausgewählt wurden drei Hauptpreisträger, zusätzlich wurde ein Sonderpreis verliehen. Das Preisgeld in Höhe von insgesamt 6.000 Euro stellte das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration aus vom Bayerischen Landtag bewilligten Haushaltsmitteln zur Verfügung.

Mit dem 1. Preis (2.500 Euro) geehrt wurde „Glück auf Rädern“, ein Schülerprojekt an der Mönchbergsschule in Würzburg. Dabei handelt es sich um ein interkulturell-generationsübergreifendes Projekt, das handwerkliches Tun, Spracherwerb und soziales Lernen verzahnt. Lehrerin Mareike Eder setzte das Projekt weit über ihre dienstliche Zeit hinaus mit 13 Jugendlichen der 9. Klasse aus neun Ländern um. Es ging darum, gespendete, defekte Fahrräder zu inspizieren, Ersatzteile zu besorgen und die Räder zu reparieren. Mit diesen werden die Jugendlichen im jetzt begonnenen Schuljahr Kindergärten und Seniorenheime besuchen, mit jungen und alten Menschen ins Gespräch kommen, voneinander berichten, gemeinsam spielen und miteinander lernen.

Sich mit Freude sozial engagieren

Nach einem Spendenaufruf schenken Bürger der Schule rund 20 gebrauchte Fahrräder. Die Jugendlichen der Qualiklasse reparierten diese Räder. Sie fuhrn hierzu einmal in der Woche in eine Werkstätte. Auf scheinbar spielerische Art und Weise ist es der Initiatorin gelungen, die Jugendlichen in ihrem handwerklichen Geschick zu schulen, die Sprachentwicklung zu fördern und sich mit Freude sozial zu engagieren.

Über den 2. Preis (2.000 Euro) freute sich der Helferkreis in Arnstein, der sich bereits 2015, als dort die Notunterkunft des Landkreises Main-Spessart zur Aufnahme von Geflüchteten untergebracht war, die Unterstützung von Geflüchteten zur Aufgabe gemacht hat. Waren damals der Aufbau und Betrieb einer Kleiderkammer, die Alltagsbegleitung sowie ehrenamtliche Sprachkurse das Betätigungsfeld, unterstützt er seit Beginn des Ukraine-Kriegs im Frühjahr 2022 nicht nur Kriegsflüchtlinge in Arnstein, sondern organisiert seitdem Hilfsgüterlieferungen in die Ukraine und deren Anrainerstaaten, um die dort verbliebenen Menschen und Binnenflüchtlinge zu unterstützen.

Die Kleiderkammer wurde zu einem Second-Hand-Laden weiterentwickelt, in dem jeder einkaufen kann. Darüber hinaus gehören weiterhin Alltagsbegleitung – Übersetzung, Behördenangelegenheiten, Wohnungssuche und Arbeitsmarktintegration zu den Unterstützungsleistungen. Der multinationale Helferkreis Arnstein mit seinen rund 20 ehrenamtlichen Helfenden aus verschiedenen Nationalitäten ist eine private Initiative und spendenfinanziert. Die Erlöse aus dem ehrenamtlichen Second-Hand-Laden fließen direkt in die Hilfsgüterlieferungen in die Ukraine.

Den 3. Platz (1.000 Euro) erhielt das vom Bayerischen Staatsministerium des Innern und für Sport und Integration geförderte und Ende 2016 gestartete Projekt „Lebenswirklichkeit in Bayern – ein Projekt für Frauen und Kinder mit Migrationshintergrund“ beim Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Schweinfurt. Im Rahmen des Projekts findet i.d.R. wöchentlich ein Frauentreff mit Kinderbetreuung statt. Dabei handelt

es sich um Info-Veranstaltungen, ggf. mit externen Referentinnen, gemeinsamen Aktivitäten oder Ausflüge. Auftretende Informationsbedarfe und Integrationsprobleme werden ad hoc aufgegriffen und niedrigschwellig durch Info-Veranstaltungen oder die Vermittlung weiterführender Hilfe bearbeitet – so gab es in den vergangenen Jahren beispielsweise Veranstaltungen zu den Themen Schulische Bildung, Integration in Arbeit, Versicherungen oder ehrenamtliche Beschäftigungsmöglichkeiten.

Bedarfsorientierte Unterstützung

Durch die enge Anbindung an und das Vertrauen in die Projektleiterin Olha Sekeradiis werden die Frauen auf dem Weg der Integration in Deutschland bedarfsorientiert unterstützt. Mit der engen Verzahnung des Kinderhauses Ledward (ein offener Kindertreff für Flüchtlingskinder) und dem Projekt „Lebenswirklichkeit in Bayern“ hat sich der Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Schweinfurt als feste Anlaufstelle für Frauen mit Migrationshintergrund etabliert.

Der Sonderpreis (500 Euro) ging schließlich an das Würzburger Moscheen Bündnis (WMB),

gegründet 2016, um die Zusammenarbeit zwischen den fünf sunnitischen Moscheegemeinden in Würzburg zu stärken und gemeinsam nach außen aufzutreten. Auch die Stadt Würzburg war sehr daran interessiert, einen festen Ansprechpartner der Moscheegemeinden zu haben. Unter der Leitung von Ahmet Bastürk als 1. Vorsitzenden hat das WMB in den vergangenen acht Jahren verschiedene wertvolle Projekte zur nachhaltigen Integration von Muslimen in Unterfranken umgesetzt.

Mit ständiger Korrespondenz und Kommunikation mit der muslimischen Bürgerschaft filtert das Würzburger Moscheen Bündnis aktuelle Themen und Herausforderungen der Community heraus, um diese mit diversen Aktionen zu lösen. Beispiel: Rassistische Übergriffe auf Frauen häuften sich, so dass eine direkte Kommunikation mit der Stadt und Polizei gesucht und eine Podiumsdiskussion geplant und durchgeführt wurde. In diesem Zusammenhang bot das WMB zum einen den betroffenen Damen Hilfestellungen. Zum anderen sensibilisierte die Veranstaltung die weitere Bevölkerung für die Problematik.

Das Moscheen Bündnis vereinfacht viele Prozesse, sei es als Ansprechpartner oder als Sprachrohr. Es erfolgt ein regelmäßiger Austausch mit der Stadt, Polizei und den Behörden, ebenso wird kontinuierlich Aufklärungsarbeit an Bildungszentren und Schulen betrieben und Themen des muslimischen Glaubens kultursensibel vermittelt. Zudem werden ehrenamtliche Moscheeführungen für Schulklassen organisiert. **DK**



Offizielle Freigabe des Platzes durch (v.l.) Landrat Bernd Obst, Michael Olesch vom LIONS Club Cadolzburg, Planerin Friederike Rühl, Friederike Beyer von der Stiftung „Lebendige Stadt“ und Veitsbronnns 1. Bürgermeister Marco Kistner. Bild: Bayer

Gemeinde Veitsbronn:

Kreppendorfs neuer Dorfplatz

Nach jahrelanger Planung und monatelanger Bauzeit wurde der neugestaltete Dorfplatz im Veitsbronnner Ortsteil Kreppendorf im Oktober feierlich eröffnet. Wo vor nicht allzu langer Zeit noch Erdhaufen von Kanalarbeiten lagerten, präsentiert sich nun ein naturnah gestalteter Treffpunkt mit Blühfeldern, Bäumen und einer Kinderschaukel.

Ein besonderer Blickfang ist die 360-Grad-Liege am Rande des Platzes, die eine beeindruckende Aussicht auf den Zenngrund bietet. Das Konzept wurde in Zusammenarbeit mit der Bürgerschaft und dem Planungsbüro „dasselbeingrün“ entwickelt und setzt auf Nachhaltigkeit und Naherholung.

Dank Fördergeldern, u.a. 30.000 Euro von der Stiftung „Lebendige Stadt“ und 5.000 Euro vom Naherholungsverein Lorenzer Reichswald, konnte der Platz trotz knapper Gemeindefinanzen realisiert werden. Der Lions Club Cadolzburg spendete zudem eine Linde, die bei der Einweihung gepflanzt wurde.

Zur Feier konnte Veitsbronnns Erster Bürgermeister Marco Kistner zahlreiche Gäste begrüßen, darunter auch den früheren EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg a.D. Günther Oettinger und den Fürther Landrat Bernd Obst.

Gelungene Umgestaltung

Trotz eines kurzen Regenschauers war die Stimmung bei den Besuchern hervorragend. Ein Gast brachte die gelungene Umgestaltung treffend auf den Punkt: „Es schaut so aus, als hätte der Platz schon immer so da sein sollen.“ **□**

GZ PINOS WELT



In den letzten Wochen konnte man ihnen nicht entkommen: Bücher. Literatur-Nobelpreis, Frankfurter Buchmesse, Deutscher Buchpreis, Friedenspreis des Buchhandels – kaum ein Tag verging ohne Meldungen über Bücher, Schriftsteller oder das Verlagsgeschäft. Und natürlich über die Nachtretereien und Eifersüchteleien derer, die sich auch für preiswürdig hielten, aber mit dieser Meinung in der Minderheit blieben. Dazu kam die Aufregung um verglühende Showstars, die sich mit einem Buch nochmal die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit sichern wollen und den Trittbrettfahrern, die ihren Namen medial transportieren, indem sie den Stern böse anbelen. Gockelei als Abgesang auf die Prominenz.

Alles in allem ist es aber schon bemerkenswert. Dauern heißt es, die Medienwelt sei nur noch digital geprägt, die Sozialen Medien verdrängten die vertrauten Formate der Informa-

Das Buch lebt!

tion und des Diskurses. Und plötzlich diskutiert gefühlt jeder über irgendwas mit Büchern: Über Literatur aus fernen Ländern, die aber auch unsere westliche Befindlichkeit anspricht, ebenso wie über fundierte Analysen in Sachtiteln. Und über die, die sich aus dem Dunkeln des Vergessens durch die gekünstelte Aufregung um ein Buch retten zu können glauben.

Am bemerkenswertesten dürfte aber sein, dass ein nicht unumstrittenes und wahrscheinlich sogar gefährliches social media-Angebot einen absoluten Buch-Hype unter seinen jungen Nutzern ausgelöst hat. Das sonst für kurze Videoschnipsel, Tanz-Videos und raffinierte extremistische Propaganda verrufene TikTok hat mit BookTok ein Format, auf dem sich munter über Bücher ausgetauscht wird, man Bücher bespricht, seine Leseerlebnisse teilt und das Buch quasi (wieder) zum Teil der Jugendkultur wird. Laut Eigenangabe wurden 2023 über 12 Millionen auf #BookTok gelistete Bücher in Deutschland verkauft.

Nun sind das nicht durchgängig Bücher, die vor dem strengen Auge jedes Deutschlehrers oder Feuilletonchefs bestehen können. Aber was die Jugend in den 50er, 60er, 70er und 80er Jahre gelesen hat und heute zu Recht vergessen ist,

war ja auch nicht durchwegs eine Krone literarischen Schaffens. Und so mancher Boomer, dem seine Eltern das Taschengeld gestrichen haben, weil er dafür Micky-Maus-Hefte kaufte, nimmt stillvergnügt zur Kenntnis, dass die genialen Übersetzungen der Geschichten aus Entenhausen durch Erika Fuchs heute in sprachwissenschaftlichen Seminaren

behandelt werden.

Das Buch ist also nicht tot, auch wenn es in verschiedenen Formen daherkommt. Nehmen Sie den Bürgermeister. Sonntag nachmittags liebt er seine Lektürestunde mit einem schönen Hardcover, dessen Haptik für ihn ein Teil des Lesevergnügens ist. Auf Reisen, in der Bahn oder am Strand, geht für ihn nichts über seinen E-Book-Reader, mit dem er eine vielhundertfache Bibliothek im handlichen Handyformat zur Verfügung hat. Wenn er allein Auto fährt, hat er sich angewöhnt, ein Hörbuch aus der Anlage des Fahrzeugs schallen zu lassen, die früher mal als Autoradio bezeichnet wurde, heute aber wohl anders heißt.

Dabei lässt er sich nicht auf die Diskussion ein, ob ein Hörbuch überhaupt ein Buch sei. Schließlich ist das Vorlesen für jeden Menschen die Einstiegsdroge in die Welt der aufgezeichneten Fantasie und angefixt werden sie durch Mütter, Väter und Großeltern, die Gute-Nacht-Geschichten vorlesen oder das fiebernd darniederliegende Kind durch eine Erzählung ablenken wollen. OK, meist lesen die nicht so wie die sonoren Stimmen der Schauspieler, die Hörbücher lesen, aber die Liebe und Fürsorge in der Stimme der Sorgenden ist für den kleinen Erdenbürger ein schöneres Erlebnis als für Erwachsene Rolf Boyens, wenn er die Illias liest.

Totgesagte leben also länger und so dürfen wir uns wohl auch in Zukunft auf eine reichhaltige Produktion von Autorinnen, Autoren und Verlagen freuen. Wir können neugierig bleiben und uns in neuen Vertriebsformaten wie Literatur-Café, Wein+Buch, Literarischer Käseladen oder bei Manga-Nights auf Leseerlebnisse einstellen.

Hüten müssen wir uns vor einer Haltung wie sie Ernest Hemingway beschreibt: „Ein klassisches Werk ist ein Buch, das die Menschen loben, aber nie lesen.“

Ihr Pino

Landkreis München:

Dritte Ganztagskonferenz
Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder; Vorbereitungen auf den Rechtsanspruch ab 2026

Ab 2026 wird der gesetzliche Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung für Grundschulkinder (GaFöG) schrittweise in Deutschland eingeführt. Im Vorfeld dieser Änderung fand Anfang Oktober im Festsaal des Landratsamts München die dritte Ganztagskonferenz unter dem Motto „Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen“ statt. Die Veranstaltung wurde in Zusammenarbeit mit der Kommunalen Jugendarbeit des Kreisjugendrings München-Land organisiert.

Ziel der Veranstaltung war es, aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen im Zusammenhang mit der Einführung des Rechtsanspruchs zu diskutieren und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, um eine bedarfsgerechte Ganztagsbetreuung im Landkreis München sicherzustellen.

Rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Sozialreferentinnen und -referenten sowie Schulleitungen aus dem Landkreis München und Vertreterinnen und Vertreter der freien Wohlfahrtspflege, nahmen an der Veranstaltung teil. Nach der Begrüßung stellte die Gemeinde Höhenkirchen-Siegertsbrunn ihr innovatives Modell zur Ganztagsbildung ausführlich vor. Zusätzlich boten Informations- und Impulsstationen den Anwesenden die Möglichkeit, aktiv mitzuwirken und sich auszutauschen.

Sozialräumliche Ganztagsbildung (SoGa)

Die Gemeinde Höhenkirchen-Siegertsbrunn präsentierte im Rahmen der Tagung das Modell des „Bildungscampus“, das bestehende Einrichtungen, Verei-

ne und Anbieter – wie etwa die Volkshochschule – mit den beiden örtlichen Grundschulen vernetzt.

Die bisherigen Einrichtungen wurden zu sogenannten „Stammhäusern“ weiterentwickelt, die themenspezifische Förderung in Bereichen wie Sport, Sprache, Musik oder Umwelt anbieten. Ergänzt wurde das Angebot durch einen offenen Kinder-treff ohne Anmeldepflicht.

Der Bildungscampus ermöglicht es den Kindern, ihre Nachmittage nach eigenen Interessen zu gestalten, sei es in Sport, Musik, Natur oder kreativen Aktivitäten. Dabei soll auch die Mitbestimmung der Kinder im Sinne ihrer Kinderrechte gefördert werden. Für die Familien bietet das Modell mehr Flexibilität bei den Betreuungszeiten, um den Alltag besser mit den Bedürfnissen der Eltern zu vereinbaren. In der Testphase des Modells zeigte sich die Notwendigkeit einer Koordinierungsstelle, um die Angebote zu steuern und die Kinder optimal zu verteilen.

Die Veranstaltung ermöglichte den Teilnehmenden darüber hinaus, sich an verschiedenen Stationen zu wichtigen Aspekten der Ganztagsbildung auszutauschen.

Ein zentrales Thema war die Förderung der eigenständigen Mobilität der Kinder in ihrer Gemeinde, was im Rahmen des Bildungscampus eine wichtige Rolle spielt. Weitere Diskussionen drehten sich um die Organisation und Koordination der Ganztagsangebote, die Neugestaltung von Horten und die Umsetzung von Inklusion im Ganztagsbereich. Gemeinsam wurden kreative Lösungsansätze entwickelt, um den anstehenden Herausforderungen zu begegnen.

Hintergrund

Aktuell werden bereits 80 Prozent der Kinder im Landkreis München nachmittags in einer Betreuungseinrichtung versorgt. „Die Organisation variiert jedoch stark zwischen den Gemeinden und Städten, weshalb eine konkrete Bedarfsplanung vor Ort erforderlich ist, um den Ausbau bis 2026 sinnvoll zu gestalten“, betont Sarah Stadler, stellvertretende Leiterin des Referats für Kinder, Jugend und Familie. „Innovative Lösungen wie das Modell in Höhenkirchen-Siegertsbrunn sind notwendig, da auch der Fachkräftemangel uns in diesem Bereich beschäftigt“, so Sarah Stadler weiter.

Elisabeth Moroder-Özcan und Lena Schuster, die kommunalen Jugendpflegerinnen des Landkreises München, ergänzten, dass neben dem quantitativen Ausbau der Betreuungsplätze die Bedürfnisse der Kinder nicht aus den Augen verloren werden dürfen. Der bevorstehende Rechtsanspruch ist ein geeigneter Anlass, um gemeinsam ein nachhaltiges Bildungskonzept zu entwickeln und umzusetzen. **□**

Gemeinsam stark gegen Extremwetter

Oberland-Netzwerk zur Anpassung an den Klimawandel gestartet

Auch im Oberland steigen die Temperaturen und damit die extremen Wetterereignisse, mit großen Schäden für Gesundheit, Gesellschaft, Wirtschaft, Infrastruktur und Natur. Das BMBF-geförderte Projekt KARE zur Anpassung an den Klimawandel hat darum jetzt ein Netzwerk ins Leben gerufen, bei dem sechs Kommunen und zwei Landkreise aus dem Oberland die Auswirkungen des Klimawandels auf ihre Gegend abschätzen und ihre Fähigkeiten zur Anpassung steigern können. Anfang Oktober fand das erste Treffen im Zugspitzsaal in Weilheim mit 22 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt.

Einblicke der Netzwerk-Kommunen

Starkregen und Hagel, Hitze und Trockenheit, Hangrutsche, Hochwasser und extremer Schneefall: Von extremen Wetterereignissen, die bereits auf ihrem Gebiet stattgefunden haben, konnten beim ersten Netzwerktreffen in Weilheim alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer berichten. Die Mitglieder im Netzwerk sind dabei ausgewählte Kommunen verschiedener Größen, Rahmenbedingungen und Anpassungs-Erfahrungen: Iffeldorf, Polling und Großweil, Hausham, Penzberg und Wolfratshausen, sowie die Landkreise Garmisch-Partenkirchen

und Weilheim-Schongau. Und sie waren sich einig: „Wir wollen nicht nur auf den Klimawandel und Extremwetterereignisse reagieren, sondern im Vorhinein agieren“.

Aufgrund der unterschiedlichen Rahmenbedingungen sind aber, trotz extremer Wetterereignisse in allen Kommunen, die Erfahrung mit Anpassungsmaßnahmen völlig verschieden, wie bei der Veranstaltung deutlich wurde: Von bisher fehlenden Erfahrungen bis hin zu Kommunen, die bereits an einem Konzept zum kommunalen Sturzflutrisikomanagement arbeiten – Klimaschutzmanagerin Natalie Fischer aus Wolfratshausen berichtete – oder dem Aktionsommer 2023

zur Hitzeaufklärung, den Veronika Schellhorn vom Landkreis Weilheim-Schongau nannte.

Netzwerk zur Anpassung an den Klimawandel

Und so soll das neue Netzwerk mit den verschiedenen strukturierten Kommunen funktionieren, wie Projektleiterinnen Dr. Anne von Streit (LMU) und Dr. Cornelia Baumann (EWO) beim Treffen vorstellten: Zum einen unterstützt das Projektteam aus Forschung (LMU München, ifo-Institut, Ingenieurbüro Dr. Blasy - Dr. Øverland) und Praxis (Bürgerstiftung Energiewende Oberland) die Netzwerkmitglieder über drei Jahre bei der Anpassung an den Klimawandel. Bei sechs Treffen bis 2026 erhalten die teilnehmenden Kommunen und Landkreise Einblicke, welche Auswirkungen Klimawandel und extreme Wetterereignisse in ihrem Gebiet haben und wie sie den Risiken begegnen können.

Ergebnisse und Planungshilfen

Außerdem werden aktuelle Fragestellungen und Bedarfe der Kommunen und Landkreise behandelt. Aber auch untereinander sollen die Mitglieder voneinander lernen können. Und die KARE Ergebnisse und Planungshilfen sollen, getestet durch die unterschiedlichen Mitglieder im Netzwerk, schließlich auf die ganze Region Oberland übertragen werden können.



Netzwerktreffen von Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinden Iffeldorf, Polling, Großweil, Hausham, Stadt Penzberg, Stadt Wolfratshausen, der Landkreise Garmisch-Partenkirchen und Weilheim-Schongau, der LMU München, des KIT-Campus Alpin, des ifo Instituts, des Ingenieurbüros Dr. Blasy - Dr. Øverland GmbH und der Energiewende Oberland.

Bild: Energiewende Oberland

Landkreis München:

Gemeinsamer Plan für den Klimaschutz

Fortschreibung der Klimaschutzklärung 29++ setzt klare Ziele

Ende September hat der Kreistag des Landkreises München eine umfassende Fortschreibung der Klimaschutzklärung 29++ beschlossen. Diese aktualisierte Erklärung stellt die Weichen für die nächsten Jahrzehnte und legt konkrete Ziele zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen fest. Bis 2045 will der gesamte Landkreis treibhausgasneutral sein.

Die aktualisierte Klimaschutzklärung definiert drei zentrale Ziele: Bis 2030 sollen die jährlichen Pro-Kopf-Emissionen im Landkreis auf 2,9 Tonnen CO₂-Äquivalent gesenkt werden. Bis 2045 wird angestrebt, in den Bereichen Wärme und Strom treibhausgasneutral zu sein. Das langfristige Ziel ist, den gesamten Landkreis

München bis 2045 vollumfänglich treibhausgasneutral zu machen.

Diese Ziele ergeben sich aus den individuellen Zielsetzungen, die sich 27 der 29 Kommunen im Landkreis gegeben haben. Die Ziele der Kommunen basieren dabei nicht nur auf den Erkenntnissen aus der Vergangenheit, sondern auch auf dem Einsatz innovativer

Werkzeuge wie dem Treibhausgas (THG)-Ziele Tool oder dem digitalen Energienutzungsplan. Diese Werkzeuge ermöglichen es den Kommunen, fundierte Annahmen über die Erreichbarkeit der Klimaziele zu treffen.

Orientierung an Klimazielen des Freistaats

Generell will sich der Landkreis München im interkommunal abgestimmten Prozess am Ziel der Treibhausgasneutralität des Freistaats Bayern im Jahr 2040 orientieren. Er hat sich daher zum Ziel gesetzt, die THG-Emissionen in eigenen Aufgabenbereich sowie an den weiterführenden Schulen bis 2040 auf null zu senken. Längstens bis zu diesem Zeitpunkt wird der Landkreis verbleibende Restemissionen auch durch die Aktion Zukunft+ ausgleichen.

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER

Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.

Aus der Region. Für die Region.

LEONET.DE

Highspeed-Internet der NetCom BW

www.netcom-bw.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER

Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

www.telekom.de/glasfaser

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER

Grünes Licht für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:

0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser

Adalperostraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen.

www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI-Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning

Kommunalberatung

KUBUS

Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de

Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:

www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten

BUCHER municipal

Driven by better

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de

KFB

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung • planung • vertrieb
grünware • lichtschauch • led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshandel für **Waldle Star**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!